

Das Parlament

Berlin, Montag 16. November 2015

www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 47-48 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Sportminister in Aktion

Thomas de Maizière Geredet hat der Innenminister diesmal zwar nicht zum Anti-Doping-Gesetz wie bei der Einbringung des Entwurfs im Mai, sondern stattdessen sein Parlamentarischer Staatssekretär Günter Krings (beide CDU). Das Gesetz, das am Freitag im Bundestag verabschiedet wurde und Eigen-doping unter Strafe stellt, ist gleichwohl eins der zentralen



Anliegen dieser Legislaturperiode von Thomas de Maizière, der zugleich Sportminister ist. Er ist stolz, dieses Gesetz nach langer und kontroverser Diskussion gemeinsam mit Justizminister Heiko Maas (SPD) endlich auf den Weg gebracht zu haben. Der Vorgang lenkt in diesen Tagen den Fokus der Öffentlichkeit nur kurz weg vom zentralen Flüchtlingsproblem, das de Maizière seit Wochen voll in Anspruch nimmt. kru

ZAHL DER WOCHE

86

Verstöße von Leistungssportlern gab es 2014 bei den 8.652 Trainingskontrollen der Nationalen Anti-Doping-Agentur. Laut einer anonymen Befragung geben aber 5,9 Prozent der von der Deutschen Sporthilfe geförderten Spitzensportler zu, regelmäßig Dopingmittel zu nehmen.

ZITAT DER WOCHE

»Gesetz macht Sport sauberer, sicherer und ehrlicher.«

Heiko Maas (SPD), Bundesjustizminister, in der Debatte zum Anti-Doping-Gesetz, das am Freitag im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Untersuchungsausschuss Gremium zum NSU-Terror eingesetzt Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Klimakonferenz Bundestag debattiert über Anträge zum Treffen in Paris Seite 6

EUROPA UND DIE WELT
Kroatien Das Land nach dem Wahlsieg der Konservativen Seite 11

KEHRSEITE
Bundestag Die Bibliothek als Ort für Lesungen Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004

Kampf den Täuschern

DOPING Der Bundestag beschließt nach jahrzehntenlangen Kontroversen Gesetz gegen Betrug im Sport

Noch vor wenigen Wochen prägten Zank und Streit das Bild der Koalition in Sachen Anti-Doping-Gesetz. Pünktlich zur abschließenden Beratung vergangenen Freitag präsentierten sich Union und SPD in trauter Einigkeit. Ja, das Gesetz ist richtig und wichtig. Ja, das Strafrecht wird benötigt. Nein, die Sportgerichtsbarkeit wird nicht geschwächt. Diese Statements durchzogen die Reden der Vertreter von CDU/CSU- und SPD-Fraktion ebenso wie jene von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium Günter Krings (CDU). Die Freude an diesem „sportpolitisch historischen Tag“, wie der Justizminister sagte, ließen sie sich auch nicht von der Opposition nehmen, die an der Regelung einiges zu bemängeln hatte. Dabei war die Kritik der Grünen auf den Inhalt des Gesetzes bezogen, was sich nicht in der Regelung findet, ihrer Ansicht nach aber hineingehört.

Kriminalisierung Den Grünen ist das Ganze nicht ganzheitlich genug. Seine Fraktion lehne Doping selbstverständlich ab, sagte der Grünen-Sportexperte Özcan Mutlu. Es stimme auch, dass der organisierte Sport zu wenig unternehme, um das Doping einzudämmen. Das aktuelle Beispiel des staatlich organisierten Dopings in Russland in Verbindung mit Korruption beim Weltleichtathletikverband zeige aber, dass „die Strukturen um den Sportler herum“ das Problem sind. „Und da greift ihr Gesetz eben nicht“, klagte Mutlu und forderte, Abstand zu nehmen von der „sehr weitgehenden und einseitigen Kriminalisierung der Sportler“.

Günter Krings beeindruckte dies jedoch nicht. „Leistungssportler, die dopen, sollen auch kriminalisiert werden“, sagte der Innenstaatssekretär. Er zog aus den Skandalen rund um große Sportverbände einen anderen Schluss. Da das Vertrauen in sportinterne Regelungen nicht mehr vorhanden sei und sich gerade in Sachen Anti-Doping-Kampf gezeigt habe, „dass dem Sport die Ermittlungsmöglichkeiten fehlen“, brauche es das Strafrecht. Auch Heiko Maas sieht in dem Gesetz eine Unterstützung für den organisierten Sport. Chancengleichheit erreiche man nicht mit Nachsicht, sondern indem man den Betrugern vollständig das Handwerk legt, sagte er. Andre Hahn (Die Linke) fand durchaus Unterstützungswertes in dem Gesetz. So sei die Beschränkung der Zielgruppe für die



„Kurz, klar, hart und wirksam“: So beschreibt Sportminister Thomas de Maizière (CDU) das Anti-Doping-Gesetz, nach dem dopende Spitzensportler bestraft werden können.

© picture-alliance/dpa

Regelung auf Leistungssportler richtig. Auch stimme er der Ansicht zu, dass Strafrecht und Sportgerichtsbarkeit keine unzulässige Doppelbestrafung darstellen. Und überhaupt sei es gut, dass Union und SPD noch zusammengefunden hätten, obwohl sie bis zuletzt „wie die Kesselflicker“ gestritten hätten. Doch das war es auch schon mit dem Positiven. Im Gesetz finde sich nichts zur Prävention, keine Regelung zum Schutz von Hinweisgebern und auch nicht die Möglichkeit des Entzuges der Approbation für Doping-Ärzte, kritisierte er. Auch einen Ombudsmann gebe es nicht, sagte der Linken-Abgeordnete. Den Einwand, einen solchen gebe es sehr wohl, ließ er nicht gelten. Wenn dieser ausgerechnet bei der zuständigen Stelle für den Nachweis von Dopingvergehen, der Nationalen Anti-Doping Agentur (Nada), angebunden sei, helfe das nicht weiter, befand er. Die Rechts-Expertin der Grünen, Renate Künast, konnte sich mit dem Ziel des Ge-

»Wenn wir durchgreifen wollen, brauchen wir auch staatliche Ermittler.«

Reinhard Grindel (CDU)

setzes, die Integrität des Sports zu wahren, nicht so recht anfreunden. Diese Integrität gebe es gar nicht, sagte sie. Aus ihrer Sicht sind die Strukturen im heutigen Leistungssport von Grund auf falsch. „Daran ändert auch ein Anti-Doping-Gesetz nichts.“ Die Vorsitzende des Rechtsausschusses verwies auch darauf, dass das Strafrecht die ultima ratio darstelle. Doping, so ihre Einschätzung, sei daher kein Fall für das Strafrecht. Seine Bekämpfung sei vielmehr Aufgabe des organisierten Sports. Diese Betrachtung konnte wiederum Reinhard Grindel (CDU) nicht nachvollziehen. Gerade wenn man die Probleme des organisierten Sports erkennt, könne man doch nicht sa-

gen, der Sport solle das Problem Doping selber lösen. „Wenn wir durchgreifen wollen, brauchen wir auch staatliche Ermittler, die durchgreifen können“, sagte Grindel. Es gehe darum, jene zu bestrafen, die die Fairness mit Füßen treten. „Dafür brauchen wir das Strafrecht“, befand er.

Kritik an Künasts „pauschaler Verurteilung des Sports“ übte Dagmar Freitag (SPD). Die Vorsitzende des Sportausschusses zeigte sich erfreut, dass es nach zwei Jahrzehnten teils kontroverser Diskussionen endlich ein Anti-Doping-Gesetz gibt. „Wir erleben einen Paradigmenwechsel“, sagte sie. Nicht nur das Umfeld der Sportler, sondern auch die Athleten selbst rückten nun im Falle eines Verdachts in den Mittelpunkt der Ermittlungen. „Es geht um den Schutz der sauberen Sportler. Das ist unsere einzige Motivation“, sagte die SPD-Abgeordnete. Als absurd bezeichnete sie es, dass der erbitterteste Widerstand gegen die Regelung von der Spitzenorganisation des organisierten Sports gekommen sei. Dabei würden durch das Gesetz die Sanktionsmöglichkeiten des Sports „weder geschwächt noch ausgehebelt, sondern ergänzt“, sagte Freitag.

Für Eberhard Gienger (CDU) ist „gerade vor dem Hintergrund, dass der Staat den Leistungssport finanziell fördert“, der Anti-Doping Kampf von großer Bedeutung. Daher werde das Gesetz gebraucht, „auch mit der ultima ratio des Strafrechts“, betonte Gienger. Götz Hausding

EDITORIAL

Von Fans und Idolen

VON JÖRG BIALLAS

In der russischen Leichtathletik ist im großen Stil gedopt worden. Diese Nachricht der vergangenen Woche war wenig überraschend. Ebenso wie die nun auch in Deutschland immer mehr zur Gewissheit werdende Vermutung, dass in den Verbandsorganisationen des Fußballs getäuscht und getrickst, bestochen und betrogen wurde. Beide Erkenntnisse beschädigen den Sport nachhaltig. Und jetzt? Jetzt wird hier wie da wieder nach schonungsloser Aufklärung und klaren Konsequenzen gefurrt. Natürlich nur unter der Prämisse, dass die einträglichen Geschäfte nicht darunter leiden. Die Spiele müssen weitergehen, koste es, was es wolle. Die Athleten sind in diesem unwürdigen Gezerre Opfer und Täter gleichermaßen. Einerseits leiden sie unter dem Ansehensverlust ihrer Sportart. Andererseits sind sie selbst dafür verantwortlich. Oder gehen zumindest nicht energisch dagegen an.

Wo waren denn die Stimmen der Bundesliga-Fußballer, die sonst eher selten durch Maulfaulheit auffallen, als der DFB-Skandal ruckbar wurde? Den Herren wird es wohl darum gegangen sein, weiterhin in Ruhe Geld verdienen zu können. Und da hält man dann lieber den Mund. Schweigen war auch beim Doping jahrzehntelang das oberste Gebot. Inzwischen ist das anders. Über Doping wird viel diskutiert. Heute kann niemand mehr behaupten, wie etwa seinerzeit in der DDR unwissentlich gedopt worden zu sein.

Wer also die Leistung mit verbotenen Substanzen steigert, betrügt Gegner und Öffentlichkeit ganz bewusst. Der Beschluss des Deutschen Bundestages, die Einnahme solcher Mittel künftig auch strafrechtlich zu werten, ist also nur folgerichtig. Zumal der Leistungssport fatale Signale in den Amateurbereich gesendet hat. Längst ist Doping auch im Freizeitsport angekommen. Das übersteigerte Ehrgeiz oder fehlgeleiteter Eitelkeit werden gesundheitliche Schäden in Kauf genommen. Hauptsache der Bizeps wächst oder die Ausdauer erstrahlt. Sport ist nicht nur Weltmeisterschaft, nicht nur Olympia. Sport sind auch Bundesjugendspiele und Bolzplatz. Das eine bedingt das andere. Ohne Idole bei den Profis keine begeisterten Fans; ohne Fans keine Idole. Es ist an der Zeit, dass der Sport sich dieser Wechselwirkung wieder bewusster wird.

Dopende Leistungssportler müssen mit Haft rechnen

DAS GESETZ Der Regierungsentwurf hat das parlamentarische Verfahren mit nur geringen Änderungen überstanden

Ab kommendem Jahr drohen dopenden Leistungssportlern Haftstrafen. Das neue Anti-Doping-Gesetz (18/4898) sieht Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren für diejenigen vor, die „ein Dopingmittel oder eine Dopingmethode bei sich anwenden oder anwenden lässt“. Damit geht die Neuregelung über die bisherigen „strafbewehrten Verbotsnormen“ im Arzneimittelgesetz (AMG) hinaus, die den Handel mit Dopingmitteln im Blick haben, nicht aber das Selbstdoping. Erfasst werden sollen durch das Anti-Doping-Gesetz „gezielt dopende Leistungssportlerinnen und Leistungssportler, die beabsichtigen, sich mit Doping Vorteile in Wettbewerben des organisierten Sports zu verschaffen“, heißt es in der Begründung. Ebenfalls neu ist die uneingeschränkte und mengenunabhängige Besitzstrafbarkeit. Auch hier kommt das Strafrecht zur Anwendung. Mit einer Haftstrafe bis zu zwei Jahren wird laut Gesetz bedroht, wer „zum Zweck des Dopings“ ein Dopingmittel erwirbt oder besitzt. Das Anti-Doping-Gesetz berechtigt zudem die Nationale Anti-Doping Agentur (Nada), personenbezogene Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu nutzen, „soweit



Nationale Anti-Doping Agentur in Bonn

dies zur Durchführung ihres Dopingkontrollsystems erforderlich ist“. Zu diesen Daten gehören auch Angaben zur Erreichbarkeit und zum Aufenthaltsort von Sportlern, die zu dem von der Nada vorab festgelegten

Kreis von Sportlern gehören, die Trainingskontrollen unterzogen werden. Das größte Problem der Nada – ihre Finanzierung – scheint fürs erste auch gelöst. Unabhängig vom Anti-Doping-Gesetz haben sich Union und SPD geeinigt, dass der Bund ab 2015 knapp zwei Drittel des Nada-Budgets von etwa 10 Millionen Euro pro Jahr bereitstellt. Das sogenannte Stakeholdermodell, wonach je zu einem Drittel die Nada-Finanzierung von Bund, Ländern, Wirtschaft und organisiertem Sport erfolgen sollte und das Jahr für Jahr an den fehlenden Beiträgen der Länder, der Wirtschaft und dem Sport kranke, scheint damit vom Tisch.

Starke Proteste Trotz starker Proteste gegen das Anti-Doping Gesetz seitens des organisierten Sports und durchaus vernehmbarer Grummeln innerhalb der Union ist das sportpolitische Prestigeobjekt der SPD im Verlaufe des parlamentarischen Verfahrens nur leicht entschärft worden. Anders als im Regierungsentwurf ist nun klar geregelt, dass die beschriebenen Vergehen auch strafbar sind, wenn sie im Ausland erfolgen, der Wettkampf, bei dem der so erlangte Vorteil genutzt wird, aber in Deutschland stattfin-

det. Zudem bleiben Sportler im Fall „tätiger Reue“ straffrei. Gemeint ist: Wer sich Dopingmittel beschafft hat, diese aber noch vor der Benutzung vernichtet – und zwar bevor er kontrolliert wird, darf mit Milde rechnen. Nicht bestraft werden soll auch der bloße Versuch, an geringe Mengen von Dopingmitteln zu gelangen. Außerdem ist eine Evaluation vorgesehen. Die parlamentarischen Bemühungen um einen sauberen Sport sind indes noch nicht abgeschlossen. Ein im Bundesjustizministerium erarbeiteter Gesetzentwurf will den Betrug bei Sportwetten sowie die Manipulation von Sportveranstaltungen härter bestrafen. Nach einer etwas längeren Verweildauer im Kanzleramt ist die Vorlage inzwischen bei den Ländern und den Verbänden zur Begutachtung angekommen. Wann der Entwurf das Parlament erreicht, ist derzeit noch unklar. hau

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

HAFTSTRAFE BEI DOPING?

Schutz der Integrität

PRO



Michael Reinsch
»Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Dem Sport ist nicht zu helfen, das machen die Skandale im Fußball und in der Leichtathletik gerade mehr als deutlich: Korruption, Manipulation und Doping herrschen vor. Der Staat will es dennoch versuchen. Lange Zeit erschien ein Gesetz absurd, das allein für Spitzensportler und ihre Entourage gilt. Doch längst hat der Sport eine derart große gesellschaftliche Bedeutung erlangt, weniger als Heimat von Helden und Vorbildern als vielmehr als Unterhaltung und Alltagskultur, dass der Staat es nicht weiter ablehnen kann, ihn im Kern zu schützen. Doping war strafrechtlich betrachtet bisher entweder Kavaliärsdelikt, die Manipulation anderer, ein Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz oder, im schlimmsten Fall, Körperverletzung. Stets nahm der Gesetzgeber aus, was als Selbstschädigung beschrieben wurde. Doch Doping schädigt nur in zweiter Linie. In erster Linie ist es die Leistungssteigerung und dem Ziel, sich einen Vorteil zu verschaffen. Deshalb stellt der Gesetzgeber nun erstmals das Doping selbst, das Selbst-Doping unter Strafe – was der Sport lange mit der Formulierung bekämpfte, man dürfe Athleten nicht kriminalisieren, und bis heute mit dem Argument, Strafrecht untergrabe das Sportrecht mit seinen Sperren. Geschützt wird, von diesem Gesetz und seinem im nächsten Jahr kommenden Zwilling gegen Spielmanipulation, die Integrität des sportlichen Wettkampfes. Den Athleten droht im schlimmsten Fall Gefängnis, wenn sie sich am Kern des Sports vergehen, dem Geist von Chancengleichheit. Die Aktualität zeigt, dass die Integrität des Sports und seiner Wettbewerbe eines besseren Schutzes bedarf, als die Verbände für Fußball und für Leichtathletik gewähren können.

Zweite Last

CONTRA



Markus Völker
»die tageszeitung«, Berlin

Das Antidopinggesetz mag gut gemeint sein, aber es ist nicht gut gemacht. In einer Übersprungshandlung versucht der Gesetzgeber, Versäumnisse der Vergangenheit wettzumachen. Darunter leiden müssen vor allem die Spitzensportler. Ihre Grundrechte werden eingeschränkt: Das betrifft das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis. Und einen juristischen Grundsatz, zu dem Lateiner „ne bis in idem“ sagen: Man darf nicht zweimal für die selbe Tat angeklagt werden. Athleten müssen bei einer positiven Dopingprobe mit einer Sperre von zwei Jahren leben. Sie werden also von Sportgerichten für 24 Monate mit einem Berufsverbot belegt und verlieren wichtige Einkünfte. Doch nun kommt eine zweite Last auf den gedopten Spitzensportler zu. Er könnte nun auch noch strafrechtlich belangt werden. Strafbar wird der Erwerb und Besitz von Dopingmitteln, wenn diese zum „Selbstdoping“ gedacht waren. Dabei ist unerheblich, ob der Athlet nur eine einzige Pille oder eine ganze Packung bei sich hatte. Eine „geringe Menge“ reicht aus, um den Ermittlungsapparat in Gang zu setzen. Vorher verfolgte der Staat nur den Besitz „nicht geringer Mengen“. Der neue Ansatz stellt den Sportler ins Zentrum des Dopingbetruges, dabei ist er in zweierlei Hinsicht Opfer der Umstände. Er gerät oftmals in ein tradiert-dopingaffines Umfeld. Trainer, Masseure und Funktionäre dulden oder fördern den Medikamentenmissbrauch. Zudem soll er die Erwartungen privater und staatlicher Sportförderer erfüllen, die ihre Zahlungen von Erfolgen und Goldmedaillen abhängig machen, wohl wissend, dass sich die Athleten auch in einen internationalen pharmakologischen Wettstreit begeben müssen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Freitag, das Anti-Doping Gesetz ist durch. Wie haben Sie es geschafft, dass die lange Zeit skeptische Union zugestimmt hat?

Letztlich haben sich die guten Argumente durchgesetzt, auch wenn es mehr als 20 Jahre gedauert hat. Das zeigt auch, wie beharrlich und wie erfolgreich der Widerstand der Lobbyisten aus dem Sport gegen das Gesetz gewesen ist. Aber: Die Gesetze werden in Deutschland durch das Parlament gemacht. Und wir halten das Gesetz für notwendig.

Ab 2016 gilt die Regelung, die auch den Besitz geringer Mengen an Dopingmitteln strafrechtlich verfolgt. Muss Diskusolympiasieger Robert Harting jetzt tatsächlich Angst haben, wie er es selbst ja bei der Anhörung zum Gesetz sagte?

Nein, und ich denke, das weiß Robert Harting inzwischen auch. Angst davor, dass ihnen Dopingsubstanzen untergeschoben werden, müssen Athleten ja auch jetzt schon haben. Im Grunde sind sie aber künftig besser geschützt, weil der Staatsanwalt ihnen nun nachweisen muss, dass sie diese Substanzen zum Zweck des Dopings besitzen. In der Sportgerichtsbarkeit gilt diese Unschuldsvermutung bekanntlich nicht.

Stichwort Besitzstrafbarkeit. Was ist denn von dem Argument mit dem Asthmaspray zu halten, dass der Sportler auf dem Heimweg vom Training für seine Frau von der Apotheke abholt und das dann in seiner Tasche gefunden wird und damit zu einer Strafe führt?

Das ist Unsinn. Ihm müsste nämlich erst einmal nachgewiesen werden, dass er diese Substanz zu Dopingzwecken gebrauchen wollte.

Was ist dran an der Kritik des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), das Strafrecht hebele die Sportgerichtsbarkeit aus?

Nichts, denn beides kann nebeneinander existieren. Schon jetzt gibt es etwa im Fußball für ein grobes Foul die rote Karte und eine Sperre. Unabhängig davon kann der Gefoulte eine zivilrechtliche Klage wegen Körperverletzung erheben, die aber möglicherweise nicht zu seinen Gunsten entschieden wird.

Besteht aber nicht die Gefahr, dass ein gesperrter Sportler nach einem eventuellen Freispruch im Strafverfahren den Verband auf entgangene Einnahmen verklagt?

Das kann schon passieren – es wird nur nicht erfolgreich sein.

Mit dem Gesetz soll laut Begründung die Integrität des Sportes gewahrt werden. Warum lehnt der DOSB das Ganze dennoch ab?

Über die Motive des DOSB kann ich nur Vermutungen anstellen. Wer über Jahre hinweg eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Doping predigt, müsste eigentlich dankbar sein, dass der Staat die Sportgerichtsbarkeit ergänzen – nicht ersetzen – will. Wir als Gesetzgeber sind der Meinung, dass zu den Sanktionsmöglichkeiten, die der Sport hat, die weitergehenden Instrumente der Ermittlungsbehörden des Staates kommen sollen. Der Sport kann selber keine Hausdurchsuchung anordnen – staatliche Ermittler schon. Es geht um ein effektives Nebeneinander und nicht um eine Konkurrenz. Das wird auch der DOSB noch erkennen, der im Übrigen in dieser Frage nicht für alle Verbände spricht. Es gibt große Sportverbände, die sich deutlich für das Gesetz ausgesprochen haben.

Gestärkt werden soll durch das Gesetz auch die Nationale Anti-Doping Agentur. Die Nada steht ja immer mal

»Athleten besser geschützt«

DAGMAR FREITAG Die SPD-Sportexpertin zum neuen Anti-Doping-Gesetz und dem Skandal um den Deutschen Fußball-Bund



© picture-alliance/dpa

wieder in der Kritik, weil es kaum aufgedeckte Dopingfälle in Deutschland gibt, obwohl anonyme Umfragen unter Kaderathleten ein anderes Ergebnis zeigen.

Ein Gesetz kann keine Dopingproben nehmen, das macht das Nada-Testsystem. Die schärfste Waffe des Gesetzes ist die Besitzstrafbarkeit. So soll auch jemand belangt werden können, ohne dass es eine positive Probe gibt. Was die Proben angeht, so muss man wohl oder übel akzeptieren, dass die Nachweismöglichkeiten der Doping-Fahnder fast immer hinter dem zu-

rückbleiben, was sich kriminelle Experten in ihren Laboren ausdenken. Die sind meistens einen Schritt voraus. Deshalb können Machenschaften wie etwa in Russland auch nur aufgedeckt werden, wenn es Menschen gibt, die sagen: Wir machen hier nicht mehr mit und ihre Erkenntnisse öffentlich machen.

In Russland gibt es offensichtlich in der Leichtathletik ein staatlich organisiertes Dopingssystem. Wie sollte international darauf reagiert werden?

Ich würde mir wünschen, dass der Internationale Leichtathletikverband (IAAF) den ganz großen Schritt macht und Russland auf Zeit suspendiert. Mit gutem Zureden bringt man Russland ganz sicher nicht auf den Weg der Tugend zurück.

Der ehemalige IAAF-Präsident Lamine Diack soll sich bestechen lassen haben, um positive Dopingproben verschwinden zu lassen. Ist das ein Problem Diacks oder ein grundsätzliches Problem großer internationaler Sportverbände?

Das wird sich zeigen. Der neue Präsident Sebastian Coe braucht in jedem Fall viel Rückgrat und Mut, um sich gegen die alten Strukturen durchzusetzen.

In schwerem Fahrwasser ist ja nun auch der Deutsche Fußball-Bund geraten, der im Verdacht steht, Stimmen bei der Vergabe der WM 2006 gekauft zu haben. Der DFB versucht nun mit einer internen Untersuchung diese Frage aufzuklären. Glauben Sie, dass das ausreicht?

Mittlerweile ermitteln ja auch staatliche Stellen mit Blick auf eine mögliche Steuerhinterziehung. Eigentlich bin ich kein Freund interner Aufklärungskommissionen, schon gar nicht, wenn derjenige die Untersuchung in Auftrag gibt, der selber Gegenstand dieser Ermittlung ist. Aber bislang kann man doch feststellen, dass die mit der Untersuchung beauftragte Kanzlei intensiv zu recherchieren scheint.

In der öffentlichen Wahrnehmung gibt es in Sachen „gekauft Sommermärchen“ zwei Betrachtungsweisen: Die einen sagen, anders als mit Bestechung geht es nicht und die in Rede stehenden 6,7 Millionen Euro waren doch gut angelegt. Die anderen nehmen erschüttert zur Kenntnis, dass auch deutsche Sportverbände keineswegs so sauber sind, wie sie sich gerne darstellen. Wo stehen Sie?

Das ist für mich ganz klar. Als Bürgerin eines Rechtsstaates und als Parlamentarierin muss ich davon ausgehen können, dass deutsche Verbände, die sich mit Unterstützung des Bundes um die Ausrichtung internationaler Meisterschaften bewerben, dies auf Basis rechtsstaatlicher Prinzipien tun. Da gibt es nichts zu diskutieren.

Der DFB-Skandal könnte zwei Highlights auf deutschem Boden gefährden. Da ist zum einen die Fußball EM 2024, deren Ausrichtung in Deutschland schon so gut wie beschlossen schien. Da ist aber vor allem das Projekt Olympische Sommerspiele in Hamburg im gleichen Jahr. Befürchten Sie negative Auswirkungen auf das Bewerbungsverfahren?

Was die EM 2024 angeht, so muss sich erstmal zeigen, ob der DFB die Bewerbung aufrechterhält. Mit Blick auf die Bewerbung Hamburgs glaube ich schon, dass die aktuelle Diskussion und vor allem die Tatsache, dass jetzt auch ein deutscher Verband im Verdacht steht, sich an unlauteren Praktiken beteiligt zu haben, einen negativen Einfluss auf das Referendum haben könnte. Meine Befürchtung ist, wenn die Menschen permanent mit solche Negativmeldungen konfrontiert werden, könnten sie resignieren und sich fragen: Wollen wir diesen Sport überhaupt noch?

Das Gespräch führte Götz Hausding. ||

Dagmar Freitag (62) aus Nordrhein-Westfalen gehört dem Bundestag seit 1994 an. Seit November 2009 ist sie Vorsitzende des Sportausschusses.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Sportpolitikerin: Katrin Kunert

Daheim in Stendal wird ihre Sportbegeisterung Buchrücken für Buchrücken deutlich: Zahllose Bücher über die Olympischen Spiele – bis zurück ins Jahr 1924. Doch vor allem betrieb Katrin Kunert Sport als Aktive – Leichtathletin seit ihrer Kinder- und Jugendzeit, groß geworden mit dem Sport. Und sie blieb lange dabei. Im Seniorenbereich hat sie noch bis vor vier Jahren an Wettkämpfen teilgenommen. Womit nahe liegt: Als die Linken-Politikerin vor zehn Jahren erstmals in den Bundestag einzog, war der Sportausschuss ihre erste Wahl. Womit zudem erklärt ist, warum die Linken-Obfrau im Sportausschuss beim monatelangen Top-Thema des Ausschusses, das jetzt in einen Anti-Doping-Gesetzesentwurf mündete, ihre klare Haltung vertreten hat: „Unser aller Anstrengungen müssen auf einen Sport ohne Doping gerichtet sein.“ Der Sport könne das „allein nicht lösen“. Der Staat müsse „zu dem Schutz des sportlichen Wettbewerbs und zum Schutz der Werte des Sports Regeln schaffen, um gegen Doping vorzugehen“. Insbesondere hat die 51-Jährige dabei im Blick: „Wir ordnen dem Sport ganz viele Funktionen zu – die Vorbildfunktion zum Beispiel.“ Viele Kinder sind nach der Fußball-WM in Sportvereine gegangen. Sie haben Idole: Guck mal, der ist erfolgreich. Ich möchte das auch.“ Quasi nebenbei entwickelten sie beim Sport aber auch ganze andere Eigenschaften. Sie nennt „soziale Kompetenz, Teamgeist, Durchsetzungsvermögen, das Umgehen mit Niederlagen“. Und: „Im Sport geht vieles leichter“ – aktuell die Integration von Flüchtlingen in zahlreichen Vereinen.

Kunert gehört im Bundestag zu einer Minderheit – zu denen, die sich in den Sitzungswochen nicht ausschließlich unter der Käseglocke des Regierungsviertels bewegen. Keine Zweitwohnung: Sie pendelt von Stendal nach Berlin. „Dieses Fahren trägt dazu bei, dass man den Blick für die Dinge an der Basis immer beibehält.“ Geerdet an eben der Basis wird sie insbesondere durch ihre kommunalpolitischen Aktivitäten: Sie sitzt in den Parlamenten von Kreis und Stadt Stendal: „Wer in der Kommune verankert ist,



»Unser aller Anstrengungen müssen auf einen Sport ohne Doping gerichtet werden.«

weiß sehr genau, wie sich Bundespolitik auswirkt. Wenn ich im Bundestag höre, die Kommunen werden um Milliarden entlastet, dann sitze ich manchmal in meinem Stadtrat oder Kreistag und frage mich, warum kommen die bei uns nicht an.“ Gleich mit der Wende – 25 Jahre war sie da alt – hat es das langjährige SED-Mitglied Kunert in die Politik gedrängt: „Weil ich der Überzeugung war und bin, dass die Idee von sozialer Gerechtigkeit

richtig ist.“ Damals habe es ein „Alles-ist-schlecht-Klima“ gegeben. Indes: „Heute erinnern wir uns an das DDR-Schulsystem, das es in Finnland gibt. Heute sagen wir, wir müssen Gemeinschaftspraxen schaffen, damit sich Ärzte teure Technik leisten können – da sind wir wieder bei der Poliklinik.“ Sie habe „dieses Alles-über-den-Haufen-werfen nach der Wende nicht für richtig“ gehalten: „Ich trage keine Altlasten mit mir herum, habe ich mir gesagt. Ich will Politik machen – und von vornherein auch in der PDS.“ Abschluss als Agraringenieurin, 1990 Umschulung zur Floristin – und eben lange Zeit Sportlerin: „Ich war an der Kinder- und Jugendsportschule. Ich habe das Leistungssystem der DDR zum Teil erlebt.“ Was bedeutet: „Wenn zum Beispiel im Sportausschuss gesagt wird, die DDR war ja nur Doping und Stasi, dann ist es gut, wenn man das selber erlebt hat und fragen kann: Über welches Land redet ihr eigentlich?“ Sie macht kein Hehl daraus: „Natürlich hat es das gegeben. Aber eine differenzierte Betrachtungsweise ist angebracht.“ Es habe sie „sehr geärgert, dass man aus dem DDR-Sport die Talentsuche nicht übernehmen hat“. Mit speziellen Sichtungssystemen seien die sportlichen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen ermittelt worden: „Das Trainerpersonal, das Übungsleiterpersonal war hervorragend ausgebildet. Das hätte ich mir für das gesamtdeutsche Sportsystem gewünscht.“ Sport, gesamtdeutsch? Gab es schon vor der Wende – kurzzeitig in den Jahren 1956, 1960 und 1964 mit einer gesamtdeutschen Mannschaft bei den Olympischen Spielen. Bei Katrin Kunert in ihrer Olympia-Literatur nachzulesen. Franz Ludwig Averdunk ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. CVd
Michael Klein (mkl)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CVd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
13. November 2015

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

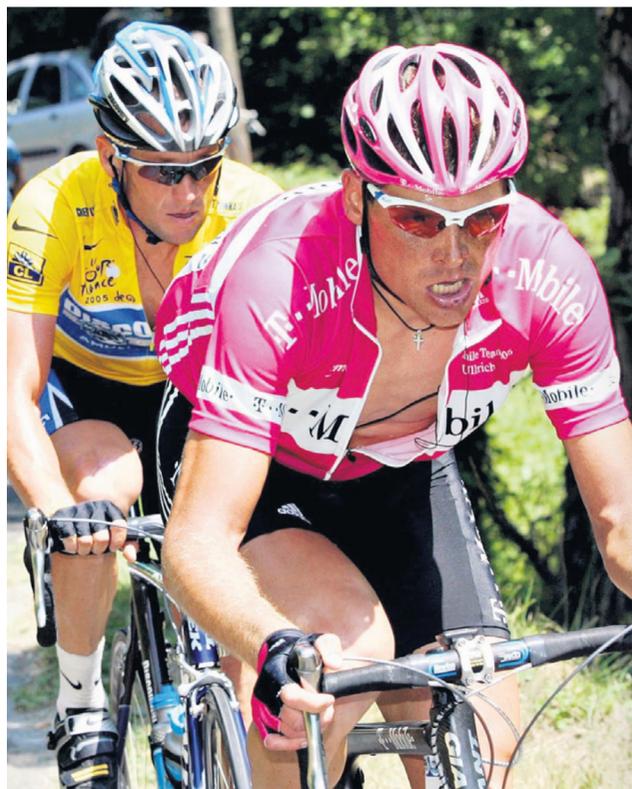
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 53
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Katrin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-43 75
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 74
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverwaltung@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtsverwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Die Karrieren der Radstars Jan Ullrich und Lance Armstrong (linkes Bild von rechts) waren nach ihrer Dopingaffäre beendet. Trotz aller Tests (rechts Kontrolleure bei einem Bundesligafußballspiel) wird es immer schwerer, Sünder zu überführen.

dpa-picture-alliance/blickwinkel/Pressefoto ULMER

Die Sisyphusarbeit

DOPING Der Kampf gegen unsaubere Methoden im Spitzensport ist nahezu aussichtslos – er muss dennoch geführt werden

Der Sport führt einen Kampf, den er längst aufgegeben hat – aber trotzdem weiterführen muss. Um jeden Preis. Es ist der Kampf gegen den Treibstoff in dieser globalen Muskelindustrie namens Leistungssport, der Kampf gegen Doping. Aussichtslos ist das Unterfangen schon, weil es viel zu viele, immer neue und verfeinerte Pharmaprodukte gibt, die Athleten auf die Sprünge helfen; Wirkstoffe, die in der Regel für Schwerkranken hergestellt werden – nicht für gesunde Höchstleister. Hocheffiziente Substanzen also, die dem Sportbetreiber jene vier, fünf Prozent Zueggewinn sichern, die im Profisport den Unterschied ausmachen zwischen Sieger und Mitläufer. Und das ist nur ein Teil des Problems. Dopingkitchen arbeiten überall auf der Welt, zwischen Weißrussland und China, aber auch in Afrika, Mexiko, den USA. Gezielt werden Dopingpräparate hergestellt, die von der Analytik der Sportlabore gar nicht erfasst werden können. Und in Deutschland? Hierzulande fliegen sogar wiederholt Wissenschaftler auf, die sich im Umfeld von renommierten Sportmedizinern und Dopingforschern tummelten – und auf der anderen Seite Dopingpräparate vertrieben oder sogar selbst herstellen.

Publikum im Visier Ja, auch viele im Sport verwurzelte Akademiker tragen auf beiden Schultern. Erst im Oktober erfolgte ein Doping-Prozess am Landgericht in Memmingen gegen einen ehemaligen Sportarzt des Uniklinikums Ulm, die eng Gut und Böse im Dopingkampf beieinander liegen. Der Beschuldigte war früher selbst im Antidoping-Bereich aktiv; er betreute deutsche Kaderathleten und hatte sogar an der Kölner Sporthochschule geforscht, mit den Analytikern des dortigen Labors. Ähnliche Fälle wurden in Saarland und in Bayern bekannt. Und die Doping-Umtriebe an der einstigen Medaillenschmiede des westdeutschen Sports, der Universität Freiburg, beschäftigen seit einem Jahrzehnt eine eigene Evaluierungskommission. Allein die Geschichte, wie diese Ermittler fortwährend ausgebremsst wurden, würde einen Spielfilm füllen. Dass der aussichtslose Kampf trotzdem geführt werden muss, mit Drohungen, Kontrollen und unhaltbaren Versprechen, liegt daran, dass der Sport das seinem Publikum schuldet. Das ist die Zahlkundschaft, die allein den Schneller-Höher-Weiter-Betrieb des Spitzensports am Laufen hält. Dieses Publikum würde in Scharen davonlaufen, müsste es den Eindruck gewinnen, dass es im Spitzensport nicht mit rechten Dingen zugeht. Also hat der Sport – das Geschäft mit dem Spitzensport – ein existentielles Interesse daran, dass er sich als weitestgehend sauber darstellen kann. Und deshalb muss das Publikum glauben, dass die Kontrollsysteme funktionieren. Leider ist das Gegenteil der Fall, das belegen ein paar unverrückbare Tatsachen. Alle großen Dopingfälle der letzten zwei Dekaden wurden nicht durch Dopingtest aufgedeckt. Sünder wie Lance Armstrong oder der deutsche Radheros Jan Ullrich, die US-Sprint-Olympiasiegerin Marion Jones oder Amerikas Baseballstars um Alex Rodriguez fliegen durch staatliche Ermittlungen auf, durch Polizei, Steuer- oder Zollfahnder. Problemlos aber

überstanden sie mehr als tausend negative Dopingtests. Tests, deren Kosten sich auf einen sechsstelligen Betrag addierten. „Wir stellen fest, dass wissenschaftliches Doping im Spitzensport nicht mehr erkannt werden kann“, erklärte Deutschlands renommiertester Dopingjäger Werner Franke erst im November im Hinblick auf die Doping-Skandale in der Leichtathletik. Russische Stars schützen sich über interne Tests; zudem steht der Kreis um den langjährigen Chef des Weltverbandes IAAF im Verdacht, Geld von Sündern erpresst zu haben, deren Dopingbefunde unter den Tisch gekehrt wurden. Wie naiv die Hoffnung auf Besserung ist, zeigt schon die Logik der sportlichen Entwicklung: Man braucht sich nur vorzustellen, wie radikal die Spitzenleistungen dort zurückgingen, wo bisher unbezogen wird. Etwa im Fußball. Der geriet sich als strikter Hort der Sauberkeit. Also dort, wo taktische Fouls zum Trainingsplan gehören und ein transnationaler Geldtransfermarkt wuchert, der polizeilicher Untersuchung bedürfte – dort soll Doping ausgerottet sein? Das kann nur ein Sport behaupten, der keine Subvention von außen braucht und so ergene Fans besitzt, dass sie sogar in der Vereinsbettwäsche schlafen. Soeben hat Arsenal Londons Trainer Arsene Wenger kundgetan, er glaube, seine Elf habe schon gegen viele gedopte Teams spielen müssen.

Die Ineffektivität von Dopingkontrollen ist das eine. Hinzu kommt ein Aspekt, der sich aus den Korruptionssümpfen ergibt, in die sich die moderne Sportwelt verwandelt hat. Die Rede ist vom Treiben der Funktionäre, die sich im Schutze der Autonomie des Sports sicher wissen vor Zugriffen staatlicher Instanzen in aller Welt. Diese Funktionärsklientel, die sich als „Familie“ bezeichnet – Fußballfamilie, olympische Familie – hat früh erkannt, wo für sie das wahre Problem mit dem Pharmabetrug lauert. Doping selbst ist keine Gefahr, eher eine Notwendigkeit für den Wirtschaftsbetrieb des Sports: Der zieht seinen Profit gerade aus steten Leistungsverbesserungen des menschlichen Körpers. Das Problem ist nicht der Betrug – sondern seine Entdeckung. Nur die sorgt ja für Skandale und Glaubwürdigkeitsverlust. Das ist schlecht fürs Geschäft. Es geht also darum, Dopingfälle zu vermeiden – wenn Doping an sich schon nicht zu verhindern und insgeheim sogar willkommen ist. An der Vermeidungsstrategie arbeiten alle Akteure mit; bis hin zu den Laboren, die sehr viel Geld mit all den negativen Tests verdienen, die sie immerzu ausspucken. Sie sehen durchaus manches, was die Branche so treibt, begnügen sich aber brav mit der Rolle des wissenschaftlichen Messknechts. Dem nicht einmal gestattet ist, den extensiven Schmerzmittelgebrauch im Profifußball zu

untersuchen. Dabei hat dieser längst einen Dopingstatus erlangt, weil er schmerzempfindliche Berufskicker in knallharte Zweikampfmotoren verwandelt – oder dafür sorgt, dass selbst Spieler mit schwersten Muskelrissen durch ein wichtiges Champions-League-Match kommen. **Sechs Prozent dopen** Gedopt wird überall. Weil es was bringt; weil Berufssportler in vielen Sportarten davon ausgehen, dass es ihre Gegner – und Marktrivalen – ebenfalls tun. Wie tief Spitzensportler den Pharmabetrug in den Genen liegt, offenbar das sportsoziologisch gut abgesicherte „Goldman-Dilemma“. Der US-Arzt Bob Goldman hat ab den 1980er Jahren in zahlreichen Studien in Zweijahresintervallen ermittelt, dass rund die Hälfte der Spitzensportler bereit ist, innerhalb von fünf Jahren zu sterben, wenn ihnen eine bestimmte Droge den Gewinn einer olympischen Goldmedaille sichern würde. Noch Fragen? Entlarvend sind nicht die Testergebnisse, wohl aber die Erkenntnisse in Ländern wie Deutschland. Dass sich der schwarzrotgoldene Spitzensport gern als porentief sauber präsentiert und damit eine besondere Fallhöhe riskiert, zeigt sich dieser Tage am Skandal um die WM-Vergabe 2006 ins Sommermärchenland. Grotesk aber wirkt der Verweis auf die statistische Reinheit, wenn man auf die belastbaren Erkenntnisse zweier Doping-Studien an deutschen Kaderathleten der letzten Jahre schaut. Die Universität des Saarlands hatte 2005 eine Dopingquote zwischen 26 und 48 Prozent ermittelt. Und 2013 legte die Deutsche Sporthilfe eine große Untersuchung vor, in der sich satte sechs Prozent der Kaderathleten als regelmäßige Doper bekannten. Schlimmer: 40 Prozent der Befragten wollten sich gar nicht zur Dopingfrage äußern. Goldman lässt grüßen. Deutsche Sportfunktionäre ignorieren solche Papiere, sie reden die Verhältnisse schön oder zweifeln kritische Erhebungen aus den eigenen Reihen an. Das Gros will nur sicherstellen, dass der Laden brummt. Was vielleicht nicht nur in Russland dazu geführt hat, dass sich jenes staatlich geförderte Doping wieder erfand, dass es schon zu Ostblock-Zeiten gab. Übrigens, damals waren es die Deutschen, die den Pharmabetrug am besten beherrschten; niemand reichte an die faustischen Experimente des DDR-Staatsplanthemas 14.25 heran. Nicht mal die deutschen Brüder im Westen, obwohl sich auch die nach Kräften um ein systemisches Staatsdoping bemühten. Wie brutal der Pharmabetrug im Westen betrieben worden war, hat eine Historiker-Kommission in den vergangenen Jahren unter größten Erschwernissen zutage gefördert. Verdienstvolles leistet auch die Evaluierungskommission, die die Dopingumtriebe an der Uni Freiburg untersucht. Breisgau-Ärzte wie Armin Klümper und Joseph Keul erlangten Kultstatus; der renommierte US-Dopingforscher John Hoberman stellte fest, dass Deutschland das einzige Land sei, in dem es Ärzte schaffen, wie Sport-

stars hofiert zu werden. Für Superstar Klümper, der öfter mal mit dem Gesetz in Konflikt geriet, zahlte Deutschlands Fußballhelden in den 1980er Jahren sogar in einen eigenen Fonds ein. Im März 2015 kam dann heraus, dass Klümper auch Profiklubs mit Anabolika versorgt hatte. Zum Kern des Dopingproblems zählen Ärzte und sonstige renommierte Wissenschaftler, die aus Sportgefühligkeit oder falscher Vaterlandsliebe auf die dunkle Seite geraten. Hinzu kommen viele Politiker, die sich allzu gerne im Glanz der Helden und der Medaillen sonnen. Denn Sport, insbesondere der Fußball, hat heute eine quasi-religiöse Bedeutung erlangt. Deshalb hat es der Fußball geschafft, Doping im Spitzensportbereich abzuschaffen. Das heißt: Er hat die Dopingaffäre abgeschafft. Das geschah 2006, der Fußball stand am Abgrund. Gerade war der spanische Blutpflücker Eufemiano Fuentes ins Gefängnis gewandert; er gestand, er habe auch Profis von Spitzensportklubs in Madrid und Barcelona betreut. Manche Verbindung ließ sich sogar nachzeichnen, und bei Athletic Bilbao flogen jahrelange Dopinglieferungen von Fuentes auf. Trotzdem endete die Enthüllung hier. Spaniens Justiz sperrte die Akte Fuentes eilig weg. Bis heute versucht die Welt-Antidopingagentur Wada, an die Unterlagen zu gelangen, vergebens. In einem Land, dessen Klubs das Wörtchen „kö-

niglich“ – Real – im Namen tragen, werden Nationalheiligtümer nicht beschädigt. Seit jener Schrecksekunde hat sich im Fußball zweierlei ergeben: Der spanische Sündenpfuhl wurde nicht durchleuchtet. Und Spaniens Fußball dominiert seither die Welt. Ein Land, das stets ballverrückt, aber nie unter den Besten war. Ab Mitte der Nullerjahre zieht sich die Erfolgsgeschichte der spanischen Generation de oro, Generation Gold, durch den Welt-sport. Nicht nur im Fußball, auch in Handball und Radsport, Tennis und Leichtathletik. Inzwischen sind die Bot-schafter dieser Erfolgskultur in alle Welt ausgeschwärmt. Es braucht harte Gesetze, um dieser dramatischen Betrugsentwicklung zumindest ein paar Grenzen abzustecken. Es braucht dringend externe Kontrolle, völlig unabhängige Aufsichtspersonen. Es braucht mutige Politiker, und es braucht den aufgeklärten Teil des Publikums, das sich zumindest überall dort von der Pharma- und Muskelmesse abwenden sollte, wo es den Hochglanzbildern dieser perfekten Traumindustrie nicht mehr trauen kann.

Thomas Kistner

Der Autor ist Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ in München und zuständig für Sportpolitik.

»Wissenschaftliches Doping kann nicht mehr erkannt werden.«

Werner Franke, Experte in Dopingfragen

Doping im Spitzensport

Diese verbotenen Dopingmittel wurden häufig bei Leistungssportlern nachgewiesen:

Dopingmittel (Beispiele)	Dopingziel	Nebenwirkungen
Anabole Substanzen Steroidhormone wie Nandrolon, Sexualhormon Testosteron, Clenbuterol	Eiweißproduktion in den Muskeln anregen, Aufbau von mehr Muskelmasse	Arterienverkalkung, Herzinfarkt, Thrombosegefahr, Akne, Leberschäden
Wachstumshormone Somatotropin (HGH)	Abbau von Körperfetten, erhöhtes Skelett-, Organ- und Muskelwachstum	erhöhter Blutzuckerspiegel, krankhaftes Herzwachstum
Künstliche Hormone Erythropoietin (EPO)	Anzahl roter Blutkörperchen erhöhen, Sauerstofftransport verbessern, Ausdauerleistung steigern	krankhaftes Organwachstum, Herzinfarkt
Blutdoping Transfusionen von Blut oder roten Blutkörperchen	Anzahl roter Blutkörperchen erhöhen, Sauerstofftransport verbessern, Ausdauerleistung steigern	Infektionsgefahr, Thrombosen durch Blutverdünnung, Herzinfarkte
Stimulanzien Amphetamine, Ephedrin, Methylhexanamin, Oxilofrin	Ermüdung verzögern, Herzfrequenz und Sauerstoffaufnahme erhöhen, Leistungssteigerung	Psychosen, Abhängigkeit, Verengung der Blutgefäße, Herzinfarkt
Glukokortikoide Hormone, Cortison, Cortisol	Ermüdung verzögern, Schmerzen unterdrücken	Anfälligkeit für Infektionen, Umverteilung von Körperfett

Quelle: Nada, DSHS Köln Grafik: dpa/19664 (edittiert)

Partizipation und Regulation im Freihandel



Freihandel vs. Demokratie
Grundsätze transnationaler Legitimation: Partizipation, Reversibilität, Transparenz
Herausgegeben von Sinthiou Buszewski, Stefan Martini und ORR Hannes Rathke
2015, ca. 220 S., brosch., ca. 39,- €
ISBN 978-3-8487-2445-1
(Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Bd. 90)
Erscheint ca. Dezember 2015
www.nomos-shop.de/25946

Der Band präsentiert Beiträge zur Debatte über die Verhandlungen und den Abschluss von handels- und investitionsschutzrechtlichen Abkommen wie beispielsweise TTIP. Er behandelt Fragen der demokratischen Partizipation und Legitimation insbesondere im europäischen Verbundsystem und hinsichtlich des Investitionsschutzrechtes.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der Linksfraction war nicht zum Feiern zumute. Während in der vergangenen Woche die Bundeswehr ihrer Gründung am 12. November 1955 mit einem Großen Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude in Berlin gedachte und die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten die Truppe als Garanten für Freiheit und Sicherheit würdigte, übte sich die Linke in Fundamentalkritik. Die Bundeswehr, so bescheinigte deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender Wolfgang Gehrcke am Donnerstag in der Debatte anlässlich des Jahrestages, sei für die Sicherheit Deutschlands ebenso „überflüssig“ wie die Nato. Er selbst habe immer gegen die Bundeswehr gekämpft, „zunächst in der ‚Ohne mich‘-Bewegung zusammen mit einer ganzen Reihe Sozialdemokraten, in der Bewegung ‚Kampf dem Atomtod‘, auf den Ostermärschen, mit Blockaden von Militärstandorten, mit antimilitaristischer Arbeit unter Wehrpflichtigen und Soldaten sowie Kriegsdienstverweigerern“. Es sei symptomatisch, dass zeitgleich zur Debatte im Bundestag das Versprechen, dass die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen wird, aufgekündigt werde. „Lug und Trug gehörten immer zur Politik der Rechtfertigung der Bundeswehr“, schimpfte Gehrcke. So forderte Gehrcke dann auch, bei der anstehenden Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2016 den Wehretat „gründlich zusammenzustrichen“ und das Geld für Flüchtlinge einzusetzen.

Wiederbewaffnung In den Reihen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen erntete die unverhohlene Forderung nach Auflösung der Bundeswehr und einem Nato-Austritt jedoch nur Kopfschütteln, heftigen Widerspruch oder eisiges Schweigen. „60 Jahre Bundeswehr sind eine Erfolgsgeschichte für Deutschland“, beschied der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (CDU). Die Bundeswehr sei „der Garant für die Sicherheit unseres Landes und Ausdruck von Stabilität und Souveränität“. Otte erinnerte aber auch daran, dass die Aufstellung deutscher Streitkräfte nur zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten „keine Selbstverständlichkeit“ gewesen sei. Die damaligen Entscheidungsträger wie Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) hätten großes Vertrauen mit der Aufnahme Deutschlands als gleichwertiges Nato-Mitglied bewiesen. Die historischen Erfahrungen hätten zur Entwicklung des Konzepts der „Inneren Führung“ und des Leitbilds vom „Staatsbürger in Uniform“ beigetragen. Dies sei eine Bereicherung für Deutschland, sagte Otte.

Parlamentsarmee Diesem positiven Urteil schloss sich auch Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, an. Er räumte ein, dass die Debatte über die Wiederbewaffnung Deutschlands für die Sozialdemokraten schwierig gewesen sei. „Das hatte auch etwas damit zu tun, dass viele der ersten Offiziere und Unteroffiziere eben aus der Wehrmacht rekrutiert wurden.“ Von Anfang an sei aber klar gewesen, dass die Streitkräfte unter das Primat der Politik und unter parlamentarischer Kontrolle gestellt werden müssen. Und dies sei in „vorbildlicher Art und Weise“ erreicht worden, betonte Arnold. Mit dazu beigetragen habe auch die Institution des Wehrbeauftragten des Bundestages, dessen Einsetzung von der SPD erzwungen worden sei. Gerade in den ersten Jahren seien unglaublich viele Eingaben wegen Verstößen gegen die Menschen-



Mit einem Großen Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude feierte die Bundeswehr in der vergangenen Woche ihre Gründung am 12. November 1955.

würde beim Wehrbeauftragten eingegangen. Das Prinzip der Parlamentsarmee sei auch für die Soldaten „identitätsstiftend“. Die Bundeswehr sei eine „demokratische Institution“, in der die Soldaten nicht nur Befehl und Gehorsam kennen, sondern auch das Mitleiden und Infragestellen gefördert werde, sagte Arnold. Auch aus den Reihen der Grünen, die in vergangenen Zeiten selbst mehrheitlich in der Fundamentalopposition zur Bundeswehr und zur Nato gestanden hatten, kam Lob. Die Bundeswehr, so führte deren verteidigungspolitische Sprecherin Agnieszka Brugger aus, sei „in den Friedensmissionen der Vereinten Nationen engagiert, um die Zivilbevölkerung zu schützen, Waffenstillstände abzusichern, Streitkräfte auszubilden, wenn Menschen keinen Schutz haben, Seenotrettung im Mittelmeer zu betreiben oder – ich finde sehr beeindruckend, was da derzeit geleistet wird – bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge hier im Land mitzuhelfen“. Die Bundeswehr als Parlamentsarmee sei ein „hohes Gut“, weil sie den Entscheidungen über die umstrittenen Auslandseinsätze eine „breite demokratische Legitimation“ verleihe, sagte Brugger. Das

Nein zu einem Auslandseinsatz und die Nichteinmischung in einen Konflikt könne genauso schwierig und genauso „verheerende Folgen“ haben wie der Militäreinsatz, den man auf den Weg bringt. „Wir werden deshalb immer allen Versuchen entgegen treten, die Parlamentsbeteiligung auszuhöhlen“, betonte Brugger.

Großer Zapfenstreich Den Begriff Parlamentsarmee hatte auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) am Vorabend in den Fokus seiner Rede zum Großen Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude gestellt. „Es gibt kein zweites Beispiel weltweit, in dem die Verankerung einer Armee im demokratischen Staat in einer solchen Weise parlamentarisch festgeschrieben und legitimiert ist“, sagte Lammert. Es sei nicht nur ein formaler Unterschied, ob die Beschlüsse über Einsätze der Streitkräfte, „die buchstäblich über Leben und Tod entscheiden können, allein von einer Regierung getroffen werden oder die breite demokratische Legitimation eines Parlaments und damit der Vertretung des Volkes haben, in der alle relevanten politischen Gruppierungen mit ihren jeweiligen politischen Lebenserfahrungen und Ein-

schätzungen zu Wort kommen“. Dass die Bundeswehr ihren 60. Geburtstag vor dem Reichstagsgebäude feiere, sei Ausdruck der tiefen Verbundenheit von Bundeswehr und Parlament. „Das Parlament kann sich auf die Bundeswehr und die Soldatinnen und Soldaten verlassen“, betonte Lammert.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nutzte ihre Rede für ein Gedenken an Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), der von 1969 bis 1972 selbst Verteidigungsminister war. Schmidt habe aus der bitteren Erfahrung, als Frontoffizier im Zweiten Weltkrieg einem verbrecherischen Regime gedient zu haben, beim Feierlichen Gelöbnis am 20. Juli 2008 den jungen Rekruten das folgende Versprechen gegeben: „Ihr könnt Euch drauf verlassen: Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen. Denn die Würde und das Recht des einzelnen Menschen sind das oberste Gebot – nicht nur für die Regierenden, sondern für uns alle.“ Auch wegen dieser Sätze, betonte Ministerin von der Leyen, „verneigen sich die Angehörigen der Bundeswehr vor ihrem ehemaligen Chef, dem großen Menschen Helmut Schmidt“.

Alexander Weinlein

In Feierlaune

BUNDESWEHR Der Bundestag würdigt die vor 60 Jahren gegründete Truppe als Garanten für Freiheit und Sicherheit. Nur die Linksfraction will sie abschaffen

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Recht der Kriegsdienstverweigerer

VERTEIDIGUNG Nach dem Willen der Fraktion Die Linke soll das Recht zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen deutlich vereinfacht werden. Zukünftig soll eine einfache Willenserklärung ausreichen und die im Kriegsdienstverweigerungsgesetz verankerte Pflicht zur Begründung einer Verweigerung entfallen. Dies soll auch für aktive Soldaten gelten, die den Dienst nachträglich verweigern wollen. In einem Antrag (18/6363), den der Bundestag am Donnerstag an den Verteidigungsausschuss überwies, fordert die Linksfraction die Bundesregierung auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Novellierung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes vorzulegen. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, aber auch Bündnis 90/Die Grünen lehnten die Forderung der Linken ab. Die Pflicht zur Begründung einer Kriegsdienstverweigerung sei „angemessen und notwendig“, argumentierte die CSU-Abgeordnete Julia Obermeier. Dies

gelte vor allem für Soldaten, die eine besondere Verantwortung für die Sicherheit des Landes eingegangen seien. Die Bundeswehr investiere umgekehrt auch viel Geld in die Ausbildung der Soldaten. Fritz Felgentreu (SPD) verwies darauf, dass im Gegensatz zu den 1970er Jahren Kriegsdienstverweigerer sich seit 1983 nicht mehr einem „hochnotpeinlichen Tribunal“ stellen müssten. Aus dem politischen Kampf um die Rechte von Kriegsdienstverweigerern sei längst „die Luft raus“. Ein Verfahren, in dem ein Soldat aber „fast schon auf Zuruf“ die Bundeswehr verlassen kann, sei abzulehnen. Doris Wagner (Grüne) argumentierte, die Begründungspflicht zur Verweigerung entfalte eine „heilsame Wirkung“. Sie unterstreiche, dass die nach der Aussetzung der Wehrpflicht freiwillige Entscheidung, Soldat zu werden, schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen könne und diese Entscheidung wohl überlegt sein sollte.

aw

Kurzarbeitergeld und Bauernrente

SOZIALES Die gesetzliche Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes wird von sechs auf zwölf Monate verlängert. Die bis Ende des Jahres geltende Sonderregelung zur verkürzten Anwartschaftszeit des Arbeitslosengeldes für überwiegend kurzzeitig befristet Beschäftigte wird um ein Jahr verlängert. In der Alterssicherung für Landwirte werden die Hinzuerdienstmöglichkeiten für Rentner verbessert und die Abgabemöglichkeiten zwischen den Eheleuten bei der Hofabgabeklausel erleichtert. Diese Regelungen sind Bestandteil eines Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) und weiterer Vorschriften. Er wurde vergangene Woche in geänderter Fassung (18/6284; 18/6674) mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD vom Bundestag verabschiedet. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke enthielten sich. Außerdem gehören zu dem umfangreichen Paket die Öffnung der ausbildungsbegleitenden Hilfen für Geduldete und veränderte Nachweispflichten der Länder in Bezug auf die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Er-

werbsminderung. Ferner soll die statistische Erfassung der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket verbessert werden. Ehemalige Wehrdienstleistende der DDR, die während ihres Dienstes eine Beschädigung erlitten haben, werden bei der Anrechnung der Verletztenrente auf Leistungen der Sozialhilfe den Wehrdienstleistenden der Bundeswehr künftig gleichgestellt. Außerdem wird bei der Berücksichtigung von Einnahmen aus Kapitalvermögen, also insbesondere für Zinseinnahmen, ein Freibetrag für Leistungsberechtigten im SGB XII eingeführt. Dies wirke sich besonders für Menschen mit besonderen Bedarfen aus und zeige, dass sich Sparen lohne, bemerkte die Union in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zufrieden. Die SPD bezeichnete die Änderungen als spürbare Verbesserungen für viele Menschen. Aber, wie Grüne und Linke kritisierten auch die Sozialdemokraten die Beibehaltung der Hofabgabeklausel als nicht mehr zeitgemäß. Der Bezug einer Altersrente dürfe nicht an die Übergabe des Hofes gebunden sein, erklärten die Fraktionen.

che

Gesetz gegen korrupte Ärzte

RECHT Ein Arzt, der Geld dafür nimmt, dass er ein bestimmtes Medikament verschreibt oder Patienten in ein bestimmtes Krankenhaus überweist, soll künftig strafrechtlich verfolgt werden können. Das sieht ein Gesetzentwurf der Regierung „zur Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen“ (18/6446) vor, den der Bundestag am Freitag in erster Lesung beraten hat. Dass es hier eine Regelungslücke gibt, war durch eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs im März 2012 offenkundig geworden. Danach macht sich bisher ein bestechlicher Arzt nicht strafbar, weil er weder Amtsträger sei noch als Beauftragter der gesetzlichen Krankenkassen angesehen werden könne. Das neue Gesetz soll nun Korruption im Gesundheitswesen zum Straftatbestand machen. Es sieht Geld- oder Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren, in schweren Fällen bis zu fünf Jahren vor. Erfasst werden Ärzte und Angehörige anderer Heilberufe, darunter auch Apotheker. Redner aller Fraktionen begrüßten die Vorlage. Allerdings ist der Entwurf der Opposition nicht streng genug. Sie fordert vor allem, Anwen-

dungsbeobachtungen streng zu reglementieren. Dabei handelt es sich um Vereinbarungen, nach denen Ärzte die Wirkung von Medikamenten an ihren Patienten beobachten und dafür vom Hersteller Honorare erhalten. Solche Vereinbarungen gelten als sehr korruptionsanfällig. Maria Klein-Schmeink (Grüne) brachte eine Genehmigungspflicht für Kooperationen sowie eine Meldepflicht für Zuwendungen von mehr als hundert Euro ins Gespräch. Kathrin Vogler (Linke) forderte, „Umgebungsmöglichkeiten“ stärker in den Blick zu nehmen und nannte als Beispiel Schmiergelder in Form überhöhter Honorare für Vorträge oder Gutachten. Koalitionsvertreter zeigten sich offen für Vorschläge. Jan-Marco Luczak (CDU) gab jedoch zu bedenken, dass Kooperationen „zum Wohle der Patienten“ weiter möglich sein müssten. Dazu gehöre die Zusammenarbeit zwischen Pharmaindustrie und Ärzten. Dies dürfe mit diesem Gesetz nicht verhindert werden, sagte Luczak. Der Gesetzentwurf sowie ein Antrag der Linken (18/5452) zum Thema werden nun in den Ausschüssen beraten.

Peter Stütze

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Hoffnung auf Abkehr von der Minutenpflege

PFLERGE Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff werden auch die vielen Demenzzfälle systematisch in die Versorgung einbezogen

Mit der Verabschiedung des zweiten Pflegeleistungsstärkungsgesetzes (18/5926) am vergangenen Freitag ist die große Pflegereform unter Dach und Fach. Was noch aussteht, ist das Pflegeberufgesetz – und die Umsetzung der hochkomplexen neuen Pflege Richtlinien in der Praxis. Die Regierungskoalitionen blicken nun mit Genugtuung auf den zweiten Reformschritt, in dessen Mittelpunkt ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff steht, mit dem in fünf Pflegegraden festgelegt wird, wer welche Leistungen bekommt. Erstmals werden dabei auch die Fälle von Demenz systematisch berücksichtigt. Die Opposition hatte stets erhebliche Zweifel daran, dass dieses aufwendige und teure Projekt umgesetzt wird. Nun sprechen Union und SPD von einem „großen Wurf“, und Grüne und Linke müssen zumindest einräumen, dass sich etwas getan hat. Mit bis zu 500.000 neuen Anspruchsberechtigten wird in den nächsten Jahren gerechnet. Finanziert wird die Reform durch eine Anhebung des Pflegeversiche-

beitrags um 0,2 Prozentpunkte auf 2,55 Prozent (2,8 Prozent für Kinderlose) zum Jahresbeginn 2017. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) erinnerte in der Schlussdebatte an den zehn Jahre langen Vorlauf der Gesetzgebung und sprach von einer großen Reform, die den rund 2,7 Millionen Pflegebedürftigen, den Pflegekräften und pflegenden Angehörigen zugutekomme. Die rund 1,6 Millionen Demenzzfälle erhielten künftig einen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen der Pflege. Dies sei ein Meilenstein für eine bessere Versorgung, sagte der Minister, der darauf hinwies, dass in 25 Jahren mit 2,6 Millionen dementen Menschen in Deutschland zu rechnen sei. Er fügte hinzu, das Prinzip Reha vor Pflege werde gestärkt, denn auch im hohen Alter könne eine erfolgreiche Rehabilitation mehr Teilhabe bedeuten. Die pflegenden Angehörigen würden in der Sozialversicherung besser abgesichert. Gröhe räumte ein, dass mehr Pflegekräfte benötigt werden und verwies auf das Personalbemessungsverfahren, das in den kommenden Jahren entwickelt und erprobt werden solle. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach nannte das Gesetz einen „Quantensprung“. Wie hoch der Personalschlüssel sein müsse, könne erst überprüft werden, wenn die Pflegegrade 2017 eingeführt wür-

den. Hilde Mattheis (SPD) versicherte, bis 2020 werde die Entwicklung und Erprobung der Personalbemessung abgeschlossen. Ein Schnellschuss wäre unangebracht. Die jetzt verabschiedete Reform sei im Übrigen nicht das Ende der Gesetzgebung in diesem Bereich, fügte sie hinzu und nannte als nächsten „Baustein“ das Pflegeberufgesetz sowie ein drittes Pflegeleistungsstärkungsgesetz (PSG III), das sich schwerpunktmäßig mit der Pflegeinfrastruktur in den Kommunen befassen werde. Mattheis stellte zugleich klar, dass die SPD die Pflegeversicherung als Bürgerversicherung anstrebe, „und zwar so schnell wie möglich“.

Ungleichgewichte Heftige Kritik an den Detailregelungen kam von Linken und Grünen. Pia Zimmermann (Linke) sagte, das Gesetz sei „janusköpfig“ und beinhalte Verbesserungen wie auch Verschlechterungen. Sie rügte konkret die aus ihrer Sicht ungerechte Verteilung von Pflegeleistungen, die dazu führen könne, dass künftig ein höherer Eigenanteil für die stationäre Pflege gezahlt werden müsse, was letztlich eine eingeschränkte Wahlfreiheit mit sich bringe. Sie warnte, Menschen mit Pflegebedarf würden so in die Armut getrieben. In einer persönlichen Erklärung meldete Heike Bahrens (SPD) ähnliche Bedenken an. Das neue System sei günstig für Fälle

mit hohem Pflegebedarf, führe aber zu Mehrbelastungen von Menschen mit niedrigem Pflegegrad. Das hatten auch Experten in der Anhörung zu dem Gesetz bemängelt. Elisabeth Scharfenberg (Grüne) begrüßte, dass nach jahrelangen Debatten ein neuer Pflegebegriff eingeführt werde. Der Gesetzentwurf sei aber „nur auf dem Papier ganz passabel“ und werde alsbald Defizite in den Lebenswelten der Betroffenen zeigen. So mangle es an Personal, um die Reform umzusetzen. Die Erprobung der Personalbemessung komme viel zu spät, das Ergebnis sei unklar. Scharfenberg zeigte sich überzeugt, dass auch der Arbeitsdruck auf die Pfleger bestehen bleibt und eine Abkehr von der Minutenpflege nicht ohne weiteres gelingen wird. Erwin Rüdell (CDU) hob dagegen die vielen Verbesserungen hervor und versicherte, das Gesetz werde auch in der Praxis die gewünschte Wirkung zeigen. Mit der Reform werde eine Gerechtigkeitslücke geschlossen, fügte er mit Blick auf die Demenzzfälle hinzu. Rüdell mahnte, die zusätzlichen Leistungen müssten „am Bett“ ankommen, da dürfe es keine Tricksereien geben. Das Ziel sei eine gute Betreuung und keine Geschäftemacherei. Auch Erich Irlstorfer (CSU) betonte: „Pflege ist kein Geschäft wie jedes

andere und darf es auch nicht sein.“ Nach Ansicht von Mechthild Rawert (SPD) ist schon wegen der automatischen Eingliederung der Demenzen in das System ab 2017 das Gesetz ein Meilenstein. Das Geschickere um die Minutenpflege höre auf. Zudem müsse niemand in stationären Einrichtungen noch Angst vor einer finanziellen Höherstufung haben, wenn mehr Pflege beantragt werde.

Claus Peter Kosfeld

STICHWORT

Das zweite Pflegeleistungsstärkungsgesetz

- > Systematik** Fünf Pflegegrade ersetzen künftig die bisherigen drei Pflegestufen. Leistungen werden unabhängig davon gewährt, ob jemand an Demenz leidet oder körperlich eingeschränkt ist.
- > Hilfen** Gefördert werden künftig auch altersgerechte Umbauten zu Hause, etwa im Badezimmer, oder Hilfen, die für den Haushalt benötigt werden.
- > Angehörige** Pflegenden Angehörigen werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung besser abgesichert.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

EU-Mobilitätsrichtlinie wird umgesetzt

Mit den Stimmen von Union, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat der Bundestag in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/6283; 18/6673) zur Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie angenommen. Die Richtlinie sieht Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten vor. Im Zentrum stehen dabei Regelungen zur betrieblichen Altersvorsorge durch Änderungen des Betriebsrentengesetzes. Die Linke enthielt sich bei der Abstimmung. *che*

Linke will Existenzminimum neu berechnen lassen

Die Fraktion Die Linke fordert in einem Antrag (18/6589), das Verfahren zur Ermittlung des Existenz- und Teilhabeminimums neu zu regeln. Das Verfahren sollte unabhängig von politischen Entscheidungsprozessen gestaltet sein, schreibt Die Linke darin. Sie fordert außerdem, das Bildungs- und Teilhabepaket grundlegend umzugestalten und zur Absicherung von Kindern und Jugendlichen eine Kindergrundsicherung einzuführen. Der Antrag wurde vergangene Woche nach erster Lesung zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *che*

Schutz von Seeleuten vor finanziellen Risiken

Der Bundestag hat einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/6162; 18/6675) zur Änderung des Seearbeitsgesetzes in geänderter Fassung angenommen. Der Entwurf wurde in der vergangenen Woche einstimmig gebilligt. Er hat zum Ziel, Seeleute besser gegen finanzielle Risiken abzusichern. Die Neuregelungen verpflichten den Reeder etwa zum Abschluss einer Versicherung, die die Ansprüche der Besatzungsmitglieder in dem Falle finanziell abdeckt, dass ihnen die notwendige Unterstützung durch den Reeder vorzuenthalten wird und sie dadurch „im Stich gelassen“ werden. Ebenfalls geregelt wird die Pflicht der Reeder zur Entschädigung aller an Bord tätigen Seeleute oder deren Hinterbliebenen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Grundlage des Gesetzes sind Vorgaben des internationalen Seearbeitsabkommens von 2006. *che*

Grüne wollen mehr Kontrolle von Medizinprodukten

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen verlangt eine schärfere Kontrolle von Medizinprodukten für mehr Patientensicherheit. So werde seit vielen Jahren immer wieder über unzureichend geprüfte, fehlerhafte oder sogar gefälschte Implantate berichtet, heißt es in einem Antrag (18/6650). Die Grünen-Abgeordneten fordern in dem Antrag nun eine für die Hersteller verpflichtende Produkthaftpflichtversicherung für alle Hochrisiko-Medizinprodukte und alle Implantate sowie eine ergänzende Bewertung der Expertenkommission für alle Medizinprodukte der Risikoklasse III und alle Implantate. Ferner müssten Studien zu Medizinprodukten der Klasse III und Implantaten erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. *pk*



Auf den designierten Vorsitzenden des neuen Untersuchungsausschusses, Clemens Binninger (CDU), warten Akten wie die aus dem Vorgänger-Gremium des Bundestags (rechts).



© picture-alliance/dpa /Wolfgang Kumm

Jenseits der Parteipolitik

NSU Der Bundestag setzt erneut einen Untersuchungsausschuss zu der Terrorgruppe ein

War der Tod der beiden mutmaßlichen NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos am 4. November 2011 in Eisenach vielleicht gar kein verabredeter Selbstmord? Ist die Wohnung der beiden und von Beate Zschäpe in der Zwickauer Frühlingsstraße gar nicht so in die Luft geflogen, wie man es bisher annahm? War das Unterstützer-Netzwerk des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) größer als bisher bekannt, weil es doch V-Leute gab, die von dem Aufenthaltsort und den Taten des Trios wussten? Und wurde die Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter am 25. April 2007 in Heilbronn und viele andere Fragen zu dem NSU-Komplex noch immer nicht zweifelsfrei beantwortet, wie er vergangene Woche im Bundestag sagte. Ein neuer Untersuchungsausschuss zu dem Thema sei daher unumgänglich. Mit den Stimmen aller Fraktionen beschloss der Bundestag im Anschluss an die Debatte die Einsetzung eines solchen Ausschusses (18/6330). Wie es in der Beschlussempfehlung des Geschäftsord-

nungsausschusses heißt (18/6601), verfolgt er das Ziel, „die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ (NSU), den ihr zur Last gelegten Straftaten sowie zu ihrem Umfeld aufzuklären“. Man wolle an die „erfolgreiche Arbeit“ des ersten NSU-Untersuchungsausschusses anknüpfen und „seither bekannt gewordene Fakten, die der frühere Ausschuss nicht behandeln konnte, verarbeiten“. Den Vorsitz soll Clemens Binninger (CDU) übernehmen. Er betonte in der Debatte, dass man in dem Ausschuss „die Parteipolitik auf der Seite lassen“ sowie „im Interesse der Sache überfraktionell arbeiten“ und mögliche Streitfragen intern klären werde. Der Bundestag sei es unverändert den Familien der Opfer schuldig, „dass wir alles tun, um mehr Licht ins Dunkel zu bringen“, sagte Binninger. In seiner Rede wie auch in den Beiträgen anderer Parlamentarier wurde deutlich, dass die Bildung des Untersuchungsausschusses ganz wesentlich eine Reaktion auf die frustrierenden Erfahrungen ist, die von der Berichterstatter-Runde des Innenausschusses zum Thema NSU seit 2013 gemacht wurden. Der designierte Vorsitzende des neuen Untersuchungsausschusses beklagte, dass die Berichterstatter bei ihren

Aufklärungsbemühungen „an eine natürliche Grenze“ gelangt seien. Von der „einen oder anderen öffentlichen Stelle“ habe man die Abgeordneten signalisiert, dass nicht jede Anfrage beantwortet werde, da sie nicht von einem Untersuchungsausschuss komme. Auch nach Binningers Einschätzung ist zum Beispiel noch immer nicht endgültig geklärt, ob es sich bei dem NSU nur um ein Trio gehandelt habe. Als ein Beispiel für „absolutes Staatsversagen“ bezeichnete Petra Pau (Die Linke) die Verbrechenserie des NSU. Auch sie beklagte „zu viele Behinderungen aus Ämtern, aus Behörden, auch aus Ministerien“ gegenüber den Aufklärungsbemühungen des Innenausschusses in den vergangenen zwei Jahren. Pau erinnerte daran, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den Angehörigen der NSU-Opfer bedingungslose Aufklärung der Verbrechen versprochen habe. Man werde alles dafür tun, dass die Kanzlerin „auf gar keinen Fall meineidig“ werde, fügte Pau hinzu. Man wolle nicht nur erhehlen, was vor der Enttarnung des NSU am 4. November 2011 geschah, sondern auch, was seither geschehen ist. Auch weil die Gefahr drohe, dass „erneut Rechtsterroristen unterwegs“ sein könnten, müsse man den NSU-Komplex vollständig aufklären.

Eva Högl (SPD) stellte die Morde und Sprengstoffanschläge des NSU in eine Reihe mit dem Terror der RAF, dem Sprengstoffanschlag auf das Münchner Oktoberfest und den Anschlägen vom 11. September 2001. „Das sind Verbrechen, das sind Terrorakte, die wir nicht vergessen werden und die uns weiter beschäftigen werden“, sagte sie. Gleichwohl habe man sich die Entscheidung, erneut einen NSU-Untersuchungsausschuss einzusetzen, „wahrlich nicht leicht gemacht“. Was im ersten Untersuchungsausschuss an Aufklärungsarbeit geleistet worden sei, werde nicht erneut aufgerollt. Im jetzt eingesetzten Ausschuss werde es vor allem um die Rolle der Unterstützer, der V-Leute, der Ermittler und des Verfassungsschutzes gehen. Aber auch zu den einzelnen Tattorten und insbesondere zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter habe man noch viele Fragen. Zu überprüfen sei zudem, inwieweit die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses aus der vergangenen Legislaturperiode in die Tat umgesetzt worden seien. Schwere Vorwürfe an die Adresse des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) richtete Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen). Es sei aus ihrer Sicht „blanker Hohn“, wenn BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen

immer wieder behaupte, sein Amt habe im Zusammenhang mit der Mordserie keine Fehler gemacht. Sie erinnerte an die „Aktion Konfetti“, bei der im BfV kurz nach Enttarnung des NSU im November 2011 Neonazi-Akten vernichtet worden waren. Diese Schredder-Aktion sei zum Sinnbild geworden für die „zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung des Rechtsterrorismus in den letzten Jahrzehnten“, sagte Mihalic. Es stehe auch der Verdacht im Raum, dass der Verfassungsschutz der rechtsextremen Szene durch den Einsatz von V-Leuten „am Ende sogar noch Strukturhilfe“ gegeben hat. Auch in der Gegenwart laufe man Gefahr, zu übersehen, dass sich in Deutschland rechtsterroristische Netzwerke etablierten. Wie Redner anderer Fraktionen warnte auch Mihalic davor, dass in der aktuellen Flüchtlingskrise erneut eine Radikalisierung und Vernetzung gewaltbereiter Rechtsextremisten drohe. Auch deshalb sei die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses zu dem Thema nötig. Wie den beiden anderen Untersuchungsausschüssen in dieser Wahlperiode werden auch dem NSU-Ausschuss acht ordentliche und ebenso viele stellvertretender Mitglieder angehören: vier Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, zwei Mitglieder der SPD-Fraktion und je ein Mitglied der Links- und der Grünen-Fraktion. Die konstituierende Sitzung ist für den 25. November geplant. *Joachim Riecker*

»Es war eine Verbrechen-serie, die alle in diesem Land erschüttert hat.«
Clemens Binninger (CDU)

»Das Kürzel NSU beschreibt ein absolutes Staats-versagen.«
Petra Pau (Die Linke)

Bessere Kontrolle von Schlapphüten

INNERES Koalition verständigt sich auf Details einer Geheimdienstreform

Die Nachricht, dass sich die Koalition auf Details einer Geheimdienstreform geeinigt habe, machte erst nach der Bundestagsdebatte über eine bessere Kontrolle der Nachrichtendienste vom Donnerstag die Runde. Danach sollen sowohl das BND-Gesetz als auch die parlamentarische Kontrolle neu geregelt werden, wie der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, am Freitag bestätigte. Dem Bundesnachrichtendienst (BND) soll den Angaben zufolge politische Spionage in europäischen Ländern und EU-Institutionen sowie Wirtschaftsspionage verboten werden. Zur Kontrolle sei ein sogenannter Ständiger Sachverständiger, eine Art Geheimdienstbeauftragter des Bundestages geplant, der dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) unterstellt werden solle. Schon in der Debatte über einen Gesetzentwurf (18/6640) und einen Antrag (18/6645) der Fraktion Die Linke zur Verbesserung der „parlamentarischen Kontrolle der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des Bundes“ hatte der CDU-Parlamentarier Clemens Binninger betont, dass die Koalition dabei sei, die „größten Schwachpunkte“ dieser Kontrolle „mit einer Reform zu beseitigen“. Als Abgeordneter habe man „überhaupt nicht die notwendige Zeit“, die

im Gesetz vorgesehenen Kontrollinstrumente anzuwenden. Gemeinsam mit der SPD halte man es daher für hilfreich, wenn man im PKGr einen Geheimdienstbeauftragten oder Ständigen Bevollmächtigten hätte, der „mit einem Arbeitsstab das ganze Jahr in unserem Auftrag diese Kontrollfunktion ausübt“, sagte Binninger. Auch die SPD-Abgeordnete Gabriele Fograscher betonte in der Debatte, man wolle einen „Ständigen Beauftragten mit eigenem Arbeitsstab“, der für das PKGr sowie das für die Eats der Nachrichtendienste zuständige Vertrauensgremium und die G10-Kommission des Bundestages arbeiten solle. Auch brauche der BND eine neue gesetzliche Grundlage. Dabei fordere die SPD unter anderem ein Verbot der Wirtschaftsspionage sowie „besonderen Schutz von EU-Bürgern, EU-Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen“.

»Keinerlei Rechtfertigung« Für Die Linke bekräftigte der PKGr-Vorsitzende André Hahn das Ziel seiner Fraktion, die Geheimdienste mittelfristig abzuschaffen. Da dafür aber keine Mehrheiten in Sicht seien, müssten „wenigstens die derzeit völlig unzureichenden parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten“ verbessert werden. Dazu schlage seine Fraktion in den Vorlagen,

über die der Bundestag erstmals beriet, knapp 20 konkrete Änderungen vor. Danach solle es bei Zustimmung eines Drittels der PKGr-Mitglieder „möglich sein, dass zu bestimmten brisanten Vorgängen entgegen der grundsätzlichen Pflicht zur Geheimhaltung eine öffentliche Bewertung abgegeben werden kann“. Zu den weiteren Forderungen der Linken zählt Hahn zufolge unter anderem, dass die PKGr-Mitglieder ihre Fraktionsvorsitzenden über wichtige Vorgänge informieren können – ein Punkt, den auch Binninger als notwendig bezeichnete. Nur kurz ging Hahn auf die „jüngsten Vorwürfe gegen den BND“ ein. Wenn es „denn stimmen sollte, dass reihenweise befreundete Regierungen, deren Botschaften oder sogar deutsche Diplomaten ausgespäht wurden, dann gibt es dafür keinerlei Rechtfertigung, nicht juristisch und schon gar nicht politisch“, sagte er. Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele forderte Sanktionen gegen Mitglieder der Regierung und der Geheimdienste, „die uns im Parlamentarischen Kontrollgremium belogen haben“. Auch plädierte er unter anderem dafür, der Opposition zu ermöglichen, in den parlamentarischen Gremien zur Geheimdienstkontrolle „allein Sachen durchzusetzen“. *sto*

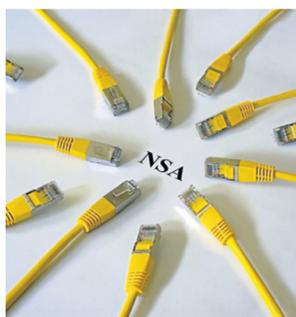
Sechs ominöse Dateien

NSA-AFFÄRE Datenschützerin berichtet im Ausschuss von einem Besuch in Bad Aibling

Sie müssten einander verstehen, die Zeugin und die Abgeordneten, insbesondere jene der Opposition. Sie teilen gemeinsame schmerzliche Erfahrungen: das mühselige Geschäft, einer geheimniskrämerischen Exekutive Informationssetzen zu entreißen. Das Gefühl, mit der eigenen Wissbegierde allein gelassen zu werden, auch Gabriele Löwnau hat das erlebt. Die 56-jährige Juristin leitet seit 2012 das Referat V bei der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit, zuständig für Beratung und Überwachung der Polizeien und Nachrichtendienste des Bundes. Dem 1. Untersuchungsausschuss („NSA“) berichtete sie am vergangenen Donnerstag von den Ermittlungen ihrer Behörde, nachdem der abtrünnige US-Geheimdienstler Edward Snowden 2013 Einzelheiten über das Treiben der National Security Agency (NSA) in Deutschland offenbart hatte. Der damalige Datenschutzbeauftragte Peter Schaar wandte sich demnach umgehend mit der Bitte um Auskunft über die von Snowden enthüllte Kooperation mit den Amerikanern an Bundesnachrichtendienst (BND) und Verfassungsschutz. Es hätte jedoch etliche Wochen und mehrerer Mahnschreiben bedürft, bis von den Adressaten insgesamt dürftige Antworten kamen, berichtete Löwnau.

Die Datenschützer entschlossen sich, an einem Brennpunkt der Affäre, in Bad Aibling, selbst nach dem Rechten zu sehen. Seit 2002 betrieben BND und NSA hier gemeinsam eine Abhöranlage, aus der monatlich 500 Millionen Datensätze in die USA abgeflossen sein sollen. Löwnau selbst war dabei, als sechs Mitarbeiter ihres Amtes im Oktober 2014 in der bayerischen BND-Außenstelle Ungeahntes entdeckten.

Sie fanden sechs Dateien, von denen sie nichts wussten, obwohl sie ihrer Behörde hätten gemeldet werden müssen. Nur eine war mit der vorgeschriebenen Dateianordnung ausgestattet. In einer Dateianordnung, erläuterte die Zeugin, sei festgelegt, welche Daten aus welchem Bereich zu welchem Zweck eine Behörde sammeln darf. Ohne dies sei die Datensammlung verboten. Auch deswegen hält Löwnau die Aktivitäten in Bad Aibling für illegal: „Wir sind intern zu dem Ergebnis gekommen, dass das Fehlen einer Dateianordnung eine materielle Rechtswidrigkeit begründet.“ Die Besucher erfahren auch von einer Liste von Suchbegriffen der NSA, die als politisch fragwürdig aussortiert worden waren. Nach etlichem Hin und Her hieß es im Juni 2015, dass diese Selektorenliste die Datenschützer nichts angehe. „Wir halten das für eine unzulässige Beschränkung unserer Kontrollbefugnisse“, sagte die Zeugin. „Wir auch“, kam das Echo aus der Abgeordnetenrunde. *Winfried Dolderer*



© picture-alliance/dpa



Wo laufen die Drähte zusammen? Die Suche geht weiter.



Energiegewinnung aus Kohle wie hier in Kraftwerken im westfälischen Hamm gilt als Technologie der Vergangenheit.

© picture-alliance/ZB/euroultbild.de

Ziel ist die »Grüne Null«

KLIMASCHUTZ Koalitionäre sehen Grund für Optimismus. Opposition fordert mehr Einsatz

Vom 30. November an wird in Paris über einen Nachfolger für das Kyoto-Protokoll verhandelt. Mit der Internationalen Kraftanstrengung sollen Erderwärmung und die damit verbundenen Folgen des Klimawandels eingegrenzt werden. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, auch im Bundestag. Klar ist: Alle Fraktionen wollen, dass die Konferenz ein Erfolg wird. Während die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD Deutschland auf einem guten Weg wännen, fordert die Opposition mehr Anstrengungen der deutschen Seite. Zwei allgemeine klimapolitische Anträge, einer der Koalition (18/6642) sowie ein kritisch intonierter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/6648), sowie ein Antrag der Fraktion Die Linke (18/3313) speziell zum Kohleausstieg standen vergangenen Donnerstag zur Debatte. Der Koalitionsantrag wurde mit Stimmen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Opposition angenommen, der Grünen-Antrag gleichsam abgelehnt. Der Linken-Antrag wurde in den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

»Wir müssen in den Jahren vor uns noch ehrgeiziger werden.«

Barbara Hendricks (SPD)
Bundesumweltministerin

Mit Blick auf die Verhandlungen in Paris verbreitete die an diesem Tag just aus China zurückgekehrte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) Optimismus. Die Signale, die auch Peking ausgesandt habe, „machen mich sehr zuversichtlich“, sagte Hendricks. Einem neuen Klimaabkommen sei man „noch nie so nahe wie heute“ gewesen. Es liege aber noch jede Menge Arbeit vor der Staatengemeinschaft.

So zeigten aktuelle Berechnungen, dass die bisher vorgelegten Minderungsziele der Staaten nicht ausreichen. Bis zum Ende des Jahrhunderts werde im besten Fall von einer Erwärmung um 2,7 Grad ausgegangen. Damit werde das Zwei-Grad-Ziel verfehlt. „Wir müssen in den Jahren vor uns noch ehrgeiziger werden“, mahnte die Bundesumweltministerin.

Für Europa und Deutschland müsse das Ziel die „Grüne Null“ sein. „Das Zeitalter der fossilen Brennstoffe, der grenzenlosen Ausbeutung unseres Planeten, ist vorbei“, sagte die Sozialdemokratin. Im Hinblick auf die nationale Klimapolitik habe man sich „ehrlieh gemacht“ und mit dem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ nachgesteuert, um die eigenen Klima-Ziele zu erreichen.

Anja Weisgerber (CSU) betonte, dass sich sowohl Deutschland als auch die Europäische Union ambitionierte Ziele gesetzt hätten. Es sei nun auch an anderen Staaten, nachzuziehen. „Allein können wir das Weltklima nicht retten“, sagte Weisgerber. Forderungen der Grünen, die europäischen Ziele nochmals zu verschärfen, wies die Christsoziale zurück. Damit würde der Druck von den übrigen Vertragsstaaten genommen. Sie betonte indes, dass sich Deutschland im EU-Rahmen erfolglos für ambitioniertere Ziele eingesetzt habe. Weisgerber gab zu bedenken, dass bei zu ambitionierten Zielen die Gefahr einer Industrieabwanderung bestünde. Das wäre nicht nur schlecht für den eigenen Standort, sondern helfe dann auch dem Klima nicht weiter. Einen wichtigen Beitrag leiste Deutschland auch in der Klimafinanzierung. Das Land übernehme Verantwortung, um gerade Entwicklungsländern, die meist am stärksten vom Klimawandel betroffen seien, mit den Folgen zu helfen, aber auch um sie bei der Erreichung ihrer Minderungsziele zu unterstützen.

Leere Versprechen Eva Bulling-Schröter (Die Linke) kritisierte, dass sich der Koalitionsantrag zwar in vielerlei Hinsicht gut lese, aber dort, wo es um „konkrete Verantwortung“ gehe, zu schwammig sei. „Das ist zu wenig für Paris“, sagte die Linken-Abgeordnete. Es werden nur Aktionspläne und

Evaluierungen gefordert, es fehle damit auch nur „ein Deut Verbindlichkeit“. Die Idee der Dekarbonisierung sei lobenswert, aber solange Stromerzeugung aus Kohle und Öl lukrativ sei, bliebe sie ein leeres Versprechen. Bulling-Schröter verwies in diesem Kontext auf den Linken-Antrag, der die Abschaffung des „Verschmutzungsprivilegs“ der Kohlestromerzeugung und den kompletten Ausstieg bis 2040 vorsieht. „Wir haben konkrete Vorschläge, damit sie verstehen, wie Klimapolitik aussehen kann, die ihren Namen auch verdient“, sagte die klimapolitische Sprecherin der Linken-Fraktion in Richtung Koalition und Bundesregierung.

Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) gab Umweltministerin Hendricks Recht, dass es positive Signale gebe. „Aber leider nicht aus Deutschland“, kritisierte die Grünen-Abgeordnete. Der Antrag der Koalition sei ein „Offenbarungseid“. Baerbock monierte vor allem, dass die Bundesregierung nicht auf die Verbindlichkeit der internationalen Vereinbarungen dränge: „Ich erwarte, dass die Bundesregierung vorrangig und nicht nur mitschwimmt.“ Sie forderte, auch in der EU die Klima-Ziele nachzubessern. „Statt mit dem Finger auf andere zu zeigen, sollten wir vor unserer eigenen Haustür kehren“, sagte die klimapolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. Wichtige Signale müssten auch in der Energiepolitik gesetzt werden. Dazu gehöre

der Ausbau der erneuerbaren Energien anstatt eines „Bestandschutzes für Kohle“, sagte Annalena Baerbock. Auch in der Außenwirtschaftspolitik müsse dafür gesorgt werden, dass nicht länger fossile Energieträger unterstützt werden. In Anbetracht des VW-Abgasskandals ist nach Baerbocks Ansicht auch eine „radikale Umkehr“ im Verkehrsbereich notwendig. Die E-Mobilität müsse massiv gestärkt werden, sagte die Grünen-Abgeordnete.

Sören Christian Reimer

STICHWORT

Die UN-Klimakonferenz in Paris

> Ziel Die Staatengemeinschaft will in Paris einen Nachfolger für das Kyoto-Protokoll finden. Ziel ist es, die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius zu begrenzen. Das 1997 verabschiedete Kyoto-Abkommen war die erste internationale Übereinkunft mit völkerrechtlich verbindlichen Reduktionszielen zum Klimawandel.

> Verpflichtung Als Teil des aktuellen Verhandlungsprozesses haben bisher (Stand: 12. November) 162 Vertragsparteien nationale Minderungsziele vorgelegt.

Schwung für die Energiewende

KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG Verbände verlangen Festhalten an den Ausbauzielen der effizienten Kraftwerke

Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende. KWK-Anlagen erzeugen gleichzeitig Strom und Wärme (zum Beispiel für Fernwärmeversorgung) und sind daher hoch effizient. „Schon heute werden circa 56 Millionen Tonnen Kohlendioxid jährlich durch den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung eingespart“, erklärte der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in einer Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie. Die VKU-Unternehmen betreiben über 1.400 KWK-Anlagen in Deutschland.

Ungenutzte Potenziale Verbände wie der VKU appellierten in der Anhörung daher an das Bundeswirtschaftsministerium, keine Abstriche an den Zielen des KWK-Zubaus vorzunehmen. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) warf der Bundesregierung vor, mit einem „Kunstgriff“ das im Koalitionsvertrag bekräftigte Ziel von 25 Prozent KWK-Stromanteil an der Nettostromerzeugung als

Zahlenwert bestehen zu lassen, aber in der Realität durch eine geänderte Bezugsgröße drastisch zu kürzen. Dies würde auf eine Kürzung des KWK-Ziels auf 19,5 Prozent im Jahr 2020 hinauslaufen. Große Teile des KWK-Potenzials würden ungenutzt bleiben. „Dies hätte beispielsweise negative Auswirkungen auf die Umsetzung regionaler und landesweiter Klimaschutzkon-

zepte, die regelmäßig auch auf die Effizienztechnologie KWK setzen“, warnte Hildegard Müller vom BDEW. Sie zeigte sich aber ebenso wie andere Sachverständige damit einverstanden, das 25-Prozent-Ziel gegebenenfalls auf 2025 zu verschieben. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände erläuterte in ihrer Stellungnahme, wie es zu dieser Kürzung

kommt. Im Gesetzentwurf ist nicht mehr von einem Ausbauziel von 25 Prozent an der gesamten Nettostromerzeugung die Rede, sondern von der regelbaren Nettostromerzeugung. In der regelbaren Nettostromerzeugung sind die erneuerbaren Energien nicht enthalten, sodass der KWK-Anteil auch ohne weiteren Ausbau höher ausfällt. Dies würde den bisher angestrebten Ausbaupfad der KWK konterkarieren und mittelfristig zum Rückbau von KWK-Anlagen führen, warnte die Bundesvereinigung. Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz forderte die Beibehaltung des 25-Prozent-Ziels. KWK sei eine kostengünstige Option zur Erreichung der Ziele der Energiepolitik, des Klimaschutzes und der Energieeffizienz.

Nach Vorstellungen der Bundesregierung sollen neue Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit Kohle als Brennstoff nicht mehr gefördert werden. Damit werde ein Beitrag zur Erreichung der nationalen Kohlendioxid-Einsparziele geleistet, heißt es in dem Entwurf. Dieses Vorhaben stieß ebenfalls auf Kritik. Udo Wiechert vom Effizienzverband für Wärme, Kälte und KWK sprach sich gegen diese Selektion beim Brennstoff aus, „denn die Effizienz der Kraft-Wärme-Kopplung ist unabhängig vom eingesetzten Brennstoff“.

hle



Für eine sichere Energieversorgung durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen der Stadtwerke setzen sich auch die Gewerkschaften ein.

© picture-alliance/dpa

Gefahr durch Stickstoff

UMWELT Zu hohe Einträge von Stickstoffverbindungen sind eines der großen ungelösten Umweltprobleme unserer Zeit. Das geht aus einem Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) (18/4040) hervor, das die SRU-Vertreterin Karin Holm-Müller vergangene Woche im Umweltausschuss vorgestellt hat.

Stickstoffeinträge tragen ihrer Aussage nach zum Verlust von Biodiversität bei, indem sie die Böden versauern. Stickstoffoxide in der Luft wiederum schädigen direkt die menschliche Gesundheit und bildeten gemeinsam mit Ammoniak gesundheitsschädlichen Feinstaub. Nitrat im Trinkwasser, eine reaktive Stickstoffverbindung, wirke krebserregend, während Lachgas, eine weitere reaktive Stickstoffverbindung, die Ozonschicht schädige und den Klimawandel beschleunige.

Bei 48 Prozent der natürlichen und natürlichen Ökosysteme sei die kritische Grenze für Stickstoffeinträge überschritten, sagte Holm-Müller. Aufgrund des zu hohen Nitratgehaltes seien zudem 27 Prozent aller Grundwasserkörper in einem schlechten chemischen Zustand, fügte die Umweltökonomin hinzu. Hauptverursacher des Problems sei die Landwirtschaft, da reaktiver Stickstoff vor allem durch die Verwendung von Düngemitteln und die Tierhaltung freigesetzt werde.

Der Zustandsbeschreibung fügte Holm-Müller vor dem Ausschuss auch Handlungsempfehlungen hinzu. Gebraucht werde eine nationale Stickstoffstrategie ebenso wie eine ambitionierte Düngereordnung, die einen einen ganz wichtigen Schritt darstellen könne.

hau

Atomkonzerne haften stärker

WIRTSCHAFT Energiekonzerne sollen zukünftig langfristig und umfassend für die von den Betriebsgesellschaften zu tragenden Kosten für die Stilllegung und den Rückbau von Kernkraftwerken sowie die Entsorgung des von ihnen erzeugten radioaktiven Abfalls haften. Selbst noch nicht bekannte Zahlungsverpflichtungen, die erst in Zukunft eingeführt werden, sollen erfasst werden. Diesem Ziel dient der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Nachhaftung für Rückbau und Entsorgungskosten im Kernenergiebereich (18/6615, 18/6671), das vom Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beraten und an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde.

Wie die Bundesregierung darlegt, sind die Betreiber von Kernkraftwerken verpflichtet, diese Kosten zu tragen. Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie 2022 würden die Einnahmen aus dem Betrieb der Kraftwerke entfallen, andererseits aber die Kosten für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung entstehen. Derzeit seien die Betriebsgesellschaften durch Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge eng mit den Energiekonzernen verbunden. „Es gibt jedoch keine gesetzlichen Regelungen, die sicherstellen, dass diese Situation fortbesteht“, denn diese Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge könnten gekündigt werden. Daher soll mit dem Entwurf die volle Nachhaftung der herrschenden Unternehmen mit dem gesamten Konzernvermögen als Haftungsmasse langfristig sichergestellt werden. Die Haftung soll bis zum Verschluss des atomaren Endlagers reichen.

hle

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Auftrag nur mit Mindestlohn

VERGABERECHT Die deutsche Wirtschaft unterstützt die Absicht der Bundesregierung, die Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge nur noch elektronisch durchzuführen. In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie in der vergangenen Woche zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts (18/6281) erklärte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), die Praxis zeige, dass gerade kleinere Unternehmen die geringsten Schwierigkeiten bei der Umstellung hätten: „Insofern treffen Befürchtungen, dass sich der Bieterkreis durch elektronische Vergabeverfahren verringern könnte, nicht zu.“ Der Gesetzentwurf insgesamt sei ein guter Schritt in die richtige Richtung. Das Vergaberecht werde anwendungsfreundlicher werden. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bewertete die elektronische Vergabe ebenfalls positiv, verwies aber andererseits auf bereits heute bestehende „äußerst gravierende Inkompatibilitäten“ bei Übertragungsformaten, Software und Hardware. Rechtsanwalt Mathias Finke (Kapellmann und Partner Rechtsanwälte) erinnerte an die Zersplitterung des Vergaberechts durch die Gesetzes der Länder. Für kleine und mittlere Unternehmen sei es schwer, sich auf die verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen

einzustellen. Auch Annette Karstedt-Meierrieks (DIHK) bezeichnete die Rechtszersplitterung als „ziemliche Katastrophe“ für kleine und mittlere Unternehmen und sprach von einer „Wettbewerbsbehinderung“. Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, müssen nach den Vorschriften des Entwurfs die geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen einhalten. Dies gelte besonders für die Regelungen in für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen und den Mindestlohn. Unternehmen, die bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen haben, können von Vergaben ausgeschlossen werden.

Dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gingen diese Kriterien nicht weit genug. „Da hätten wir uns mehr gewünscht“, sagte Stefan Körzell vom DGB. Er verlangte, dass Subunternehmer dieselben Pflichten wie die Hauptunternehmen haben müssten. Außerdem vermisse der DGB Regelungen zu Kontrollen und Sanktionen. Die Vorschriften zu den Standards, die Unternehmen einzuhalten haben, stießen auf Protest der Wirtschaft. Das Vergaberecht sei „völlig ungeeignet“, politische Ziele durchsetzen zu wollen, argumentierte der DIHK in seiner Stellungnahme.

hle

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Wachstumspotenziale durch die internetbasierte, auf Vernetzung aufbauende Produktionsform Industrie 4.0 sind ebenso groß, wie die damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen. In dieser Einschätzung herrschte während der Debatte am vergangenen Freitag zu einem von der Koalition vorgelegten Antrag (18/6643) weitgehend Einigkeit. Die Vorlage selbst wurde bei der anschließenden Abstimmung zwar mit den Stimmen von Union und SPD angenommen, stieß aber auf Kritik der Opposition. In dem Antrag fehlten die klaren Visionen, kritisierte Dieter Janecek (Grüne). Herbert Behrens (Die Linke) vermisste in der Vorlage Antworten auf entscheidende Fragen im Zusammenhang mit Industrie 4.0.

Optimismus verbreitete hingegen Forschungsministerin Johanna Wanka (CDU), die zu Beginn der Debatte darauf verwies, dass Deutschland eine „Klasse-Ausgangsposition“ habe. Während etwa in China auf 10.000 Industriearbeitsplätze 14 Industrieroboter kämen, seien das in Deutschland 286 Roboter. Auf diesem Vorsprung, so Wanka, könne man sich jedoch nicht ausruhen. „Man muss etwas daraus machen.“ Einiges sei schon geschehen, so habe sie bei der Hannover-Messe im vergangenen Jahr gemeinsam mit Wirtschaftsminister Sigmund Gabriel (SPD) die Plattform Industrie 4.0 etabliert, „wo Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammensitzen und über diese Dinge beraten“. Beim IT-Gipfel in der kommenden Woche, so kündigte die Ministerin an, würden 200 Beispiele vorgestellt, „wo in Deutschland Industrie 4.0 umgesetzt wurde“. Für die Zukunft nannte Wanka drei Punkte entscheidend: So müssten die kleinen und mittelständischen Unternehmen mitziehen, was die Bundesregierung über eigens aufgelegte Programme unterstützen werde. Wichtig seien außerdem die IT-Sicherheit und die Mitnahme der Mitarbeiter.

Keine Antworten Letzteres ist für die Linksfaktion der wichtigste Punkt, wie Herbert Behrens sagte. „Die Linke stellt die Mitarbeiter ins Zentrum von Industrie 4.0“, betonte er. Die erwarteten Produktivitätsgewinne müssten gerecht verteilt werden. Wenn schneller produziert werden könne, müsse das zu kürzeren Arbeitszeiten führen, forderte Behrens. Zugleich sei es richtig, dass sich die Belegschaft auf Veränderungen einstellen müsse. Im Antrag der Koalitionsfraktion sei dies jedoch kein Schwerpunkt, bemängelte er. Keine Antworten würden dort auch auf die teilweise anmaßenden Forderungen der Industrieverbände gegeben. Dazu gehörten die Forderungen nach Ausbau von Werkverträgen, der Beibehaltung von Leiharbeiter sowie die Infragestellung des Acht-Stunden-Arbeitstages. „Arbeit im 21. Jahrhundert darf nicht zu den Arbeitsbedingungen aus dem 19. Jahrhundert gemacht werden“, sagte der Linken-Abgeordnete. Es sei richtig, dass aus dem technologischen Fortschritt auch sozialer Fortschritt erwachsen müsse, bestätigte Hubertus Heil (SPD). Produktivität müsse auch gerecht verteilt werden. „Aber erstmal müssen wir für diesen Produktivitätssprung sorgen“,

Digitale Welt

INDUSTRIE 4.0 Koalition erwartet Wirtschaftswachstum in Deutschland durch internetbasierte Produktion



Nicht nur der Mensch, auch Maschinen sind in Industrie 4.0 ständig online.

© picture-alliance/dpa

stelle er heraus. Das sei für die SPD kein Gegensatz, „sondern wechselseitige Bedingung“. Anders als sein Vorredner war er jedoch der Ansicht, dass die meisten Themen in dem Antrag durchaus angesprochen würden. So sei – anders als von Behrens dargestellt – im Antrag ganz klar die Rede davon, dass beim Breitbandausbau auf Glasfaserkabel gesetzt werde. Auch die Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung finde sich in der Vorlage, ebenso wie die Forderung nach Unterstützung von innovativen Startup-Unternehmen. „Wir müssen für mehr Wagniskapital sorgen“, sagte Heil. Der Antrag thematisiere nicht die Rahmenbedingungen des Internets, kritisierte Dieter Janecek. Im Europäischen Parlament,

so der Abgeordnete der Grünen, habe von Union und SPD jeweils lediglich ein Abgeordneter für die Netzneutralität gestimmt. „Das freie Internet ist in Gefahr“, sagte Janecek und forderte „Innovation durch Offenheit“ als Thema zu setzen. Bedrohlich sei auch, wenn immer mehr Plattformen gebildet würden, an die sich andere andocken, „unsere Industrie aber diese Plattformen nicht baut“. Die Folge sei der Verlust an internationalen Marktanteilen, der aktuell schon zu konstatieren sei. Zwar gebe es keinen Grund „in Sack und Asche zu gehen“, sagte Janecek weiter. „Wir können das, haben es aber in der Vergangenheit nicht gut gemacht.“ Die Digitalisierung habe einen riesigen Absatzmarkt erzeugt, der der deutschen Wirt-

schaft weltweit neue Chancen gebe, sagte Axel Knoerig (CDU). „Allein durch Industrie 4.0 erwarten wir ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent“, sagte er. Es sei aber gleichzeitig richtig, dass sich die Debatte nicht nur um den technologischen Fortschritt drehen dürfe. Unter dem Stichwort Arbeit 4.0 würden schon länger die Entwicklungen in der Arbeitswelt betrachtet. „Wir brauchen eine neue Kooperation von Wirtschaft und Arbeit“, sagte Knoerig. Benötigt werde ein Umdenken auf beiden Seiten. „Arbeitnehmer müssen unternehmensorientierter denken und Unternehmen müssen Mitarbeiterinteressen weitaus mehr berücksichtigen“, sagte Knoerig und forderte ein „neues digitales Management“. Götz Hausding

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Gewerbsteuer bleibt unverändert

FINANZEN Der Bundestag hat am Freitag mit Koalitionsmehrheit einen Vorstoß der Linksfaktion abgelehnt, die Gewerbesteuer der Kommunen zu einer Gemeindefinanzsteuer weiter zu entwickeln und auch von Freiberuflern wie Ärzten und Architekten zu erheben. Für ihren entsprechenden Antrag (18/3838, 18/6396) fand die Fraktion nur die Unterstützung der Grünen. Philipp Graf Lerchenfeld (CSU) sprach von einem „verführerischen Vorschlag“, dessen Verwirklichung allerdings zu einer starken Verlagerung von Bundesmitteln hin zu den Kommunen führen würde. Und das, obwohl der Bund in den letzten Jahren enorme Zahlungen an die Kommunen geleistet habe. Insgesamt würden die Kommunen 20 Milliarden (von 2012 bis 2020) erhalten. Man werde den Antrag außerdem ablehnen, da im Koalitionsvertrag

festgelegt sei, keine Änderungen an der Gewerbesteuer vorzunehmen. Mit diesem Argument wies auch Bernhard Daldrup (SPD) die Forderung der Linksfaktion zurück, der aber grundsätzliches Verständnis für den Antrag zeigte. Die Kommunen hätten zurzeit jedoch nicht so sehr ein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Und darum kümmere sich die Koalition. Auf Substanzverzehr und Verfall in vielen Kommunen wies Susanna Karavanskij (Die Linke) hin und forderte eine Verstärkung der Finanzausstattung für Städte und Gemeinden. Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen) unterstützte die Forderung der Linken. Der Antrag sei „richtig und wichtig“. Über die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer und die Einbeziehung der Freiberufler in die Steuerpflicht müsse gesprochen werden. hle

Firmen sollen krisenfester werden

JUSTIZ Der Bundestag hat am Donnerstag dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Aktienrechts (18/4349, 18/6681) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Linksfaktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Die Novelle soll es Firmen ermöglichen, ihr Eigenkapital zu stärken und damit krisenfester zu werden. Der Entwurf sieht vor, dass stimmrechtslose Vorzugsaktien zum Kernkapital zählen können. Bei Vorzugsaktien gewährt das Unternehmen den Aktionären eine besonders sichere Dividende im Gegenzug für den Verzicht auf das Stimmrecht in der Hauptversammlung. Dies verhindert aber die Anerkennung solcher Papiere als Kernkapital. Künftig soll das durch eine andere Gestaltung der Vorzugsaktien möglich sein. An diesen Regelungen hatten auch die Redner der Oppositionsfraktionen wenig auszusetzen. Kritik fand vielmehr, was nicht im Gesetzent-

wurf steht: nämlich eine Grenze für Vorstandsvergütungen. „Hier besteht nach wie vor dringender Handlungsbedarf“, erklärte Katja Keul (Grüne). Ihre Fraktion hatte dazu zwei Änderungsanträge eingebracht, die abgelehnt wurden. Zum einen sollte sich die Vorstandsvergütung an den Gehältern der anderen Mitarbeiter orientieren, zum anderen sollte die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern und Abfindungen begrenzt werden. Richard Pitterle (Die Linke) kritisierte insbesondere die SPD, die sich in der letzten Legislaturperiode noch für eine solche Begrenzung stark gemacht habe und sie jetzt nicht umsetze. Diese Kritik und die entsprechenden Änderungsanträge bezeichnete Volker Ullrich (CSU) als „Aktionismus“. Redner beider Koalitionsfraktionen lobten die Änderungen im Gesetzentwurf, bei denen es sich, so Johannes Fechner (SPD), „zugegeben“ um „aktienrechtliche Feinschmeckerei“ handele. pst

Noch keine Netzneutralität

WIRTSCHAFT Die Grünen haben sich mit ihrer Forderung nach dauerhafter Gewährleistung der Netzneutralität durch eine effektive und technologieunabhängige Festschreibung auf nationaler und internationaler Ebene nicht durchsetzen können. Der Bundestag lehnte am Donnerstag einen entsprechenden Antrag der Fraktion (18/5382, 18/5382) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD ab. Neben den Grünen stimmte auch Die Linke für den Antrag. Die Grünen lehnen den bevorzugten Transport bestimmter Inhalte, Arten oder Klassen von Anwendungen im Internet gegen Aufpreis ab. Derartige „Diensteklassen“ hätten negative Auswirkungen für die Teilhabe an der Kommunikation und die Wettbewerbsgleichheit. In der Vorlage verlangen sie des Weiteren, die Netzneutralität als Regierungsgrundsatz und -ziel direkt in das Telekommunikationsgesetz aufzunehmen und als „gleichwertige

Übertragung und Verrechnung von Daten im Internet, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Ziels, ihres Inhalts, verwendeter Arten und Klassen von Anwendungen oder verwendeter Geräte“ zu definieren. Unter „gleichwertiger Übertragung“ soll laut Definition der Transport von Daten über die Übertragungswege des Internets „ohne sachlich ungerechtfertigten Eingriff“ zu verstehen sein. Die Bundesregierung wird vorgeworfen, eine effektive gesetzliche Regelung zur Netzneutralität bis heute abzulehnen und mehr der Einführung von „managed services“, „specialised services“ oder „Diensteklassen“ und weitreichender Möglichkeiten zur Umgehung der Netzneutralität zuzugeneigen. Die Regierung verweise auf die laufenden EU-Verhandlungen. Ob es jedoch auf EU-Ebene zu einer effektiven gesetzlichen Absicherung der Netzneutralität komme, „ist aus heutiger Perspektive mehr als fraglich“, urteilen die Grünen. hau

KURZ NOTIERT

Verkehrsinfrastruktur wird neu finanziert

Die gesamten Mittel für den Bau, die Haltung und den Betrieb von Bundesfernstraßen können ab 2016 von der Verkehrsinfrastruktur-Finanzierungsgesellschaft (VIFG) abgewickelt werden. Dies beschloss der Bundestag, indem er den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/6487) auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (18/6669) annahm. Die VIFG verteilt bisher schon die Mittel aus der Lkw-Maut für Neubau, Ausbau, Erhaltung und Unterhaltung von Bundesfernstraßen. Künftig soll sie danach auch die Verteilung der sonstigen aus dem Bundeshaushalt den Ländern zur Verfügung gestellten Mittel übernehmen. mik

Grüne: CETA-Handelsvertrag mit Kanada ablehnen

Die Grünen verlangen, dass der Bundestag dem von der EU und Kanada geplanten Freihandelsabkommen CETA in der aktuellen Form nicht zustimmen soll. In einem am Freitag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesenen Antrag (18/6201) wird außerdem gefordert, dass der im Vertrag enthaltene Mechanismus zur außergerichtlichen Investor-Staats-Schiedsgerichtsbarkeit in nachträglichen Verhandlungen aus dem CETA-Abkommen entfernt wird. hle

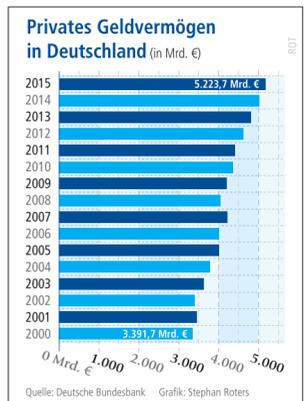
Die Abgeltungsteuer wird kippen

FINANZEN Bundestag macht Weg für internationalen Finanzdatenaustausch frei

„Besser 25 Prozent von x als 42 Prozent von nix“, Peer Steinbrück (SPD), zwischen 2005 und 2009 Finanzminister, hat diesen Satz zur Abgeltungsteuer geprägt. Besser die 25 Prozent an Steuern, die seit 2009 pauschal und anonym von Kapitalerträgen fällig werden – von den Banken überwiesen. Das ist einträglicher für den Staat als die 42 Prozent, die Spitzenverdiener auch auf ihre Kapitalerträge zahlen müssten – wenn sie denn Spitz auf Knopf bei ihren Einkommensteuern berücksichtigen würden. Statt 42 Prozent lieber Null: Kapitalflucht ins Ausland war unter den wohlhabenden Deutschen ein verbreitetes Delikt, wie inzwischen durch CD-Scheiben und aufgeflogene Prominenz hinlänglich belegt ist. Internationaler automatisierter Datenaustausch über Kapitaldaten soll die Steuerhinterziehungs-Kriminalität ab 2017 drastisch eindämmen.

Der Bundestag billigte am Donnerstag einstimmig die entsprechende Vereinbarung, die am 24. Oktober 2014 zwischen der Bundesrepublik und damals 50 weiteren Staaten (Tendenz steigend) in Berlin unterzeichnet worden war. Was eigentlich keine Überraschung war, denn der Kampf für mehr Steuergerechtigkeit eint Koalition und Opposition. Und im Prinzip sind sich beide Seiten im Parlament einig darüber, dass auch die Abgeltungsteuer kippen muss. Gerecht ist sie nicht, weil Kapitaleinkommen niedriger als Arbeitskommen besteuert werden. Künftig soll für jedes Einkommen wieder der persönliche Steuersatz gelten.

Zwei Milliarden mehr Mehreinnahmen von zwei Milliarden Euro jährlich für Bund, Länder und Gemeinden verspricht sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) davon. Er trommelt für die Ab-



schaffung der Abgeltungsteuer. Aber erst in der nächsten Legislaturperiode. Und das bringt die Opposition auf die Palme, wie die Bundestagsdebatte rund um die internationale Vereinbarung zeigte. Hinzu kommt ein weiterer Streit: Bei Verfehlungen gegen die Meldepflicht sollten Banken 5.000 Euro Bußgeld pro Fall zahlen, schrieb das Bundesfinanzministerium in seinen Gesetzentwurf. Auf 50.000 Euro erhöhte die Koalition in den parlamentarischen Beratungen. Bei fünf Millionen Euro muss nach Ansicht der Opposition die Latte liegen.

Mathias Middelberg (CDU) sprach in der Debatte zur Verabschiedung der nötigen Gesetzentwürfe von einem „Tag, den man feiern kann“, von einem „Riesenschritt in Sachen Steuergerechtigkeit“. Die Abgeltungsteuer solle erst dann abgeschafft werden, wenn der Informationsaustausch

auch eingeführt sei. Es dürfe „nicht der zweite vor dem ersten Schritt“ gemacht werden.

Richard Pitterle (Linke) ging auf die ursprünglich 5.000 Euro Bußgeld ein: „Welche Bank hätte sich von solchen Peanuts beeindrucken lassen?“, fragte er – wenn es andererseits womöglich um Millionen gehe. Es zeige sich, dass „Steuerhinterzieher bei der Großen Koalition eine starke Lobby haben“. Die Abgeltungsteuer gehöre sofort abgeschafft. Ihre frühere Begründung sei jetzt „hinfallig“. Andreas Schwarz (SPD) erinnerte daran, dass die Bemühungen zur internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Steuerkriminalität „über 40 Jahre gedauert“ hätten. Durch „aufgedeckte Fälle“ sei dann „Schwung“ in die Bemühungen gekommen. Er verwies darauf, dass es nun faktisch zu einem „Ende des Bankgeheimnisses“ komme. Deshalb bleibe der Datenschutz bei dem neuen Verfahren „besonders wichtig“. Er sprach sich für den Ankauf weiterer Steuer-CDs aus, damit auch künftig „zusätzlich Druck gemacht“ werde. Lisa Paus (Grüne) nannte es nicht gut, dass an der Abgeltungsteuer festgehalten werde. Sie sei jetzt „endgültig verfassungswidrig“. Dass Union und SPD daran gleichwohl festhalten, habe nur einen Grund. Im Koalitionsvertrag sei festgelegt: keine Steuererhöhung. Doch der Koalitionsvertrag stehe nicht über dem Grundgesetz. Grundlage der Debatte waren zwei von der Regierung eingebrachte Gesetzentwürfe (18/5919, 18/5920, 18/6290, 18/6291), mit denen der automatische Informationsaustausch in Kraft gesetzt werden soll. Abgelehnt mit der Koalitionsmehrheit wurden drei Anträge der Oppositionsfraktionen (18/2014, 18/6064, 18/6065, 18/6667). Franz Ludwig Averdunk

»Schwarze Null« steht

HAUSHALT 2016 Ausgaben steigen wegen Flüchtlingen

Auch im kommenden Jahr will der Bund keine neuen Schulden machen. Dies beschloss der Bundestags-Haushaltsausschuss am Freitag nach 16-stündigen Beratungen in der sogenannten Bereinigungssitzung. Auch im Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/5500) zum Haushalt 2016 waren keine neuen Kredite eingeplant. Damit soll trotz der Mehrausgaben wegen der Flüchtlingskrise erneut die „Schwarze Null“ stehen. Nach der Schuldenregel wäre für das kommende Jahr eine Nettokreditaufnahme von maximal 9,89 Milliarden Euro zulässig. Die Gesamtausgaben wurden für das kommende Jahr dabei auf 316,9 Milliarden Euro festgelegt. Das sind 4,9 Milliarden Euro mehr als von der Regierung vorgesehen. In diesem Jahr betragen die Ausgaben nach dem zweiten Nachtragset 306,9 Milliarden Euro. Für Investitionen stellt der Ausschuss 31,48 Milliarden Euro zur Verfügung.

Das sind 1,06 Milliarden Euro mehr als die Regierung eingeplant hatte. Die Einnahmen aus Steuern sollen im kommenden Jahr 288,08 Milliarden Euro betragen. Das sind 1,96 Milliarden Euro weniger als die Regierung vorgesehen hatte. Die Höhe der eingeplanten Steuereinnahmen beruht auf der jüngsten Steuerschätzung.

Rücklage erhöht Bei den Beratungen erhöhte der Ausschuss die Rücklage zur Finanzierung der Flüchtlingskosten auf 6,1 Milliarden Euro. Bisher waren nach dem Nachtragset dafür fünf Milliarden Euro vorgesehen. Erhöht wurde auch der Etat des Bundesministeriums des Innern um 1,02 Milliarden Euro. Davon profitierten vor allem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Sicherheitsbehörden des Bundes und das Technische Hilfswerk (THW). Insgesamt sollen dem Innenministerium im kommenden Jahr somit 7,8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Vor allem wegen den Flüchtlingen und Asylsuchenden erhöhte der Ausschuss auch die Ausgaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales um 2,6 Milliarden Euro auf insgesamt 129,89 Milliarden Euro. Um 410,27 Millionen Euro wurde bei den parlamentarischen Beratungen der Ansatz des Auswärtigen Amtes auf 4,81 Milliarden Euro erhöht. Diese Mehrausgaben sind vor allem für humanitäre Hilfe und Krisenprävention vorgesehen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit soll 474,17 Millionen Euro mehr erhalten. Diese Mehrausgaben sind für den Sozialen Wohnungsbau reserviert. Der Etat 2016 soll abschließend in der Woche vom 23. bis 27. November im Deutschen Bundestag beraten und verabschiedet werden. Michael Klein



THW-Mitarbeiter zeigen Flüchtlingen den Weg.

© picture-alliance/dpa

STIMMEN

**Bundeskanzlerin
Angela Merkel**

Helmut Schmidt war eine politische Institution der Bundesrepublik. Deutschland verdankt ihm viel. Seine Standfestigkeit hat der Republik geholfen, die schwere Prüfung des Terrors der 1970er Jahre zu bestehen. Ich stehe hier in tiefem Respekt vor den Leistungen Helmut Schmidts.

**Bundespräsident
Joachim Gauck**

Wir trauern um einen der bedeutendsten deutschen Politiker der Nachkriegszeit. In seinen öffentlichen Ämtern, ganz besonders als Bundeskanzler, hat Helmut Schmidt Großes geleistet. Sein entschlossenes Handeln in schwierigsten Situationen, seine Fähigkeit, das Machbare zu erkennen und zu gestalten, aber auch seine Kompromissfähigkeit, sein Eintreten für die Verteidigungsbereitschaft der freien Staaten Europas in Zeiten der Bedrohung – das alles steht mir und vielen Menschen in unserem Land in diesen Stunden der Trauer vor Augen.

**Bundestagspräsident
Norbert Lammert**

Mit Helmut Schmidt verlieren wir eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die sich als Parlamentarier, als Bundesminister und vor allem als Bundeskanzler auf herausragende Weise um Deutschland verdient gemacht hat. Von der Wirtschaftsrezession der 1970er Jahre bis zu Deutschlands Rolle im Kalten Krieg: Helmut Schmidt hatte in seiner Amtszeit große Herausforderungen zu bewältigen, die er ebenso tatkräftig wie besonnen meisterte. Wir verneigen uns vor einem der bedeutendsten politischen und intellektuellen Persönlichkeiten unseres Landes. Der Deutsche Bundestag wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. (Ausführliche Würdigung siehe Debattdokumentation)

**SPD-Bundesvorsitzender
Sigmar Gabriel**

Wir trauern um Helmut Schmidt und sind stolz darauf, dass er einer von uns war. Seine Urteilskraft und sein Rat werden uns fehlen.

**EU-Kommissionpräsident
Jean-Claude Juncker**

Er war ein Freund, der mir, ebenso wie Europa, fehlen wird. Denn mit ihm verlieren wir einen besonderen Menschen, dessen politischer Mut viele bewegt hat.

**Ex-FDP-Vorsitzender
Hans-Dietrich Genscher**

Wir wissen, Deutschland ist ärmer geworden, und wir empfinden, er wird uns fehlen. Für mich persönlich ist der Tod Schmidts der Abschied von einem Weggefährten in schwerer Zeit.

**Altbundeskanzler
Gerhard Schröder**

Helmut Schmidt hat das Bild Deutschlands als eines der Freiheit, der Demokratie und dem sozialen Ausgleich verpflichteten Landes nach innen und außen verkörpert und es verstanden, die Gesellschaft über die Partei- und Milieugrenzen hinweg zu integrieren.

**Frankreichs Präsident
François Hollande**

Schmidt war ein großer Staatsmann, der stets dafür plädiert hat, der Marktwirtschaft eine soziale Dimension zu geben. Er hat in der Europapolitik vorbereitet, was sein Nachfolger Helmut Kohl und der damalige französische Staatspräsident François Mitterrand vollendet haben. Er war ein Mann, der bis zu seinem letzten Atemzug Stellung bezogen hat, vor allem, um den Deutschen zu sagen, welche Rolle sie zu spielen haben.

**Russlands Präsident
Wladimir Putin**

Schmidt war eine herausragende Persönlichkeit Nachkriegsdeutschlands für die europäische und globale Politik. Er hat einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung und Stärkung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Russland geleistet.



„Willen braucht man. Und Zigaretten.“ Helmut Schmidt, 1918 bis 2015

© picture-alliance/dpa

LEBENS DATEN

1918 Helmut Heinrich Schmidt wird am 23. Dezember als Sohn des Volksschullehrers und Diplomhandelslehrers Gustav Schmidt und dessen Ehefrau Ludovica in Hamburg-Barmbek geboren.

1937 Abitur an der Hamburger Lichtwarkschule

1939-1945 Soldat im Zweiten Weltkrieg, zuletzt als Oberleutnant der Wehrmacht

1942 Hochzeit mit Hannelore (Loki) Glaser, die Schmidt auf dem Gymnasium kennengelernt hat.

1945 bis 1949 Studium der Staatswissenschaften und Volkswirtschaft an der Universität Hamburg mit dem Abschluss des Diplom-Volkswirt

1946 Eintritt in die SPD

1947-48 Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Hochschulbundes (SDS)

1949 bis 1953 Zunächst Referent, dann Abteilungsleiter der wirtschaftspolitischen Abteilung in der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Verkehr, später Leiter des Amtes für Verkehr

1953 bis 1962 Schmidt ist erstmals für die SPD Mitglied des Deutschen Bundestags in Bonn. 1957 kommt er in den Fraktionsvorstand und engagiert sich dort gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr.

1961 bis 1965 Hamburger Polizeisenator, später Innensenator. Als Innensenator in Hamburg macht er sich einen Namen bei der Bewältigung der Flutkatastrophe im Februar 1962

1965-1987 Erneut Mitglied des Bundestags

1967-1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

1969 bis 1984 Schmidt ist stellvertretender Vorsitzender der SPD.

1969-1972 Als Verteidigungsminister im ersten Kabinett von Willy Brandt stößt er Reformen in der Bundeswehr an.

1972 Für fünf Monate Bundeswirtschafts- und -finanzminister als Nachfolger des zurückgetretenen Karl Schiller (SPD)

1972-1974 Bundesfinanzminister im zweiten Kabinett Willy Brandt

1974 Nach dem Rücktritt von Kanzler Brandt infolge der Affäre um den DDR-Agenten Günter Guillaume wird Helmut Schmidt am 16. Mai Wahl zum Nachfolger als Bundeskanzler gewählt.

1977 Die linksterroristische Rote Armee Fraktion nimmt Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer als Geisel, im Oktober wird die Lufthansa-Maschine „Landshut“ entführt. Schmidt gibt den Forderungen der Terroristen nicht nach. Schleyer wird ermordet, die Geiseln der „Landshut“ in Mogadischu befreit.

1981 Schmidt verknüpft sein politisches Schicksal mit der Zustimmung der SPD zum Nato-Doppelbeschluss, der die Aufstellung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa vorsah. Die Partei folgt ihm trotz großen Widerstrebens.

1982 Am 1. Oktober wird Schmidt nach dem Bruch mit dem Koalitionspartner FDP durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt. Neuer Bundeskanzler wird Helmut Kohl (CDU).

1983 Schmidt wird Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“.

2007 Schmidt erhält gemeinsam mit dem ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing den Adenauer-de-Gaulle-Preis für sein Bemühen um die deutsch-französische Zusammenarbeit.

2010 Am 21. Oktober stirbt Ehefrau Loki Schmidt mit 91 Jahren.

2013 Die Familie des ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer macht ihren Frieden mit Schmidt. 36 Jahre nach Schleyers Tod verleiht sie ihm den Hanns-Martin-Schleyer-Preis.

2013 Helmut Schmidt unterstützt vergeblich den ebenfalls aus Hamburg stammenden SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück.

2015 Schmidt veröffentlicht das sehr persönliche Buch „Was ich noch sagen wollte“ über Lebenserinnerungen, Wegbegleiter und Vorbilder.

2015 Am 10. November stirbt Helmut Schmidt mit 96 Jahren in Hamburg. kru ||

Der Lotse ist von Bord

HELMUT SCHMIDT Ein Weltbürger aus Hamburg-Langenhorn

Die Zeichnung zeigt Helmut Schmidt, auf dem Kopf die für ihn typische Prinz-Heinrich-Mütze, beim Verlassen des Schiffes – eine Abwandlung der berühmten Karikatur der britischen „Punch“ zur Entlassung Bismarcks, beschriftet mit dem Satz: „Der Lotse geht von Bord“. Mit diesem Titelblatt zum Ende von Schmidts Kanzlerschaft traf „Der Spiegel“ im Herbst 1982 die Stimmungslage vieler Deutscher. Wirtschaftskrise, Terrorismus, Hochrüstung – es war keine ruhige See, durch die das bundesdeutsche Staatsschiff während der Regierungszeit des Hamburgers trieb, doch vermittelte der Steuermann das beruhigende Gefühl, den rechten Kurs zu halten. Mehr als acht Jahre lang, vom Mitte Mai 1974 bis Anfang Oktober 1982, war der mediengewandte Hans-Eaton Hausherr im Bonner Kanzleramt – seinem Selbstverständnis nach als „leitender Angestellter des Unternehmens Bundesrepublik Deutschland“. Noch mehr als drei Jahrzehnte danach erschien er so manchem im Rückblick als Idealbesetzung für das höchste Regierungsamt: in weltläufig-staatsmännischer Selbstdarstellung ebenso versiert wie als scharfzüngiger Parteipolitiker geführt, vertrauenerweckend als erprobter Krisenmanager wie als philosophisch reflektierender Pragmatiker, pflichtbewusst bis über die Grenze des gesundheitlich Vertaglichen hinaus, nicht ohne Eitelkeit und doch bisweilen sichtbar unter der Last der Verantwortung leidend.

Von „Schmidt-Schnauze“ über „der Macher“ bis „Weltökonom“ reichten die Etiketten für den Mann, der zu den Begründern der Weltwirtschaftsgipfel zählt und mit seinem Freund Giscard d'Estaing den Euro auf den Weg brachte, der den Nato-Doppelbeschluss mitinitiierte und sein

Land durch den „Deutschen Herbst“ 1977 führte, als der RAF-Terror seinen Höhepunkt erreichte. Mit Unnachgiebigkeit reagierte Schmidt auf diese mörderische Herausforderung und war doch zum Rücktritt entschlossen, wäre die Stürmung der entführten Lufthansa-Maschine in Mogadischu gescheitert.

Als der Sohn eines Studienrates mit 55 Jahren zum Kanzler gewählt wurde, gab es keinen anderen deutschen Politiker mit so breiter Regierungserfahrung: Seit 1946 SPD-Mitglied, gehörte der studierte Volkswirt mit einer Unterbrechung ab 1953

dem Bundestag an, war Innensenator seiner Heimatstadt – wo sein beherztes und energisches Eingreifen bei der Hochwasserkatastrophe von 1962 noch heute legendär ist –, später Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion während der ersten Großen Koalition bis 1969, danach Verteidigungsminister, schließlich Chef des Bundesfinanzministeriums sowie zeitweise als „Superminister“ auch des Wirtschaftsressorts. Ein Erfahrungsschatz, der ihn beim Rücktritt Willy Brandts als Regierungschef geradezu prädestinierte für das Kanzleramt.

Später sollte er es einmal als Fehler bezeichnen, von Brandt nicht auch den SPD-Vorsitz übernommen zu haben. Nicht wenige sahen in dem Hobby-Segler und begabten Pianisten „den besten CDU-Kanzler, den die SPD je gestellt“ habe, doch die Entfremdung zu weiten Teilen der eigenen Partei nahm mit seinen Kanzlerjahren immer mehr zu.

Da war das Böse, auf Schmidt gemünzte Wort Oskar Lafontaines über die Sekundärtugenden, mit denen man auch ein KZ betreiben könne (Schmidts im Jahr 2008 gezogene Parallele zwischen Lafontaines und Hitlers rhetorischen Talenten war nicht minder unfreundlich); da waren das schwierige Verhältnis zum Partei-Idol

Brandt, die harten Konflikte um die Wirtschafts- und Finanzpolitik, der zunehmende Widerstand auch in der SPD gegen Schmidts Nachrüstungspolitik, der immer lautere Protest gegen die wachsende Nutzung der Atomenergie, wegen der manche Grüne noch heute Schmidt im negativen Sinn als einen „Gründungsvater“ ihrer Partei sehen.

Zweimal, 1976 und 1980, behauptete sich der im Inland so populäre wie im Ausland geachtete Regierungschef bei Bundestagswahlen zusammen mit der FDP gegen die Unions-Kandidaten Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, doch im Februar 1982 konnte er die sozialliberale Koalition nur noch per Vertrauensfrage hinter sich zwingen. Wenige Monate später zerbrach das Regierungsbündnis: Als erster und bislang einziger Kanzler mit konstruktivem Misstrauensvotum abgewählt, musste Schmidt seinen Stuhl für Kohl räumen. Bis 1987 gehörte er dem Bundestag noch an. Seit 1983 Mitherausgeber der

Wochenzeitung „Die Zeit“, gab Schmidt auf der internationalen Bühne nun den „elder statesman“ – und kommentierte den Lauf der Welt immer wieder mit der ihm eigenen Arroganz des Überlebenden. Das bekamen die Mächtigen draußen ebenso zu spüren wie die kleinen Leute daheim, etwa wenn er erlauchte Runden amtierender Staats- und Regierungschefs öffentlich als „Dilettanten“ abtat oder seinen Landsleuten bescheinigte: „Die Deutschen jammern insgesamt zu viel.“ Seiner Popularität tat das keinen Abbruch: Noch mit 89 Jahren wurde er in einer Umfrage von den befragten Männern am häufigsten als „coolster Kerl“ Deutschlands genannt. Am 19. Dezember 1918 wenige Wochen nach dem Ersten Weltkrieg geboren und im Zweiten Weltkrieg als Wehrmachtsoffizier im Fronteinsatz, schien Schmidt sich selbst Jammern stets zu versagen, auch als

der passionierte Kettenraucher im Alter mit zunehmender Schwerhörigkeit und anderen Gebrechen zu kämpfen hatte. „Helmut hat ganz viel Gefühl, aber er kann das sehr sorgfältig verstecken“, beschrieb seine im Oktober 2010 verstorbene Frau Hannelore („Loki“) einmal den Mann, mit dem sie schon die Schulbank gedrückt hatte und fast sieben Jahrzehnte verheiratet war. Zwei Kinder gingen aus der Ehe hervor, die 1947 geborene Tochter Susanne und ein Sohn, der im Februar 1945 im Alter von nicht einmal acht Monaten starb.

Zwei Jahre nach Lokis Tod machte der damals 93-Jährige 2012 publik, mit seiner jahrzehntelangen Mitarbeiterin und Vertrauten Ruth Loah eine neue Lebensgefährtin zu haben; weitere drei Jahre später ließ Schmidt die Öffentlichkeit wissen, dass es noch eine weitere Frau in seinem Leben gegeben hatte. „Ich hatte eine Beziehung zu einer anderen Frau“, gestand er im Rückblick auf eine mehr als vier Jahrzehnte zurückliegende

Ehekrise in seinem in diesem Frühjahr erschienenen Buch „Was ich noch sagen wollte“ ein. Lange Zeit nicht bekannt waren auch Schmidts jüdische Wurzeln. Als er selbst erfuhr, einen jüdischen Großvater zu haben, waren die Nationalsozialisten schon an der Macht. „Insofern habe ich dann von 1934 an das Dritte Reich ein bisschen anders erlebt als ein normaler Junge aus Hamburg in derselben Altersgruppe“, erinnerte er sich später zurückhaltend. Gelassen klang er auch, wenn es um das Gerücht der Nachwelt über ihn ging: „Falls eines Tages die Historiker zur Meinung kommen sollten: ‚Er hat seine Sache anständig gemacht‘, bin ich ganz zufrieden“, sagte Helmut Schmidt einmal. Vergangenen Dienstag ist er in seinem Reihenhäuser in Hamburg-Langenhorn im Alter von 96 Jahren gestorben. Helmut Stoltenberg ||





Flüchtlinge aus Gambia (rechts: Amidou) in einem Auffanglager in Tripolis. Kreidezeichnungen an den Mauern sollen die Menschen vor der gefährlichen Überfahrt nach Europa abschrecken.

© Petra Ramsauer

Gestrandet im Niemandland

LIBYEN Hunderttausende Flüchtlinge werden im innenpolitischen Chaos des Landes zum Faustpfand

In den Räumen ist es gespenstisch ruhig. Nur ein Fernsehgerät läuft. Viele junge Männer sitzen in Gruppen teilnahmslos und verschreckt auf Kunststoffdecken mit Tigermustern. Auf drei Zimmer, versperrt mit einem Eisentor samt Vorhangschloss, sind sie aufgeteilt. Bewacht werden sie von einem Kämpfer in Tarnkleidung, der eine Maschinenpistole geschultert hat. An diesem brütend heißen Novembernachmittag sind insgesamt 80 Flüchtlinge hier, an manchen Tagen sind es 800. Amin, ein 17-jähriger aus Somalia, ist zu traumatisiert, um zu sprechen. Amadou aus Gambia kam mit seinen drei besten Freunden. Auch sein Blick ist gesenkt, auch ihm ist nicht zum Reden zumute. „Dort, wo wir her kommen, gibt es nichts“, sagt Amadou, der gerade 17 geworden ist, leise. „Alle machen sich auf den Weg.“

Bevor er und die anderen auf eines der Schlauchboote Richtung Italien gelangen konnten, sind sie hier gestrandet: in einem Aufenthaltslager für illegale Migranten, in Abu Salim, einem der ärmsten Viertel der libyschen Hauptstadt Tripolis. Es ist der Ort, an dem die ohnehin großen Probleme der jungen Leute erst richtig beginnen. Wochenlang haben sie, skrupellosen Schleppern ausgeliefert, teilweise zu Fuß die Sahara durchquert. Sie haben von Europa geträumt und sind im libyschen Niemandland, im Bürgerkrieg, aufgewacht. Und jetzt weiß niemand, was mit ihnen passieren soll.

In Libyen gibt es weder reguläre Polizeieinheiten noch eine handlungsfähige Regierung. Es gibt keine funktionsfähigen Botschaften und keine internationalen Helfer. Stattdessen rivalisieren hier zwei Staatschefs und Parlamente miteinander. Der Machtkampf lähmt den geopolitisch so wichtigen Erdöl-Exportstaat und das zentrale Transitland der Fluchtbewegung in Richtung Europa.

zu sorgen, noch die bewaffneten Gruppierungen zu kontrollieren, die sie unterstützen. Insgesamt machen 1.600 Milizen das Sechsmillionen Einwohnerland unsicher; ihre Loyalitäten sind unberechenbar. Und so durchzieht ein Patchwork aus Fronten das Land. In dem Machtvakuum, das daraus entstand, konnte die Terrormiliz „Islamischer Staat“ rund um die Stadt Sirte an Terrain gewinnen. Seit über einem Jahr scheitern alle Versuche der Vereinten Nationen, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Im Juli unterzeichneten die Konfliktparteien zwar ein Friedensabkommen, doch der Prozess stockt. Nun soll es der neue UN-Sonderbeauftragte für Libyen, der deutsche Diplomat Martin Kobler, richten. Die Zeit drängt: Schließlich kontrolliert ausgerechnet die international nicht anerkannte Regierung in Tripolis jenes Gebiet, das im Fokus der Flüchtlingskrise steht. Genau zwischen Tripolis und der tunesischen Grenze verläuft eine der meist frequentierten Migrationsrouten der vergangenen Jahre. Besonders problematisch ist, dass sich zuletzt rund um die Stadt Zuwara die Konflikte zwischen den Anhängern beider Regierungen weiter zugespitzt haben. Und in Tripolis, das als Knotenpunkt der Schmuggler Routen gilt, gelingt es den Terroristen des Islamischen Staates mehr und mehr Fuß zu fassen. Allerdings stechen

längst nicht mehr nur von Tripolis aus, sondern von der gesamten libyschen Küste Boote mit Migranten ins Meer. Meist sind das etwa zehn Meter lange Schlauchboote, die aus geflicktem Plastik bestehen. Bis zu 200 Leute zwingen sich in die seeräuberischen Gefährte, deren Ziel es mittlerweile lediglich ist, internationale Gewässer zu erreichen, um von dort per Satelliten-Telefon internationale Helfer rufen zu können. Doch soweit kommen die meisten Flüchtlinge erst gar nicht. Wie Amin und Amidou wird ein Großteil von ihnen vorher aufgegriffen und in eines von sechs libyschen Auffangslagern gesteckt. So auch die 20-jährige Gloria. Ihr Leben in Nigerias Hauptstadt Abjua war ein Trümmerhaufen, nachdem ihre Eltern gestorben waren. „Da war nichts, was sich nach einer Zukunft anfühlte“, sagt sie. Ihr einziger Anker war der Bruder, der sich nach Libyen aufgemacht hatte, um von dort aus Plätze auf einem Boot Richtung Italien zu finden. Jetzt sitzt Gloria angelehnt an einer Mauer neben ihrer Freundin Junis und weint. Seit Wochen trägt sie ihre knielangen Jeans und das ausgebleichte Polo-Shirt mit dem Erdbeeremuster. „Es war ein Alptraum, überhaupt bis hierher zu kommen“, sagt sie. Nun sei es immer noch ein Alptraum, „nur fast ein wenig schlimmer, als alles zuvor“. Glorias Blick schweift stumm durch den

Hof des Auffanglagers: eine kleine Rasenfläche, Lagerhallen, an den Mauern mit Kreide gemalte Zeichnungen von zerbrochenen Schiffen, aus denen Menschen ins Meer stürzen. Als Warnhinweise gedacht, sollen sie die Flüchtlinge davon abhalten, auf die Boote zu steigen. Salem Fardit, der das Lager leitet, steht neben Gloria. Dass die junge Frau weint, ist ihm sehr unangenehm. „Morgen kommt sie in das große Lager, wo es ordentliche Sanitäranlagen gibt“, verspricht er. Und was geschieht dann? Salem Fardit zuckt mit den Schultern. „Dann ist sie dort“, sagt er und fügt hinzu: „Ich weiß, dass die Menschen nichts verbrochen haben, außer sich ein besseres Leben zu wünschen.“ Zehntausende werden derzeit in den libyschen Flüchtlingslagern festgehalten. „Wir kümmern uns um sie, so gut es geht“, versichert Fardit. „Sie haben einen Platz zum Schlafen, etwas zu Essen.“ Zum Beweis führt Fardit die Besucher zur Tiefkühltruhe der Vorratskammer, die randvoll gefüllt ist. „Die Bedingungen in solchen Camps sind nicht perfekt“, gibt Abdul Hafid Trekki zu, der im Innenministerium der Regierung in Tripolis zuständig ist für die Verwaltung aller Auffanglager. „Aber wie sollen wir mit diesem kolossalen Problem zurechtkommen? Wir bräuchten dringend Hilfe im Umgang bei der Betreuung der Flüchtlinge. Von Abkommen über die Modalitäten der Abschiebung bis hin zu medizinischer Hilfe.“ Die meisten, die ankommen, seien krank, litten unter Infektionskrankheiten. „Es sind einfach zu viele, die kommen“, sagt Trekki. Er betont, die Regierung habe keine Mittel, um die Flüchtlinge in ihre Länder zurückzubringen. „Und sie selbst haben auch kein Geld.“

Seit 2014 hat sich die Migration aus Subsahara-Afrika nach Norden massiv beschleunigt. Laut Angaben des italienischen Innenministeriums sind im vergangenen Jahr rund 170.000 Menschen aus Libyen per Boot angekommen. In diesem Jahr waren es ebenso viele. Mindestens 5.000 starben auf der tödlichsten aller Routen. Wie viele genau ihr Leben verloren haben, ist ungewiss.

Jüngste Zahlen des italienischen Innenministeriums zeigen, dass die Zahl der Bootsflüchtlinge aus Gambia und vor allem aus Nigeria zuletzt sprunghaft ansteigen ist – um 157 Prozent. Mattia Toaldo, Libyen-Experte am „European Council on Foreign Relations“, der soeben eine Studie über den Menschenhandel in dem Land veröffentlicht hat, berichtet: „Im Sog der syrischen Flüchtlinge, die oft sehr wohlhabend sind und anfangs über Libyen kamen, expandierte das Schmugglernetzwerk in Libyen massiv. Es entstand eine regelrechte Autobahn.“ Nun würden immer weniger Syrer kommen, aber das professionalisierte System habe die Überfahrten billiger gemacht. Menschen aus vielen Teilen Afrikas

könnten sich nun eine Reise leisten. Dem libyschen Staat sei jegliche Kontrolle darüber entglitten.

Der Sprecher der Tripolis-Regierung, Jamal Zubia, sieht das nicht ganz so: „Ihr Europäer sitzt auf Euren Sofas und schaut zu, während wir für Euch die Drecksarbeit machen“, schimpft er. „Ihr seid nicht einmal dazu bereit, Euch mit uns an einem Tisch zu setzen.“ Der einzige konkrete Lösungsvorschlag, den er gehört habe, sei es, die Boote vor den Küsten Libyens anzugreifen. „Aber so geht es nicht“, warnt Zubia. „Den Kampf gegen dieses Problem können wir nicht am Mittelmeer austragen. Das müssen wir hier vor Ort tun.“

Schätzungsweise eine Million illegaler Migranten würde sich derzeit in der Region rund um die Hauptstadt Tripolis aufhalten, sagt er. Nur etwa fünf Prozent gelangten bis Europa, „weil dort niemand sorgen“. Dabei gehe Libyen das Problem eigentlich gar nichts an. „Die Flüchtlinge aus Afrika und Asien, die wollen doch nicht zu uns, die ziehen hier doch nur durch auf den Weg nach Italien. Wir sind Opfer einer Entwicklung.“ Zubia fordert daher von der EU Hilfe beim Schutz der Grenzen im Süden des Landes. Und vor allem: Anerkennung. Dann wird der Regierungssprecher deutlich: „Ich habe meiner Regierung geraten, dasselbe zu tun, wie einst Gaddafi: Er hat gedroht, diese Menschen einfach durchreisen zu lassen auf ihren Booten, und das hat die Europäer in die Knie gezwungen. Wir brauchen Hilfe und Geld. Migration ist ein internationales Problem und wir sind der Schlüssel zur Lösung.“

Dass es heute erwiesenermaßen – so wie zu Zeiten des 2012 gestürzten Machthabers Muammar Gaddafi – libysche Schmugglerbanden sind, die den kaltblütigen Menschenhandel betreiben, will er so nicht stehen lassen: „Viele Europäer sind genauso

involviert. Es handelt sich um eine global tätige Organisation. Wir sind weder als Einzige Schuld daran, noch können wir dem alleine Herr werden.“

Hinter seinem Schreibtisch hat Zubia eine überdimensionale Flagge des neuen Libyens befestigt. Es ist eine trotzige Geste des weißhaarigen Mannes, der Jahre im britischen Exil verbrachte. Er spricht von Hilfe in der Flüchtlingsfrage, doch dem übergeordnet verfolgt seine Regierung ein anderes Ziel: Die internationale Gemeinschaft soll sich angesichts der Flüchtlingsnot von der rivalisierenden Regierung in Tobruk abwenden und stattdessen die in Tripolis faktisch anerkennen.

Täuschende Ruhe Das Meer und der Hafen von Tripolis sind nur ein paar Schritte von Zubias Büro entfernt. Oberflächlich betrachtet scheint die Stadt hier, entlang der Uferschnellstraße, den Parks und der Promenade, ruhig. Im Café Roma werden Lachs-Brötchen serviert und Cappuccino aus High-Tech Maschinen. Die Milizen ducken sich hinter ihren Bastionen und so sieht Tripolis aus wie irgendeine nordafrikanische Großstadt, in der sich Blechlawinen durch den Nachmittagsverkehr zwängen. Doch die Fassade täuscht. Ein Gewaltmonopol des Staates gibt es hier ebenso wenig wie andere Strukturen. Niemand kann der Bevölkerung oder internationalen Missionen ausreichend Sicherheit bieten. Die Marine der libyschen Armee verfügt nur noch über etwas mehr als zwei Dutzend Schnellboote, um die Überfahrten der Flüchtlinge zu stoppen. Damit habe die Küstenwache der Tripolis-Regierung seit 2011 15.000 Menschen gerettet, berichtet deren Sprecher Qasim Ayub. „Der Großteil unserer Flotte wurde durch die Nato-Schläge gegen das Gaddafi-Regime zerstört. Substantielle Hilfe erhalten wir nicht.“ Die Libyer erledigten die Polizei-Aufgaben für Europas Schutz ohne, dass sie jemand in die Gespräche zur Lösung des Problems einbinde oder helfe, gegen das massiv angewachsene Schlepperwesen vorzugehen, sagt auch er und fügt warnend hinzu: „Hier ist das Tor Afrikas zu Europa. Wenn wir nicht hier wären, würden Millionen kommen.“

Noch könne die Küstenwache mit ihren bescheidenen Mitteln viele Flüchtlinge von der Weiterreise abhalten, erklärt Ayub. „Aber was tun wir mit jenen, die wir festnehmen?“ Die Flüchtlinge säßen in Lagern und keiner wisse, was mit ihnen geschehen soll. „Lange“, sagt er, „werden wir das nicht mehr hinnehmen.“

»Das hier ist ein Alptraum. Nur fast ein wenig schlimmer als alles zuvor.«

Gloria (20) aus Nigeria

»Wir brauchen Hilfe und Geld. Wir sind der Schlüssel zur Lösung.«

Jamal Zubia, Regierungssprecher in Tripolis

Patchwork aus Fronten Im Osten, in Tobruk, hat das „Repräsentantenhaus“ seinen Sitz, ein Parlament, das aus den Wahlen im Jahr 2014 hervorging. Regierungschef ist der frühere Verteidigungsminister, der 61-jährige Abdullah al-Thinni, dessen Regierung international anerkannt wird. Seine Macht stützt sich auf Teile der Armee, allen voran auf Ex-General Khalifa Haftar, der einen Feldzug gegen islamistische Gruppen wie „Ansar al-Scharia“ führt. „Ansar al-Scharia“ wird zum globalen al-Qaida Netzwerk gezählt und gilt wiederum als wichtige Machtbasis der „Regierung der Nationalen Rettung“, die in Tripolis regiert. Ihr steht Khalifa al-Ghwell vor. Der Premier stützt sich auf das moderat-islamistische Milizen-Bündnis „Fadschr Libya“, deren Bastion die Küstenstadt Misrata ist. Es hat die Wahlen von 2014 wegen der geringen Wahlbeteiligung nicht anerkannt und behauptet von sich, wahrer Träger der libyschen Revolution von 2011 (siehe Stichwort) zu sein. Das Parlament, der von Islamisten dominierte „Nationalkongress“, existiert weiter.

Den konkurrierenden Gruppen gelingt es weder, in ihrem Territorium für Sicherheit



„Wenn wir nicht wären, würden Millionen kommen“, sagt Qasim Ayub, Sprecher der libyschen Küstenwache in Tripolis.

© Petra Ramsauer

STICHWORT

Gespaltenes Land

> Bürgerkrieg 2011 Im Februar 2011 brach im Zuge des Arabischen Frühlings ein Bürgerkrieg in Libyen aus. Ausgangspunkt waren Proteste gegen die Herrschaft Muammar al-Gaddafis. Die internationale Gemeinschaft unterstützte die Opposition durch Luftangriffe. Am 20. Oktober 2011 wurde Gaddafi unter bislang ungeklärten Umständen getötet.

> Bürgerkrieg 2014 Der ohnehin schwierige demokratische Prozess im Land kam nach den Parlamentswahlen am 14. Juni 2014 zum Erliegen. Dass islamistische Lager vertrieb die neue offizielle Regierung in den Osten des Landes, ein neuer Bürgerkrieg brach aus.

Die Autorin berichtet als freie Journalistin aus dem Nahen Osten.





Krach in der Familie

ASYL Innenminister de Maizière weist im Bundestag Kritik an seinen jüngsten Vorstößen zum Familiennachzug und Schutzstatus syrischer Flüchtlinge zurück

Eine Familie aus Syrien in einer niedersächsischen Flüchtlingsunterkunft auf einem ehemaligen Kasernen-Gelände

© picture-alliance/dpa / Julian Stratenschulte

Die große Asylrechtsreform, auf die sich Bund und Länder Ende September verständigt hatten, war noch nicht verabschiedet, da stritt sich die Koalition im Oktober schon über sogenannte Transitzone für Flüchtlinge. Ein Streit, der mit der Verständigung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), SPD-Chef Sigmar Gabriel und dem CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer vom 5. November etwa auf neue Registrierungsstellen oder eine Begrenzung des Familiennachzugs für Migranten mit eingeschränktem Schutzstatus beigelegt schien. Doch weit gefehlt: Einen Tag danach kündigte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) an, dass künftig auch syrischen Flüchtlingen nur noch zeitlich begrenzter Schutz ohne Familiennachzug gewährt werden solle. Während der Koalitionspartner SPD den Vorstoß empört zurückwies, stellte der Minister wenig später klar, dass die bisherige Regelung wegen Gesprächsbedarfs in der Koalition vorerst weiter gelte, fand aber in den folgenden Tagen Unterstützung für seine Position in der Union.

Grund genug für die Opposition, im Bundestag eine Aktuelle Stunde zur „Haltung der Bundesregierung zur Statusfrage syrischer Flüchtlinge und zur Einschränkung des Familiennachzugs“ zu beantragen. Doch einen Tag vor der Debatte gab es vergangene Woche schon den nächsten Aufreger: Das Innenministerium gab bekannt,

dass das Dublin-Verfahren grundsätzlich wieder für alle Herkunftsländer und damit auch für Syrien gelte. Dieses Verfahren, nach dem für einen Asylantrag das Land zuständig ist, über das ein Flüchtling in die EU einreist, war Ende August für Syrer ausgesetzt worden.

Kurs verteidigt Während die Opposition in der Aussprache de Maizières Pläne scharf kritisierte und auch die SPD auf deutliche Distanz ging, verteidigte der Ressortchef seinen Kurs. „Wir können unsere hohen Flüchtlingszahlen nicht durch Familiennachzug verdoppeln oder gar verdreifachen“, argumentierte er und verwies darauf, dass allein im Oktober etwa 88.000 Schutzsuchende aus Syrien registriert worden seien. Das 2014 eingeführte beschleunigte Asylverfahren für syrische Flüchtlinge, die dabei den Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention mit privilegiertem Anspruch auf Familiennachführung erhalten hätten, sei wegen deren massiv gestiegener Zahl zu grobmaschig. Oft beruhe die Erfassung der Staatsangehörigkeit nur auf den Angaben der Flüchtlinge, von denen viele behaupteten, „Syrer zu sein, obwohl sie keine Syrer sind“. Deshalb habe er sich zur Rückkehr zur Einzelfallprüfung entschieden. Individuell Verfolgte könnten ihre Familien nachholen, ohne die Sicherung des Unterhalts nachzuweisen, fügte de Maizière an. „Dass aber für alle, die sagen, sie kommen aus Syrien, der Familiennachzug

möglich ist, ohne dass für eine ausreichende Sicherung des Lebensunterhalts gesorgt wäre“, halte er angesichts der großen Zahl syrischer Flüchtlinge nicht mehr für tragbar. Zur Wiederaufnahme des Dublin-Verfahrens sagte der Minister, mit dieser seit dem 21. Oktober geltenden Ressortentscheidung verfolge er das Ziel, „wieder zu geordneten Verfahren bei der Einreise und bei Asylverfahren zurückzukehren“. Luise Amtsberg (Grüne) warf dem Innenminister vor, er wolle mit der Änderung des Status syrischer Flüchtlinge deren Möglichkeit beschränken, ihre Familien auf si-

cherem Weg nach Deutschland zu holen. Auch stelle sich die Frage, mit welchem Personal denn eine Aussetzung des Schnellverfahrens für syrische Flüchtlinge bewältigt werden solle. Schließlich befänden sich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits 330.000 Asylanträge „in der Warteschleife“.

Für Die Linke betonte Ulla Jelpke, der einzig legale Weg aus Syrien sei für viele der des Familiennachzugs. Würde de Maizières Vorhaben umgesetzt, bedeute dies, „dass vor allem Frauen und Kinder sich auf den Weg machen in die wackligen Boote“. Der SPD-Abgeordnete Lars Castellucci verwies auf die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, Asylverfahren auf drei Monate zu verkürzen. Nun müsse man auch Maßnahmen unterlassen, die zu einer Verlängerung von Verfahren führen. „Dublin-Prüfung heißt Verlängerung der Verfahren“, warnte Castellucci. Gleiches gelte für die Überprüfung des Schutzstatus der Flüchtlinge.

300.000 Syrer Unions-Fraktionsvize Thomas Strobl (CDU) warb für eine Begrenzung beim Familiennachzug. Schon heute seien mehr als 300.000 syrische Flüchtlinge in Deutschland. Bereits jetzt sei daher mit einem Familiennachzug in einer „nie dagewesenen Dimension“ zu rechnen. Setze man die bisherige Anerkennungspraxis fort, gehe es möglicherweise „um einen Familiennachzug von vielen Hunderttausend Menschen“. Helmut Stoltenberg

STICHWORT

Schutzstatus

> **Asyl** genießen laut Artikel 16a des Grundgesetzes politisch Verfolgte.

> **Flüchtlingsschutz** kann erhalten, wer aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, politischer Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb seines Landes lebt.

> **Subsidiärer Schutz** gilt für jene, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention oder das Asyl-Grundrecht fallen, denen aber in ihrer Heimat ein „ernsthafter Schaden“ droht.

Mindestlohn soll auch für Flüchtlinge gelten

ARBEITSMARKT Gemeinsame Linie aller Fraktionen

Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt darf nicht dazu führen, Arbeitsmarktstandards abzusenken oder den Mindestlohn auszuhebeln. Darin zumindest waren sich die Fraktionen des Bundestages einig, als sie vergangene Woche erstmals über einen Antrag (18/6644) der Linken berieten, der einen besseren Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge fordert.

Die Linke verlangt darin auch, dass die Residenzpflicht und andere „diskriminierende Sondergesetze“ für Asylsuchende aufgehoben werden. Außerdem soll Flüchtlingen und Geduldeten von Beginn an ein Rechtsanspruch auf Zugang zu einem kostenfreien Integrations- und Sprachkurs gewährt werden. Berufsanerkennungsverfahren müssten vereinfacht und Arbeitsverbote und Nachrangigkeitsregelungen beim Arbeitsmarktzugang abgeschafft werden.

Aber damit ist es aus Sicht der Linken nicht getan, wie deren arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Sabine

Zimmermann, in der Debatte betonte: „Wir brauchen einen Neustart in der Arbeitsmarktpolitik.“ Seit Jahren ändere sich an den sozialen Missständen im Land nichts. Nötig sei eine echte Offensive bei der Qualifizierung der Arbeitslosen, so Zimmermann. Sie machte klar, dass der Mindestlohn aus ihrer Sicht auch für Flüchtlinge „ohne Wenn und Aber“ gelten müsse.

Jugend als Chance Dies war in den vergangenen Wochen von Wirtschaftsvertretern aber auch Unionspolitikern wiederholt in Zweifel gezogen worden. Die Arbeitsmarktexperten des Bundestages erteilten dem jedoch fraktionsübergreifend eine Absage. „Eine Absenkung des Mindestlohns würde nicht zu einer leichteren Integration, sondern zu Wettbewerbsverzerrungen führen“, erklärte Karl Schiewerling (CDU). Katja Mast (SPD) betonte: „Wir brauchen keine neue Armee von Geringverdienern durch die Absenkung der Mindestlohn-Standards für Flüchtlinge.“

Derzeit gibt es zwar noch keine belastbaren statistischen Daten über den Qualifikationsstand der Flüchtlinge. In einer Stichprobe hatte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) jedoch herausgefunden, dass zwei Drittel der Befragten keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Die Hälfte der Flüchtlinge ist jedoch jünger als 25 Jahre alt und genau darin sehen die Fachpolitiker des Bundestages auch eine große Chance.

Deutschland sei ein alterndes Land, in dem Fachkräfte händeringend gesucht würden. Daher komme es jetzt darauf an, „die

Beschlüsse, die wir gefasst haben, auch konsequent umzusetzen“, betonte Schiewerling und verwies auf den Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der gegenüber dem ursprünglichen Entwurf um 1,9 Milliarden Euro steigen soll. Die stärkere Förderung von Sprachkursen spielt dabei eine zentrale Rolle.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin von Bündnis 90/

Die Grünen, Brigitte Pothmer, warnte davor, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen und die Integration der Zuwanderer zu vernachlässigen. Gerade die Jüngeren unter ihnen seien hochmotiviert, sich zu qualifizieren und eine Arbeit zu finden. Deshalb müssten endlich rechtliche und bürokratische Hürden abgebaut werden, um zum Beispiel den ausbildungswilligen Flüchtlingen und damit auch den Betrieben eine gesicherte Perspektive zu bieten, forderte sie.

Katja Mast bezeichnete in diesem Zusammenhang die Debatte über den Schutzstatus syrischer Flüchtlinge als „falsch“, weil integrationsfeindlich. Wenn jemand nur einen subsidiären und damit vorübergehenden Schutzstatus von einem Jahr erhalte, werden Unternehmen diesen Flüchtling nur ungern oder gar nicht einstellen. „Das behindert die Integration in den Arbeitsmarkt.“ Mast sprach sich ebenfalls dafür aus, einen neuen Aufenthaltstitel zu definieren, der Auszubildenden eine wirkliche Perspektive bietet. Claudia Heine

»Ein nur subsidiärer Schutz behindert die Integration in den Arbeitsmarkt.«

Katja Mast (SPD)

Schutz vor Übergriffen

FLÜCHTLINGSHEIME Grüne wollen Gewaltschutzkonzept

Besonders gefährdete Flüchtlinge sollen nach dem Willen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in den Gemeinschaftsunterkünften besser geschützt werden. In einem Antrag (18/6646), den der Bundestag in der vergangenen Woche in erster Lesung beraten hat, fordern die Grünen, dass bei der Unterbringung geschlechts- und altersspezifische Aspekte stärker berücksichtigt werden, um sexuelle Übergriffe und Belästigungen zu verhindern. Deshalb müsse die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern ein Gewaltschutzkonzept für Frauen, Kinder und Jugendliche erarbeiten und in den Unterkünften durchsetzen, verlangen die Grünen.

„Warum gilt das Bundeskindererschutzgesetz nicht für Flüchtlingskinder?“, fragte Franziska Brantner, die familienpolitische Sprecherin der Grünen, in der Debatte. Wenn man von den Flüchtlingen die Einhaltung der Rechte erwarte, „dann müssen wir diese aber auch garantieren“. Es sei in jeder UN-Unterkunft absoluter Standard und kein Luxus, dass es gesonderte Kinderbereiche gebe, sagte Brantner.

Unterstützung erhielt die Grünen-Forderung von Linken und Sozialdemokraten. Norbert Müller, Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik der Fraktion Die Linke, forderte ebenfalls Präventionskonzepte für die Gemeinschaftsunterkünfte. Es sei beschämend für die Bundesregierung, dass der Grünen-Antrag überhaupt nötig sei. Gülstan Yüksel (SPD) betonte, Deutschland sei durch die Umsetzung der EU-Aufnahmerrichtlinie verpflichtet, geschlechts- und altersspezifische Aspekte in den Unterkünften zu berücksichtigen. „Eine Umsetzung der Richtlinie ist längst überfällig“, so Yüksel.

Die CDU-Innenpolitikerin Nina Warke entgegnete, es werde in den Unterkünften alles versucht, um den Bedürfnissen besonders gefährdeter Flüchtlinge gerecht zu werden. Ein Gewaltschutzkonzept für jede Flüchtlingsunterkunft auszuarbeiten, würde bedeuten, nicht mehr genügend Unterkünfte in kürzester Zeit bereitstellen zu können. Sie warf den Grünen vor, die Machbarkeit ihrer Forderungen auszublenden. che

Große Erwartungen, kleine Zugeständnisse

EUROPA EU beschließt auf Valletta-Gipfel Aktionsplan mit 35 afrikanischen Staaten. Abmachungen mit der Türkei sollen so schnell wie möglich folgen

Um die Flüchtlingsbewegung nach Europa zu bremsen, hat sich die Europäische Union in der vergangenen Woche mit 35 afrikanischen Staaten auf einen Aktionsplan geeinigt. So schnell wie möglich wollen die EU-Staaten mit demselben Ziel auch einen Aktionsplan mit der Türkei abschließen. Ein Gipfel mit der Türkei soll Ende November, Anfang Dezember stattfinden. In beiden Fällen wird Kritik laut, dass die Union in der Flüchtlingskrise mit Staaten zusammenarbeitet, die demokratische Grundprinzipien verletzen.

Am vergangenen Mittwoch und Donnerstag hatten sich die 28 EU-Staaten zunächst mit den afrikanischen Partnern in Malta Hauptstadt Valletta getroffen. Es schloss sich ein informeller EU-Gipfel an, bei dem ebenfalls Migration im Mittelpunkt stand.

EU-Ratspräsident Donald Tusk machte deutlich, dass Europa nicht mehr viel Zeit bleibe: „Die Uhr tickt. Wir müssen schnell handeln.“

Den EU-Afrika-Gipfel zur Migration hatten die Staats- und Regierungschefs bereits im April abberaumt, bevor der Zustrom von Flüchtlingen aus Syrien über die Balkanroute massiv stieg. Mittlerweile kommt nur noch einer von sieben Flüchtlingen in Europa über die Mittelmeerroute aus Afrika. Mittel- und langfristig ist das Migrationspotenzial aus Afrika aber sehr hoch (siehe Seite 9). Deshalb will Europa vorsorgen. Dass direkt im Anschluss bei den Beratungen die Türkei in den Mittelpunkt rückte, zeigte, wie groß der akute Handlungsbedarf ist.

Für die Jahre 2016 und 2017 soll die Türkei drei Milliarden Euro bekommen, die gezielt die Lebensbedingungen syrischer Flüchtlinge im Land verbessern sollen. Im Gegenzug soll Ankara die Grenze nach Griechenland besser bewachen. Bei einem Testlauf hatte die Türkei kürzlich bewiesen, dass Grenzpatrouillen den Strom der

Flüchtlinge tatsächlich bremsen können. Die Türkei verlangt aber auch, dass ab Frühjahr 2016 die Visumpflicht für ihre Bürger entfällt. Dann würde sie Staatsbürger aus Drittstaaten wieder aufnehmen, wenn EU-Staaten sie zurückführen.

Die EU-Kommission hatte der Türkei erst in Bezug auf den Schutz von Grund- und Menschenrechten aufgeben. „Wir brauchen die Unterstützung der Türkei in der Flüchtlingsfrage“, betonten die SPD-Europaabgeordneten Knut Fleckenstein und Birgit Sippel in einer gemeinsamen Erklärung. „Das darf aber nicht heißen, dass wir sämtliche Werte in Bezug auf den Schutz von Grund- und Menschenrechten aufgeben.“

Der Aktionsplan mit den afrikanischen Ländern soll die tieferliegenden Ursachen der Migration bekämpfen. Dass er tatsächlich eine große Wirkung entfalten wird, erscheint aus heutiger Sicht ungewiss – zumal sich die Europäer schwer tun, ihre finanziellen Versprechen zu erfüllen. Ursprünglich sollten die EU-Mitgliedstaaten den Afrika-Fonds verdoppeln, für den die

EU-Kommission 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hat. Bisher haben aber nur 25 von 28 Ländern gezahlt und die Summe liegt bei mageren 78,2 Millionen Euro. Der Präsident des Niger, Issoufou Mahamadou, kritisierte, dass die Größe des Fonds bei weitem nicht ausreiche. Der CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge forderte, den Druck auf die Mitgliedstaaten, zum Fonds beizutragen, zu erhöhen. Bisher fließen 20 Milliarden Euro pro Jahr an Entwicklungshilfe von der EU und ihren Mitgliedstaaten nach Afrika.

Unterschiedlich interpretieren Europäer und Afrikaner die Passage zur Rückführung im Aktionsplan. Die Afrikaner hatten darauf gedrungen, dass es keinen Zwang zur Rücknahme von abgelehnten Asylbewerbern geben dürfe. Die Europäer legen die Textstelle jedoch genau so aus.

Künftig soll das Prinzip „mehr für mehr“ gelten. Afrikanische Länder können mit mehr Entwicklungshilfe rechnen, wenn sie Migrationsströme bremsen. Kritiker weisen darauf hin, dass so undemokratische Regime gestärkt würden. „Die Situation bei



35 afrikanische Staats- und Regierungschefs waren nach Malta gekommen, um mit der EU über eine engere Kooperation in der Flüchtlingsfrage zu beraten. © picture-alliance/dpa

Menschenrechten, demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit ist in vielen afrikanischen Staaten wie Libyen, Eritrea und Somalia sehr beunruhigend“, unterstreicht die liberale schwedische Europa-Abgeordnete Cecilia Wikström. „Es wäre deshalb falsch, wenn Europa versuchen würde, die Flüchtlingskrise in jene Länder zu verlagern, im Gegenzug für mehr Ent-

wicklungshilfe“, so Wikström weiter. Bei den legalen Möglichkeiten der Einwanderung machten die Europäer kleine Zugeständnisse. So sollen die Stipendien für Studenten und Forscher aus Afrika künftig verdoppelt werden. Silke Wettach

Die Autorin ist Korrespondentin der Wirtschaftswoche in Brüssel.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Der 36-jährige Bozo Petrov gewann mit seiner erst 2013 gegründeten Partei „Brücke“ auf Anhieb 19 Sitze im Parlament. Das Flüchtlingsthema spielte im Wahlkampf nur eine geringe Rolle, obwohl in den vergangenen Monaten mehr als 400.000 Flüchtlinge das Land durchquert haben.



picture-alliance/PIXSELL/Zeljko Lukunic

Schutz für den Südsudan

BUNDESWEHR I Die Bundeswehr beteiligt sich ein weiteres Jahr an der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS). Einem entsprechenden Antrag der Bundesregierung (18/6504) stimmten am vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung 517 Abgeordnete zu. 58 Abgeordnete – darunter die Linksfraktion und ein SPD-Abgeordneter – votierten mit Nein, zwei enthielten sich. Längstens bis zum 31. Dezember 2016 können damit bis zu 50 Bundeswehrosoldaten und zehn Polizisten vor Ort. Dagmar Freitag (SPD) räumte im Bundestag ein, dass UNMISS den Bürgerkrieg zwar nicht habe verhindern können. Ein stabiler Friedensaufbau sei aber ohne die weitere Unterstützung der internationalen Gemeinschaft „weder möglich noch vorstellbar“. Roderich Kiesewetter (CDU) betonte, im Südsudan herrsche eine Gemengelage, „die geradezu nach einem internationalen Engagement ruft“. Deshalb sei es auch richtig, dass Deutschland dort mehr Polizisten als Soldaten einsetze. Für Agnieszka Brugger (Grüne) ist UNMISS mit vielen Hilfsorganisationen „die Kraft im Land, die trotz aller Gefahren versucht, die Menschen zu schützen“. Indes warf Jan van Aken (Die Linke) der Bundesregierung vor, im Südsudan zu einseitig auf das Militärische zu setzen statt zivil zu intervenieren. *joh II*

Frischer Wind in Zagreb

KROATIEN Die junge Reformpartei von Polit-Newcomer Bozo Petrov wird zum Zünglein an der Waage

Mit Spannung waren die Parlamentswahlen in Kroatien – mit seinem Beitritt 2012 das jüngste Mitgliedsland der EU – erwartet worden. Nach dem überraschenden Sieg der Konservativen Kalinda Grabar-Kitarovic bei den Präsidentschaftswahlen 2014, rechnete das konservativ-nationale Lager unter Führung des Spitzenkandidaten Tomislav Karamarko fest mit einem Sieg über die sozialliberale Koalition des Ministerpräsidenten Zoran Milanovic.

Doch es kam ganz anders. Immerhin fast ein Fünftel der Wähler Kroatiens haben bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung von 60,8 Prozent zur Überraschung der großen Blöcke von Sozialliberalen und Nationalkonservativen mit der Wahl einer neuen reformorientierten Protestpartei geantwortet. Der neue Star der kroatischen Politik heißt Bozo Petrov. Der 36-jährige Psychiater schaffte es mit seiner erst 2013 gegründeten Partei „Most nezavisnih lista“ (Brücke unabhängige Liste) auf Anhieb, 19 Sitze im Sabor zu gewinnen und ist nun zu einem

Viele Wähler stimmten für die Partei, weil sie den Reformstau zum Thema gemacht hatte.

Zünglein an der Waage geworden. Viele Wähler stimmten für die neue Partei, weil sie den Reformstau in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zum Thema gemacht hatte. Petrov selbst gelang es, in seinem Wahlkreis mehr als 60 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Die nahe der südlichen Grenze zu Bosnien-Herzegowina liegende Stadt Metkovic wurde nach seinem Erfolg bei den Bürgermeisterwahlen 2013 Ausgangspunkt für eine Sammlungsbewegung von Reformern, die sich sehr schnell im gesamten Land ausbreiten konnte.

„Wir sind keine Regional-, sondern eine Reformpartei“, erklärte Petrov schon damals. Die Wahlergebnisse bestätigten ihn: Selbst in der Hauptstadt Zagreb konnte die Partei auf Anhieb fast 18 Prozent erreichen.

Im Gegensatz zu den Altparteien, die im Wahlkampf mit dem Versprechen wetteiferten, Tausende neue Arbeitsplätze zu schaffen, erklärte Petrov, sein Reformprogramm würde vielen Leuten Schmerzen bereiten. Ohne empfindliche Einschnitte in das bisherige System könne Kroatien in der Europäischen Union nicht vorwärtskommen. Er kündigte an, seine Partei werde eine künftige Regierung nur dann unterstützen,

wenn sie Reformen bei der Justiz und der öffentlichen Verwaltung vorantreibe. So sollten die Bedingungen für Unternehmen verbessert und das monetäre System verändert werden. Der Staat sollte dezentralisiert und die Gemeinden gestärkt werden.

Nach der Wahl kann keiner der beiden großen Blöcke ohne Petrovs „Brücke“ regieren. Zwar hatte sich die konservativ-nationalistische HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) zusammen mit ihren Bündnispartnern im Wahlbündnis „Domoljubna koalicija“ (Heimatliebende Koalition) am Wahlabend zunächst als Siegerin gefühlt. Doch sie musste erkennen, dass die von ihr gewonnenen 59 Mandate zu wenig sind, um die Mehrheit im 151 Sitze umfassenden Sabor zu erreichen. Sogar mit den Stimmen von wahlberechtigten Kroaten aus dem Ausland – vor allem aus den Kroatengebieten in Bosnien-Herzegowina – erreichte die HDZ lediglich ein Patt mit den Parteienbündnis der Sozialliberalen „Hrvatska raste“ (Kroatien wächst). Das kam zusammen mit der regierungsfreundlichen Regionalpartei aus Istrien, IDS, ebenfalls auf 59 Sitze. Auch wenn die Sozialliberalen noch mit den Stimmen kleinerer Parteien

Die Regierungsbildung wird sich angesichts der konfusen Konstellation hinziehen.

und aus dem Lager der acht Minderheitenvertreter rechnen können, reicht es für sie nicht.

Der von der katholischen Kirche unterstützte Spitzenkandidat der HDZ, der ehemalige Geheimdienstchef Tomislav Karamarko, versuchte zwar schon am Wahlabend, den vorher bekämpften Bozo Petrov für sich einzunehmen, bisher aber ohne Erfolg. Petrov schloss eine Koalition auch mit dem sozialliberalen Lager aus, da die bisherige Regierungskoalition in Bezug auf Reformen nur leere Versprechungen abgegeben habe. Er stellte zunächst jedoch die Duldung einer Minderheitenregierung in Aussicht, sprach in den vergangenen Tagen aber auch von der Möglichkeit einer Allparteienregierung.

Die Regierungsbildung wird sich, da sind sich alle politischen Analytiker in Kroatien einig, angesichts dieser konfusen Konstellation hinziehen. Der bekannte Sozialwissenschaftler Zarko Puhovski sieht eine Allparteienregierung als unrealistisch an. Außerdem sei noch nicht klar, ob die Protestpartei überhaupt in der Lage ist, sich als eigenständige Kraft zu behaupten oder sich spaltet, erklärte er.

Da die kroatische Regierung das Flüchtlingsdrama bisher gut bewältigt hat, lieferte das Thema im Wahlkampf wenig Angriffspunkte für die Opposition. Die Flüchtlinge spielten darin entgegen anderslautenden Meldungen im Ausland nur eine geringe Rolle.

Fast 400.000 Flüchtlinge Der kroatischen Regierung ist es gelungen, seit Beginn des Flüchtlingsstretks durch Kroatien bis zum 12. November 363.000 Menschen durchs Land zu schleusen, zunächst nach Ungarn, seit dem 16. Oktober nach Slowenien. Die Flüchtlinge werden direkt von der serbischen Grenze mit Bussen und Zügen zu einem neuen, winterfesten Lager nach Slavonki Brod gebracht, dort registriert und betreut und dann an die slowenische Grenze weitergeleitet. Die kroatische Bevölkerung kommt so gar nicht in Kontakt mit den Flüchtlingen. Mit dem Bau eines Grenzzauns in Slowenien und einem möglichen Rückstau könnte sich die Lage jedoch dramatisch verschärfen.

Kroatien bleibt aber trotz der komplizierten Regierungsbildung handlungsfähig in Bezug auf das Flüchtlingsthema. Die Regierung Zoran Milanovic kann nach der Verfassung noch drei weitere Monate im Amt bleiben. *Erich Rathfelder II*

Der Autor ist taz-Korrespondent für Kroatien und Bosnien-Herzegowina.

Anzeige

»Ohne die Frauen wird sich bei uns nichts ändern«

AFGHANISTAN Die neue Einheitsregierung will bis Mitte 2016 ein Programm zur Stärkung von Frauen vorlegen

Afghanistan, das sei „der schlimmste Ort, an dem ein Mädchen zur Welt kommen kann“. Mit diesen Worten hat eine afghanische Frau der Journalistin Jenny Nordberg die Lage in ihrem Heimatland beschrieben. Die Pulitzer-Preisträgerin hat während der Recherchen für ihr jüngstes Buch eine interessante Entdeckung gemacht: Immer häufiger geben sich junge Afghaninnen als Jungen aus, um endlich das tun zu können, was Frauen in ihrer Heimat oft verwehrt wird: zur Schule oder zur Arbeit gehen, Sport treiben, frei und selbstbestimmt leben.

Im Entwicklungsausschuss des Bundestages berichtete in der vergangenen Woche auch die afghanische Ministerin für Arbeit und Soziales, Nasrin Oryakhil, von der schwierigen Lage der Frauen in ihrem Land. Zwar seien sie Männern inzwischen vor dem Gesetz gleich gestellt, erklärte sie. Doch die Realität sehe oft anders aus. Diskriminierungen und Gewalt gegen Frauen seien alltäglich, viele dürften das Haus nicht verlassen. Die Folge sei, dass 80 Prozent aller afghanischen Frauen weder lesen noch schreiben könnten. Nur 29 Prozent gingen einer geregelten Vollzeitstätigkeit nach.

Die junge Ministerin, eine von vier Frauen im 25-köpfigen Kabinett des neuen Regierungschefs Abdullah Abdullah, will das an-

dem. Bis Mitte des kommenden Jahres will die neue Einheitsregierung in Kabul einen Plan zur Stärkung von Frauen vorlegen, kündigte Oryakhil im Ausschuss an. Ziel sei es, damit in fünf bis zehn Jahren mindestens zwei Millionen Frauen zu erreichen, beispielsweise, indem ihnen eine Berufsausbildung ermöglicht werde. „Wenn wir die Position der Frauen in Afghanistan

nicht stärken, wird sich bei uns nichts ändern“, stellte Oryakhil klar. Die internationale Gemeinschaft bat sie um Unterstützung bei der Umsetzung des Plans. Damit er gelingen könne, müssten „starke Systeme und Strukturen“ geschaffen werden. Neben Oryakhil war auch die „First Lady“ Afghanistans, Rula Ghani, in den Entwick-

lungsausschuss gekommen. Die Frau des Staatspräsidenten Aschraf Ghani – eine im Libanon geborene Christin – lobte unter anderem das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ins Leben gerufene Programm zur Förderung der beruflichen Bildung in Afghanistan. Sie sei „sicher“, betonte Ghani, dass dieses Programm sehr erfolgreich sein werde. Nach Angaben des BMZ werden derzeit 18.829 afghanische Jugendliche an 35 Berufsschulen im Land ausgebildet, der Anteil von Frauen betrage 23,4 Prozent.

Den internationalen Gebern gab Ghani einen Rat: Bei der Beschreibung ihrer Projekte in Afghanistan sollten sie die Betonung lieber nicht auf die Stärkung von Frauenrechten legen, sondern vielmehr auf die Bedeutung der Familie und des gegenseitigen Respekts. Nur so könne man in einem Land wie Afghanistan auch bei den Männern die nötige Akzeptanz für Maßnahmen erreichen. *Johanna Metz II*



Als „dramatisch“ wertet die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch die Lage von Frauen in Afghanistan. *picture-alliance/dpa*

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de/parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Drangsalierte Aktivisten

MENSCHENRECHTE I Der UN-Sonderberichterstatter für die Situation von Menschenrechtsverteidigern, Michel Forst, warnt vor neuen Formen der Repression gegenüber Journalisten, Juristen, Wissenschaftlern und Gewerkschaftlern, die sich für die Menschenrechte einsetzen. „Menschenrechtsverteidiger werden zur Zielscheibe“, sagte Forst vergangene Woche im Menschenrechtsausschuss. Akteure, die sich im Bereich Rohstoffe, Bergbau und Umwelt engagieren, hätten in einigen Ländern nicht mehr nur mit Druck staatlicher Stellen zu rechnen, sondern auch von privaten Unternehmen. Es gebe zudem Drohungen religiöser Gruppen gegen Menschenrechtsverteidiger – etwa in Lateinamerika durch Kirchen, die sich gegen Aktivisten für Homosexuellenrechte wenden würden. Der UN-Diplomat verwies darauf, dass einige Staaten neue Formen der Drangsaliierung finden würden – etwa durch die Anwendung von Anti-Terror-Gesetzen gegen Menschenrechtsverteidiger sowie durch die Einschränkung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen. Forst berichtete außerdem, dass sich eine Reihe von Staaten weigerten, ihn als UN-Sonderberichterstatter offiziell einzuladen. Es sei in diesen Fällen hilfreich, wenn die dortigen Botschaften europäischer Länder eine offizielle Einladung aussprechen, um Treffen mit Menschenrechtsaktivisten vor Ort zu ermöglichen. *ahc*

Ratifizierung des UN-Sozialpakts

MENSCHENRECHTE II Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sind mit ihrer Initiative zur Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt der Vereinten Nationen gescheitert. Ein gemeinsamer Antrag (18/4332) der Oppositionsfraktionen wurde vergangene Woche von den Fraktionen von CDU/CSU und SPD abgelehnt.

Der UN-Sozialpakt ist ein internationales Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das im Jahr 1966 verabschiedet wurde und 1976 in Kraft trat. Die UN-Generalversammlung verabschiedete dazu im Jahr 2008 ein so genanntes Fakultativprotokoll. Es sieht unter anderem vor, dass Einzelpersonen beim zuständigen UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Beschwerde einlegen können, wenn sie ihre im Sozialpakt verankerten Rechte verletzt sehen. Das Fakultativprotokoll trat 2013 in Kraft und wurde bislang von 17 Staaten ratifiziert. 45 Staaten, darunter Frankreich, Irland und Italien, haben das Protokoll unterschrieben und damit ihre Ratifizierungsentscheidung bekundet. Von deutscher Seite wurde das Fakultativprotokoll bislang weder unterschrieben noch ratifiziert. *ahc*

Schiedsgerichte im Fokus

EUROPA Die Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof (EuGH), Juliane Kokott, teilt die weit verbreiteten Bedenken gegenüber dem Investorenschutz im Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) nicht. Dass Investoren Staaten vor Schiedsgerichten verklagen könnten, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen, sei für sie als Völkerrechtlerin „selbstverständlich“, sagte Kokott vergangene Woche im Europaausschuss. Zudem berücksichtige die Kritik an den Schiedsgerichten, die ad-hoc von den Streitparteien einberufen würden und mit anerkannten Juristen besetzt seien, die Reformen der vergangenen Jahre unzureichend. So können Schiedsgerichtsverfahren heute transparenter sein als Verfahren an deutschen Gerichten oder am EuGH. Skeptisch sah Kokott den Reformvorschlag von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, ein internes Investitionsgericht mit fest ernannten, qualifizierten Richtern und Berufungsmöglichkeiten zu schaffen. Es sei fraglich, ob eine solche Institution von den USA akzeptiert würde, betonte die Juristin. Außerdem sei das Gericht möglicherweise nicht mit dem Unionsrecht vereinbar. Auch Konflikte mit dem EuGH seien denkbar. Die Abgeordneten machten einmal mehr deutlich, dass sie TTIP als gemischtes Abkommen zwischen der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten betrachten. Die nationalen Parlamente müssten es daher ratifizieren. Kokott entgegnete, in den EU-Verträgen sei „unstrittig“ festgelegt, dass die Außenhandelskompetenz bei der EU liege. Folglich sei allein das Europäische Parlament für die Ratifizierung zuständig. *joh*



Vertreter einer OSZE-Beobachtermission und ein Vertreter des russischen Militärs inspizieren im März 2015 den Flughafen Donezk, der zuvor Schauplatz heftiger Gefechte zwischen ostukrainischen Separatisten und ukrainischen Regierungstruppen gewesen war. © picture-alliance/dpa

Arbeiten am Fundament

OSZE Die Bundesregierung will den deutschen Vorsitz 2016 für eine Lösung des Ukraine-Konflikts nutzen

Die Erwartungen sind groß, die Aufgaben sind es auch: 2016 wird Deutschland für ein Jahr den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) übernehmen. Größte Herausforderung dürfte sein, das im Ukraine-Konflikt verloren gegangene Vertrauen in der Sicherheitsarchitektur Europas wieder zu gewinnen – das stellte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) vergangene Woche im Bundestag klar. „Vertrauensbildung fällt nicht vom Himmel. Die entsteht nur durch Zusammenarbeit bei ganz konkreten Themen.“

Alle vier Fraktionen setzen sich für eine stärkere Rolle der OSZE ein. Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD fordern die Bundesregierung in ihrem Antrag (18/6641) auf, den Schwerpunkt des OSZE-Vorsitzes auf das Krisenmanagement zu legen, vor allem auf die Überwindung der Ukraine-Krise, aber auch auf die weiteren Konflikte im OSZE-Raum wie in Abchasien, Südossetien, Berg-Karabach, Transnistrien. Die Linksfraktion fordert in ihrem Antrag (18/5108) unter anderem weitgehende Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsinitiativen. Auch die Grünen (18/6199) treten für einen „umfassenden Ansatz zur Abrüstung

»Vertrauen fällt nicht vom Himmel, es entsteht durch Zusammenarbeit.«

Frank-Walter Steinmeier, Außenminister (SPD)

und Rüstungskontrolle im OSZE-Raum“ ein, darüber hinaus jedoch auch für eine Stärkung der in der Helsinki-Schlussakte niedergelegten „menschlichen Dimension“ („Korb III“). Alle drei Anträge wurden vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen. „Wir übernehmen den Vorsitz in stürmischen Zeiten“, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in der Debatte. Die Sicherheitsarchitektur auf dem Kontinent sei mehr als auf die Probe gestellt, weil Russland, einer der OSZE-Gründerstaaten, mit der Annexion der Krim die Unverletzlichkeit der Grenzen in Frage gestellt und verletzt habe. Auch wenn man noch weit von einer Lösung des Ukraine-Konfliktes entfernt sei, gebe es Anlass zur Hoffnung: Der seit zwei Monaten anhaltende Waffenstillstand sei nicht nur Verdienst einiger Außenminister, sondern insbesondere der OSZE mit ihren Gesprächsformaten und ihren Beobachtermissionen.

Helsinki-Prozess Es müsse im kommenden Jahr darum gehen, den „Geist von Helsinki“ aus dem Jahre 1975 nicht nur wach zu halten, sondern mit neuen Instrumenten und Foren, mit vertrauensbildenden Maßnahmen und wechselseitiger Rüstungskontrolle zu erneuern. „Ich weiß, dass die Er-

wartungen groß sind“, sagte Steinmeier. Niemand könne sagen, welche sich erfüllen lasse. Die Erinnerung an Helsinki verpflichte Deutschland jedoch, diese Aufgabe anzunehmen: „Wir kennen die Zukunft nicht, aber wir wissen: Sie ist offen.“ Katrin Kunert (Die Linke) erinnerte an verpasste Chancen nach dem Ende des Kalten Krieges: „Die OSZE hätte als ein System kollektiver Sicherheit die Nato ersetzen können. Diese Chance ist vertan worden.“ Stattdessen sei die Nato in Osteuropa immer näher an Russland herangerückt – und seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sei es zu einer verschärften Aufrüstung im Namen des „Kriegs gegen den Terror“ gekommen. „Das Vertragswerk zur Abrüstung der konventionellen Waffensystemen ist ein Trümmerhaufen“, sagte Kunert. Konkret müsse es darum gehen, die Kompetenzen der OSZE zur Konfliktverhütung zu erweitern. Die Organisation müsse sich wieder den großen Fragen widmen: „Wir brauchen einen Sicherheitsvertrag von Vancouver bis Wladivostok“, sagte Kunert. „Wir fordern von der Bundesregierung einseitige Abrüstungsschritte, notfalls gegen den Widerstand der USA.“ Dazu gehöre, sämtliche Atomwaffen aus Deutschland abziehen.

»Die OSZE hätte die Nato ersetzen können. Diese Chance ist vertan worden.«

Katrin Kunert (Die Linke)

Jürgen Hardt (CDU/CSU) wies mit Blick auf die Aufrüstung Russlands die Behauptung zurück, dass die Nato eine Rüstungsspirale antreibe. Auch die Beschlüsse des Nato-Gipfels in Wales 2014 seien keine Aktion, sondern eine Reaktion auf Russlands Vorgehen in der Ukraine gewesen.

Hardt nannte die KSZE-Schlussakte aus dem Jahre 1975 den vielleicht „wirkungsmächtigsten völkerrechtlichen Vertrag des 20. Jahrhunderts“. Wichtigster Schlüssel zur Überwindung der Konfrontation zwischen Ost und West sei damals die Vertrauensbildung gewesen und hier gelte es auch mit Blick auf den Ukraine-Konflikt wieder anzuknüpfen. Hardt forderte dafür eine gewisse Öffnung für Gespräche ein: „Bei allen Vorbehalten, die wir haben, und trotz der Sanktionen, die wir gegen einzelne Personen in Form der Einschränkung ihrer Freizügigkeit in Europa ausgesprochen haben – zum Beispiel gegen russische Politiker wegen der Besetzung der Krim –, sollten wir dafür sorgen, dass wir, sowohl wenn Europarats- als auch OSZE-Konferenzen durchgeführt werden, zusammentreffen können.“

Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte an die „Sprengkraft“ der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, die

mit dazu beigetragen habe, „Polizeistaat und Repression“ in Osteuropa nach 1989 zu überwinden. Die Hoffnung auf Freiheit, Demokratie und die Geltung der OSZE-Prinzipien in ganz Europa sei jedoch 2008 in Georgien und noch viel stärker 2014 in der Ukraine „durch die gewalttätige Abtrennung und später sogar Annexion der Krim und die Aggression im Donbass“ erschüttert worden.

Es stehe die Frage im Raum, warum die selbst auferlegten Regeln der OSZE-Mitglieder nicht geübt haben, wie sich solche Regelverletzungen künftig vermeiden und wie sie sich womöglich sanktionieren lassen. „Allein die Einhaltung von Recht und Regeln garantiert Sicherheit, Schutz und Vertrauen“, sagte Beck.

Nachbarn Auch Franz Thönnies (SPD) sprach sich für das Festhalten an den OSZE-Grundprinzipien aus: An Gewaltverzicht, an der Unverletzlichkeit der Grenzen, an der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und an der Achtung der Menschenrechte gebe es „nichts zu rütteln“. Thönnies erinnerte an das gemeinsame Interesse mit Russland, einen gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raum vom Atlantik bis zum Pazifik zu schaffen. Ein Mosaikstein dafür wäre, wenn die EU und Russland in einen regelmäßigen Dialog über ihre jeweilige Nachbarschaftspolitik treten würden – „und zwar unter Einbeziehung der Nachbarn, nicht über die Köpfe der Nachbarn hinweg“. *Alexander Heinrich*

Später Triumph für Aung San Suu Kyi

MYANMAR Die Opposition feiert ihren überragenden Sieg bei der ersten freien Wahl seit 25 Jahren. Das einflussreiche Militär sichert Zusammenarbeit zu

Aung San Suu Kyi ist dort angekommen, wo sie schon immer hin wollte: Die Friedensnobelpreisträgerin und ihre „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) gehen als überragende Sieger aus Myanmars erster freier Wahl seit 25 Jahren hervor. Mit ihrem Votum haben die 33 Millionen Wähler der NLD im Parlament eine absolute Mehrheit verschafft und damit gezeigt, was sie von der Macht des Militärs in ihrer Heimat halten.

Zwar dauerte es bis zum Freitag vergangener Woche, bis das Ergebnis offiziell bekanntgegeben werden konnte. Zermürbend langsam wurden die Stimmen ausgezählt und die Resultate der einzelnen Wahlkreise, Ortschaften und Distrikte publik gemacht. Und dennoch war die Wahl am vorvergangenen Sonntag – das gab Suu Kyi in einem Interview zu Protokoll – „überwiegend frei“ verlaufen. Ein paar Unregelmäßigkeiten waren gemeldet worden: Schmiergeldangebote waren gefallen, „Phantomwähler“ tauchten auf den Listen auf. Doch weder gab es gewaltsame Zusammenstöße, noch offensichtliche und großangelegte Wahlfälschungsversuche. Noch am Sonntagabend hatte Alexander Graf Lambsdorff, Chef der EU-Wahlbeobachter und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, erklärt, er sei zufrieden mit dem Ablauf. Die Wahlbeteiligung lag bei 80 Prozent.

Bereits am Tag nach der Wahl, als erste Ergebnisse häppchenweise nach außen drangen und sich abzeichnete, dass die NLD allerorts in Myanmar die Kandidaten der dem Militär nahe stehenden regierenden „Partei für Einheit, Solidarität und Entwicklung“ (USDP) geschlagen hat, hatten zahlreiche Regierungskader ihre persönlichen Niederlagen eingestanden. Am vergangenen Mittwoch zeigte sich auch der Präsident als guter Verlierer und ließ über seinen Sprecher vermelden: „Präsident Thein Sein möchte zunächst den Menschen von Myanmar für diesen freien, fairen und sehr friedlichen Wahltag danken. Und zweitens möchte er auch der NLD zu ihrem Wahlerfolg gratulieren und ihnen wünschen, dass es ihnen gelingt, die Wünsche der Bevölkerung in der Zukunft zu erfüllen.“

Auch der mächtige Armeeführer Min Aung Hlaing versicherte via Facebook, das Militär werde mit der neuen Regierung zusammenarbeiten. Zuvor hatten die Regierenden wiederholt versprochen, sie würden das Wahlergebnis akzeptieren. Damit wäre eine der Hauptfragen der NLD – und der internationalen Gemeinschaft – vom Tisch: Dass die alte Regierung ein für sie unliebsames Wahlergebnis wie 1990 kurzerhand wieder annullieren könnte. Die Generale hatten zwar 2011 selbst den Reformprozess angestoßen,

doch die Demokraten trauen dem Braten noch immer nicht – zumal die Repressionen der Regierung zuletzt wieder zugenommen hatten. Auch ohne das endgültige Ergebnis ist klar, dass die NLD künftig in Myanmars Parlament das Sagen haben wird. Auch wenn weiterhin ein Viertel der 664 Parlamentsitze in der Hand der Armee bleibt, wird diese die Macht im Land offiziell teilen müssen.



Aung San Suu Kyi

Aung San Suu Kyi selbst kann nicht Präsidentin werden, das verbietet die Verfassung durch eine eigens von der Junta für sie erfindenen Klausel: Sie war mit einem Briten verheiratet und auch ihre Kinder haben ausländische Pässe. Sie bleibt zunächst Abgeordnete für ihren Wahlkreis Kawhmu. Doch das wird die 70-Jährige nicht vom Regieren abhalten: „Es wird mich nicht daran hindern, sämtliche Entscheidungen zu treffen“, hatte sie nach der Wahl in einem Interview erklärt. Noch vor der Wahl hatte Suu Kyi angekündigt, sie werde einfach über dem Präsidenten stehen – nirgendwo in der Verfassung stünde geschrieben, dass das nicht erlaubt sei. In einem Brief an Präsident Thein Sein, den Armeeführer Min Aung Hlaing und den mächtigen Parlamentssprecher Shwe Mann, dessen Name bereits als künftiger Präsident kursiert, bat sie nun um ein Treffen, um über „eine friedliche Implementierung des Volkswillens“ und die „nationale Versöhnung“ zu sprechen.

Die politische Agenda ist lang und wird sich bis ins kommende Jahr hineinziehen: Ein Waffenstillstand mit einer Reihe von Rebellen Gruppen muss abgeschlossen werden. Die Rechte der muslimischen Rohingya Minderheit, die bei der Wahl nicht dabei sein durften, müssen auf's Tapet, das

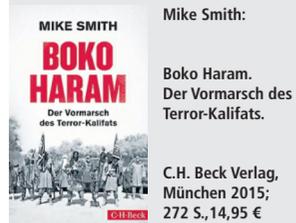
fordern Menschenrechtsgruppen und auch US-Präsident Barack Obama, der zum Wahlablauf und -ausgang gratulierte. Noch sind einige Handelsanktionen verhängt, für ihre Aufhebung will die internationale Gemeinschaft konkrete Veränderungen sehen. Wirtschaftsreformen tun Not, doch in dieser Frage blieb die NLD bisher recht vage. Es fehlt ihrer Führung an Erfahrungen.

Die „Lady“ hat eine Regierung der nationalen Einigung versprochen. Auch wenn viele ihrer glühenden Anhänger die schmale Frau mit der ewigen Blume hinterm Ohr für einen Engel halten, ist sie eine Realpolitikerin. Im Wahlkampf brauchte sie kein Programm oder Visionen, sie stand einfach für das Ende der Militärdiktatur, für ein Licht nach den dunklen Zeiten. Das hat gereicht. Jetzt aber muss sie konkrete Regierungsschritte einleiten, eine Koalition verhandeln, einen Präsidenten bestimmen – zum ersten Mal in ihrem Leben. Der Wandel muss gestaltet werden. „Ob wir es besser können, als die Regierung?“, fragte sie jüngst herausfordernd. „Schlimmer kann es ja nicht mehr kommen!“ *Sophie Mühlmann*

Die Autorin berichtet als Korrespondentin der „Welt“-Gruppe für Süd- und Südostasien aus Singapur.



KURZ REZENSIIERT



MIKE SMITH
Boko Haram.
Der Vormarsch des Terror-Kalifats.
 C.H. Beck Verlag, München 2015; 272 S., 14,95 €

„Es ist besser, die ganze Welt wird zerstört, als dass das Blut eines einzigen Muslim vergossen wird“. So verkündete es Mohammed Jusuf, Gründer der salafistischen Terrorgruppe „Boko Haram“ (zu deutsch: „Bildung verboten“), im Jahr 2009 in einem Video. Im April 2014 erlangte die Terrorbewegung zweifelhaft internationale Berühmtheit, nachdem sie fast 300 Schülerinnen entführt hatte.

Mike Smith, Journalist der Nachrichtenagentur Agence France-Presse, beobachtete Boko Haram jahrelang vor Ort. In seinem hervorragend recherchierten Buch beschreibt er die Entstehungsgeschichte und die Aktivitäten der Bewegung: Neben ihrem Kampf gegen die „westliche Demokratie“, die „unislamische westliche Bildung“ und rechtsstaatliche Strukturen erklärte die Organisation auch Nigerias „korrupter Regierung und deren Sicherheitskräften“ den Krieg. Dabei schreckt sie nicht davor zurück, Mädchen als Selbstmord-Attentäterinnen einzusetzen.

Smith führt die regionalen Erfolge von Boko Haram vor allem auf den wirtschaftlichen Niedergang des islamischen Norden Nigerias zurück. Zwar gelang es der britischen Kolonialregierung, dort einige Schulen zu gründen. Allerdings wurde den christlichen Missionen, die im Süden des Landes ein Bildungswesen nach westlichem Vorbild aufbauten, der Zugang zum Norden verwehrt.

„Neben kulturellen und historischen Faktoren sind jedoch vor allem die legendäre Korruption und Misswirtschaft in Nigeria verantwortlich für den desolaten Zustand des Nordostens und des Landes insgesamt“, betont der Smith. Daher hätten die Nigerianer aller Ethnien und Regionen jegliches Vertrauen in ihre Regierung verloren. Erschwerend komme die „Ersünde“ des Kolonialismus hinzu: Aus diversen traditionellen Gesellschaften und Hunderten von ethnischen Gruppen wurde das heutige Nigeria willkürlich zusammengewürfelt. Das westafrikanische Land „ist nur dem Namen nach ein Nationalstaat“.

manu ||

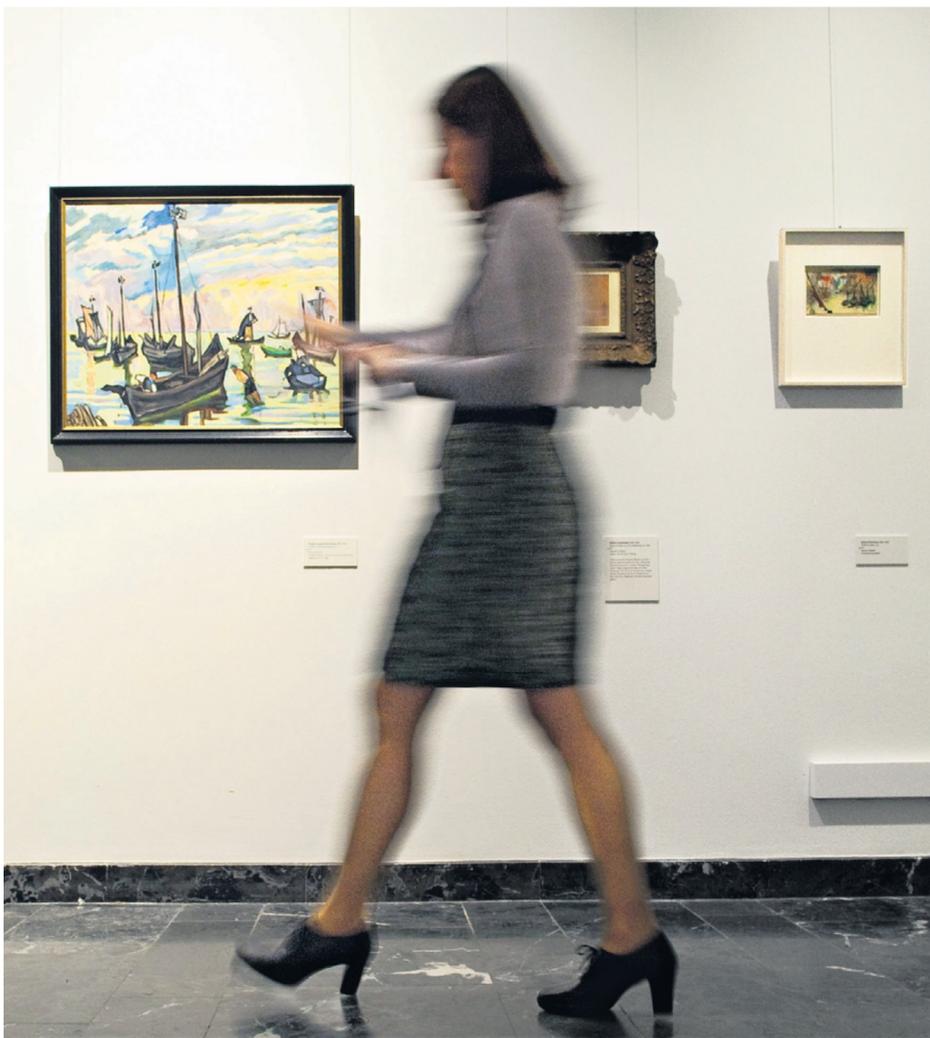


Ahmad Mansour:
Generation Allah.
 S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2015; 271 S., 19,99 €

Ahmad Mansour ist „das Umdenken“ gelungen. Als Jugendlicher lief er in Israel geborene Palästinenser selbst Gefahr, das „radikale Denken“ des Islamismus zu übernehmen. Der seit 2004 in Deutschland lebende Diplom-Psychologe ist davon überzeugt, dass auch die meisten der gefährdeten muslimischen Jugendlichen in Deutschland in der westlichen Wertegemeinschaft ankommen können. Vorausgesetzt, man unterstützt sie dabei.

Doch wie soll diese Hilfe aussehen? Und wo müssen die Schwerpunkte des Kampfes gegen die Radikalisierung liegen? Mansour versucht, in seinem wichtigen und sehr empfehlenswerten Buch Antworten aus der Praxis zu geben. Wie Olivier Roy in Frankreich fordert er ein Umdenken gegenüber den muslimischen Jugendlichen. Sie sollten als Teil der Gesellschaft akzeptiert werden in dem Bewusstsein, dass sie in zwei Wertewelten leben müssten: Einerseits in ihren patriarchalisch und islamisch-religiös geprägten Familien, andererseits in einem demokratischen Rechtsstaat. Es sei kontraproduktiv, undifferenziert zu erklären, der Islam gehöre zu Deutschland. „Das tut er nicht. Ein Islamverständnis, das mit den Werten der Demokratie vereinbar ist, gehört zu Deutschland. Die Muslime gehören zu Deutschland“. Dies gelte jedoch nicht für den politischen Islam und ein ideologisch aufgeladenes Islamverständnis. Der Psychologe ist kein aus dem universitären Elfenbeinturm heraus agierender Wissenschaftler. Das Gegenteil ist richtig: Mansour sieht sich als Fußsoldat im Kampf gegen die Radikalisierung der muslimischen Jugendlichen. Dazu organisiert er Seminare gegen Salafisten und reist in ganz Deutschland zu Jugendlichen islamischer Konfession. Die Politik fordert er auf, die Mittel für eine langfristige Präventionsarbeit bereitzustellen, wenn die Islamisten besiegt werden sollen. Den Verantwortlichen vor Ort empfiehlt er konkrete Strategien, um eine Radikalisierung der Jugendlichen zu verhindern. Mansour ist sich sicher: Der Kampf „Wir gegen die Radikalen“ ist zu gewinnen.

manu ||



Ausnahmereise: Jutta Götzmann, Direktorin des Potsdam Museums, läuft durch die Ausstellung „Künstlerinnen der Moderne“, die ihr Haus bis Ende Januar 2016 präsentiert.

© picture-alliance/ZB

Männerbastion

KULTUR UND MEDIEN Grüne und Expertinnen fordern die Frauenquote für staatliche Förderungen und Einrichtungen

Sie gilt seit jeher als besonders progressiv, wenn es um die großen gesellschaftlichen Fragen geht. Und doch beweist die Kulturszene sich in einer Frage als ebenso rückständig, mitunter sogar widerspenstig, wenn es um die Frage geht, ob ein Mann oder eine Frau den Ton angeben oder die Regie führen soll. Frauen sind in den Führungs- und Schlüsselpositionen der Kulturbranche mitunter noch seltener anzutreffen als in den Vorstandsetagen großer Industriekonzerne. „Ein erstaunlicher Widerspruch“, wie Siegmund Ehrmann (SPD), der Vorsitzende des Kulturausschusses, gleich zum Auftakt einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses in der vergangenen Woche befand. Um sich ein konkretes Bild von der Situation von Frauen in der Kulturbranche zu machen und um zu erörtern, ob staatliche

Eingriffe helfen können, der Gleichstellung der Geschlechter auf die Sprünge zu helfen, wie dies die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag fordert, hatte der Ausschuss sechs Expertinnen geladen.

Geld und alte Männer Die freie Publizistin und Kuratorin Adrienne Goehler, vom Sommer 2001 bis zum Januar 2002 war sie Berliner Kultursenatorin in der rot-grünen Übergangsregierung, präsentierte dem Ausschuss zwei knackige Thesen, warum Frauen so selten an den Schlüsselstellen der Kulturbranche anzutreffen sind. Die Leitung eines Museums oder eines Theaters würde Frauen immer dann angeboten werden, wenn das Geld knapp wird und der Glamour schwindet. Und an den entscheidenden Stellen saßen all zu oft „alte Männer“, die Stellenbesetzungen auskugelten, stellte Goehler fest.

Die Filmemacherin Maria Mohr, Vorstandsmitglied im Verein Pro Quote Regie, bestätigte Goehlers These. Je größer das Budget eines Films, desto geringer sei die Chance, dass eine Frau auf dem Regiestuhl oder an einer anderen entscheidenden Position der Produktion sitze. Bei lediglich einem von fünf deutschen Filmen führe eine Frau Regie. Dies liege aber mitnichten am mangelnden weiblichen Nachwuchs, befand Mohr. Immerhin seien 40 Prozent der Absolventen des Fachs Regie an den Filmhochschulen Frauen. Auch bei staatlich geförderten Filmproduktionen sieht es nach Angaben Mohrs nicht besser aus. Von 115 Filmprojekten im Jahr 2013, die Bundesmittel aus dem Filmförderfonds erhielten, hätten nur bei 13 Filmen Frauen Regie geführt. Auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen hat offenbar Nachholbedarf in Sachen Gleichberechtigung. Ledig-

lich elf Prozent der Regie-Aufträge ginge an Frauen, führte Mohr an.

Für die Filmemacherin ist die Sache klar: Quoten müssen her. Und zwar überall dort, wo öffentliche Gelder in die Filmförderung fließen. Die geplante Novelle des Filmförderungsgesetzes müsse genutzt werden, um die Vergabe von Fördermitteln mit der Auflage zu verbinden, Regisseurinnen und Filmemacherinnen gleichberechtigt zu fördern. Die Einführung solcher Quoten sei keine Wettbewerbsverzerrung, wie immer wieder behauptet werde, sondern die Bereinigung eines verzerrten Wettbewerbs. Goehler pflichtete bei: Quoten seien zwar „fies und antidemokratisch“, aber dies sei die Realität für Frauen im Kulturbereich auch.

Forderung an den Bund Diese Forderung deckt sich mit dem Antrag der Grünen. Sie machen sich dafür stark, dass der Bund bei den durch ihn finanzierten oder bezuschussten Institutionen und Projektträgern eine geschlechterparitätische Vergabe von Führungspositionen, Intendanten, Stipendien und Werksverträgen sowie bei der Besetzung von Orchestern und bei Ausstellungen von Werken zeitgenössischer Künstler festlegt – soweit dem keine künstlerischen Vorgaben entgegenstehen. Dies müsse auch bei der Besetzung von Jurys zur Auswahl von Preisen, Förderprogrammen und Projekten gelten. Zudem soll die Bundesregierung nach dem Willen der Grünen auf die Bundesländer einwirken, ebenfalls entsprechende Förderkriterien festzulegen.

Für eine paritätische Besetzung etwa von Gremien und Jurys im Kulturbetrieb sprach sich auch die Geschäftsführerin des Frauenkulturbüros Nordrhein-Westfalen aus. Ebenso müssten bei staatlichen Museen darauf geachtet werden, dass die Werke von Künstlerinnen bei Ankäufen und Ausstellungen gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Besonders abhängig von Ankäufen und Ausstellungen sind vor allem freischaffende Künstler. Und auch unter ihnen steht es um die Frauen nicht zum besten. Die stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates, Gabriele Schulz, verwies darauf, dass der Anteil von freiberuflichen Künstlerinnen, die in der Künstlersozialkasse versichert sind, von 1995 bis 2010 deutlich gestiegen sei und sich mit Ausnahme der Musikbranche dem Anteil der Männer angepasst habe. Allerdings liege ihr durchschnittliches Jahreseinkommen weiterhin deutlich unter dem ihrer männlichen Kollegen. Die Situation freiberuflicher Künstler sei in vielen Fällen prekär, die von Frauen aber deutlich öfter.

Buchbranche Wie groß das Missverhältnis zwischen der Präsenz von Frauen in der Kulturszene und ihrer Vertretung in Schlüsselpositionen sein kann, machte Valeska Henze am Beispiel der Buchbranche vor dem Ausschuss deutlich. Die Vorsitzende des Vereins BücherFrauen rechnete vor, dass zwar rund 80 Prozent aller Festangestellten in der Branche Frauen seien, aber nur 16 Prozent der Führungspositionen in weiblicher Hand sind. Auch der sogenannte „Gender Pay Gap“ sei in der Branche größer als in anderen Berufen. So liege das Durchschnittseinkommen von Frauen in der Buchbranche um 28 Prozent unter dem der Männer, sagte Henze. Im Bundesdurchschnitt aller Berufe beträgt der Unterschied 21 Prozent. Es sind vor allem die großen Verlagshäuser, die nach Aussage von Valeska Henze den Frauen sowohl das Berufs- wie auch das Familienleben schwer machen. Gegen die Einführung von Teilzeitarbeitsplätzen würden diese sich immer noch mit Händen und Füßen wehren. „Mit dem ersten Kind ist die Karriere für eine Frau praktisch am Ende.“

Alexander Weinlein ||

Die »Peking« für Hamburg

HAUSHALT I Der Bund wird sich voraussichtlich mit 120 Millionen Euro am Bau eines Deutschen Hafensemuseums in Hamburg beteiligen. Der Haushaltsausschuss bewilligte die Gelder im Zuge der Beratungen über den Bundeshaushalt 2016 in seiner Sitzung am vergangenen Donnerstag. Das Museum soll die Wirtschafts- und Kulturgeschichte des Hamburger Hafens darstellen. Die laufenden Betriebskosten des Museums soll Hamburg tragen.

Prunkstück des Museums soll die Viermastbark »Peking« werden, die sich derzeit noch in New York als Museumsschiff liegt. Das Schiff gilt als dringend sanierungsbedürftig und soll auf einem Frachtschiff nach Deutschland überführt werden.

Die »Peking« gehört zu den legendären »Flying-P-Linern«, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts von der Hamburger Reederei F. Laeisz gebaut wurden. Weltweit sind nur noch vier dieser Schiffe erhalten, unter anderem die »Passat«, die als Museumsschiff in Travemünde liegt. Traurige Berühmtheit erlangte die »Pamir«, das letzte frachtfahrende Segelschiff der deutschen Handelsmarine. Es sank 1957 in einem Hurrikan im Atlantik. 80 Besatzungsmitglieder, darunter viele jugendliche Kadetten, ertranken.

aw ||

Kulturetat soll steigen

HAUSHALT II Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) werden im kommenden Jahr voraussichtlich rund 115 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen als ursprünglich im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt vorgesehen. Der Haushaltsausschuss erhöhte den Etat in der vergangenen Woche auf insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro.

Allein 15 Millionen Euro zusätzlich sollen in die Filmförderung fließen. Um 7,5 Millionen Euro soll zudem der Haushalt der Deutschen Welle aufgestockt werden, um die TV- und Online-Berichterstattung über Russland und die Ukraine sowie die Flüchtlingssituation auszubauen.

Grütters begrüßte die Erhöhung ihres Etats als „großartiges Zeichen für die Kultur in Deutschland“. Damit stiegen die Kulturausgaben des Bundes gegenüber dem laufenden Jahr um rund vier Prozent. Der Bundestag wird den Bundeshaushalt 2016 Ende November verabschieden.

aw ||

Statistik über Hochschulen

BILDUNG Die Bundesregierung will den Veränderungen der Hochschullandschaft Rechnung tragen und hat einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes vorgelegt (18/6560). Der Bundestag überwiegt den Gesetzentwurf am vergangenen Donnerstag in Erster Lesung in den Bildungsausschuss. Die Bereitstellung von steuerungsrelevanten Informationen für die Hochschulpolitik, die Hochschulplanung und die Hochschulverwaltung sei Kernaufgabe der Hochschulstatistik. Die Ermittlung von Faktoren für gelingende Bildungsverläufe sei für einen gezielten und ressourcenschonenden Einsatz von Haushaltsmitteln eine zentrale Voraussetzung, heißt es im Gesetzentwurf.

rol ||

Ein Gewinn für Deutschland nach sieben Jahren

BILDUNG Bundestag verabschiedet Gesetz zur leichteren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Die Opposition hält das aber für Minimalpolitik

Die Berufsabschlüsse von ausländischen Arbeitnehmern sollen in Deutschland zukünftig leichter anerkannt werden. Durch die Änderungen im Anerkennungsverfahren soll Einwanderern ein einfacherer Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht und die Verfahren beschleunigt werden. Dadurch soll auch die Mobilität innerhalb der Europäischen Union erhöht werden.

Der Bundestag verabschiedete den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einer Novellierung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (18/5326, 18/6632) am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD gegen das Votum von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmhaltung der Linksfraktion. Einen Entschließungsantrag der Grünen (18/6668) wurde von CDU/CSU und SPD abgelehnt, die Linke enthielt sich. Wegen fortgeschrittener Stunde am Donnerstag entfiel allerdings die Aussprache und die Abgeordneten gaben ihre Reden zu Protokoll.

Über den Kern der Gesetzesnovelle waren sich die Fraktionen zwar einig. Vor allem der Opposition geht sie allerdings nicht weit genug. Aus Sicht der Koalitionsfraktionen ergab sich vor allem bei der Einführung der elektronischen Übermittlung von Anträgen innerhalb der EU, bei der Einfüh-

rung eines Vorwärmmechanismus für gefälschte Berufsqualifikationsnachweise sowie bei der Betrauung eines einheitlichen Ansprechpartners für die Bearbeitung von Anträgen Änderungsbedarf am Gesetz. Ausdrücklich begrüßten Union und SPD, dass die Prüfung der Gleichwertigkeit innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein soll.

Die CDU-Abgeordnete Cemile Giousouf vertrat die Meinung, dass durch den sehr

hohen Beschäftigungsstand in Deutschland der Arbeitsmarkt derzeit sehr aufnahmefähig sei. Bei einer zu erwartenden Anerkennungsquote von 40 bis 50 Prozent würden in diesem Jahr etwa eine halbe Million Menschen in Deutschland bleiben. Giousouf berief sich auf den Präsidenten des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, wonach ein Flüchtling spätestens nach sieben Jahren mehr erwirtschaftet als er den Staat koste. „Deshalb sind auch die

Wirtschaftsweisen der Auffassung, dass wir zwar jetzt in die Integration der Menschen investieren müssen, aber langfristig diese sich für unser Land auszahlt“, gab sie in ihrer Rede zu Protokoll und warnte vor „Weltuntergangsszenarien“.

Chancengleichheit Für Karamba Diaby (SPD) verkörpert die Gesetzesnovelle eine „gelebte Anerkennungskultur“. Sie stehe für die Chancengleichheit von Eingewanderten. Zugleich forderte er aber, dass der Rechtsanspruch auf individuelle und unabhängige Beratung für alle Anerkennungssuchenden – gleichgültig ob Landes- oder Bundesrecht gilt – ausgebaut werden muss. Zudem trat Diaby für ein Einstiegsdarlehen ein. Dies hätten auch die Sachverständigen in einer Anhörung zum Gesetzentwurf vor dem Bildungsausschuss gefordert.

Rosemarie Hein (Linke) betonte, dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse wichtig sei, weil es um die Wertschätzung von Menschen und ihren Fähigkeiten ginge und um die Möglichkeit, Fachkräfteengpässe in Deutschland auszugleichen. Sie forderte für die Zukunft einen einheitlichen Gebührenkorridor. Es sei nicht sinnvoll, die Finanzierung auf Einzelpersonen zu übertragen, die sich die hohen Kosten nicht leisten könnten. Zudem müsse die



Flüchtlinge wie der Syrer Arjan Mahmoud sollen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden.

© picture-alliance/dpa



AUFGEKEHRT

Telefonbuch als Kulturgut

Wann haben Sie das letzte Mal im Telefonbuch geblättert? Nach Umfragen tut dies nur jeder fünfte Deutsche gelegentlich, internetaffine Jüngere deutlich weniger. Unter der Digitalisierung leidet auch das profane Telefonbuch. Nun meldet die Deutsche Telekom, dass sie sich 2017 von der DeTeMedien trennen will. Die Tochtergesellschaft vertreibt in Kooperation mit Partnerfachverlagen das Telefonbuch, das Örtliche und die Gelben Seiten. Es seien „keine Bereiche, auf die wir uns konzentrieren wollen“, meldet die Telekom lapidar. Auch wenn laut Telekommunikationsgesetz gedruckte Telefonbücher vorgeschriebene „Universaldienstleistungen“ sind: Keiner weiß so richtig, wie es mit dem guten alten Telefonbuch weitergeht. 1881 kam es in Berlin als „Verzeichnis der bei der Fernsprecheinrichtung Beteiligten“ mit knapp 100 Teilnehmern erstmals heraus, im Volksmund das „Buch der 99 Narren“ genannt. Heute werden einmal im Jahr 100 Millionen der kiloschweren Wälzer quer über die Republik verteilt – in Postfilialen, Tankstellen oder Supermärkten. Oft an Senioren ohne Internet oder Leute, die nur mal schauen wollen, ob ihre Bekannten noch leben. Das Wiedereinsammeln der Millionen Tonnen kaum gelesenen Schwarten – es ist stets eine riesige verschwendische Recyclingaktion. Was für ein Verlust für die Menschheit aber wäre es, wenn im Digitalrausch das Telefonbuch eines Tages wirklich stirbt. Ein Buch, wo jeder seinen Namen finden kann. Das Einwohnerverzeichnis einer Stadt. Hilfsmittel für Schriftsteller, die auf willkürlich aufgeschlagenen Seiten Namen für den Roman finden. Und überhaupt: Nervt es nicht, den Computer minutenlang hochzufahren, nur um dort eine banale Telefonnummer zu erfahren? Das gute alte Telefonbuch ist in Sekunden zur Hand, um die nächstgelegene Zahnarztpraxis anzurufen. *Hans Krump*

VOR 25 JAHREN...

Eine Charta mit Arbeitsauftrag

21.11.1990: Charta von Paris unterzeichnet „Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntlang gehegten Hoffnungen (...) unserer Völker erfüllen: unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder.“



Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) während der KSZE-Treffens

So fasste man zusammen, worauf sich die 34 Staats- und Regierungschefs aus Europa, den USA, Kanada und der Sowjetunion auf dem KSZE-Gipfel am 21. November 1990 verständigt hatten. Das Abschlussdokument des Treffens wurde als Charta von Paris bekannt und gilt als Wegweiser in ein neues, friedliches Europa.

Die Charta ist eine Fortführung der Schlussakte von Helsinki, in der die Staaten 1975 die Nachkriegsgrenzen bestätigten und sich zu den Menschenrechten bekannten. Nato und Warschauer Pakt vereinbarten am Rande des Gipfels in Paris 1990 zudem, ihre konventionellen Waffensysteme zu reduzieren. „Der Kalte Krieg ist zu Ende“, erklärte US-Präsident George H. W. Bush, warnte aber vor alten und neuen Spannungsherden. Auch Sowjetpräsident Michail Gorbatschow mahnte, nicht „dem Trugschluss zu erliegen, dass Konflikte auf dem Kontinent völlig ausgeschlossen seien“. Sie sollten Recht behalten: Nur ein Jahr später versank Jugoslawien im Bürgerkrieg. Treffend bezeichnete der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) 2010 daher die Charta von Paris als „ein Zukunftsdokument, an dem wir weiter arbeiten müssen“. *Benjamin Stahl*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: LESUNGEN IN DER BUNDESTAGS-BIBLIOTHEK



Der Islamwissenschaftler und Terrorismusexperte Guido Steinberg trug im Lesesaal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus aus seinem Werk „Kalifat des Schreckens“ vor. Seit 2008 organisiert die Bundestags-Bibliothek regelmäßig Lesungen samt Diskussionen mit renommierten Autoren.

»Assad wird bleiben«

Es war eine kleine Premiere, als Guido Steinberg vergangene Woche im Lesesaal der Bundestags-Bibliothek aus seinem Buch „Kalifat des Schreckens“ las. Denn das hatte er bereits im Juni getan. Doch Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) hatte damals die Veranstaltung nicht für beendet, sondern nur für unterbrochen erklärt, denn viele Fragen seien offen geblieben. Eine fortgesetzte Lesung in der Bibliothek, das hatte es bisher noch nicht gegeben. So moderierte Roth erneut und Steinberg trug weitere spannende Textpassagen aus seinem Werk vor. Doch es ging vor allem um die aktuelle Lage im Nahen Osten und darüber hinaus. Schließlich sei „viel passiert in den vergangenen fünf Monaten“, sagte Roth. Die Grünen-Politikerin verwies etwa auf die dramatische Lage im Jemen und in Afghanistan sowie die jüngsten Entwicklungen in Ägypten, Syrien und der Türkei. Auch Steinberg zeigt sich „ganz schwindelig“ von den Ereignissen.

Der Islamwissenschaftler und Terrorismusexperte von der Stiftung Wissenschaft und Politik hatte mit Bezug auf Sy-

rien aber auch klare Empfehlungen an die Politik im Gepäck. Erstmals solle ganz grundlegend überlegt werden, was eigentlich das Ziel einer deutschen Syrien-Politik sein könnte. Dies gebe es bisher nämlich nicht. Dabei müsse man realistisch bleiben. Denn für Steinberg ist klar: „Assad wird bleiben.“ Rest-Syrien müsse stabilisiert werden, auch wenn der Diktator der „Ursprung des Problems“ sei. „Wenn das Assad-Regime kippt, dann bricht der Sturm auf Damaskus los“, sagte Steinberg. Da auch die meisten anderen Großstädte noch unter der Kontrolle des Regimes stünden, wäre mit einem Fall Assads von einer Massenflucht auszugehen. In diesem Kontext bewertete Steinberg auch die russische Intervention. Es gehe Putin nicht darum, den Konflikt zwischen Regime und Rebellen militärisch zu entscheiden oder gar den Islamischen Staat (IS) zu bekämpfen, sondern darum, bei Diskussionen um die Zukunft Syriens mit am Verhandlungstisch zu sitzen, sagte Steinberg. Für die Zukunft Syriens und im Kampf gegen den IS müsse schwer daran gearbeitet werden, die Türkei einzubinden. Ankara müsse davon überzeugt werden, sich auf den

IS zu konzentrieren und den jüngst wieder aufgeflamten Konflikt mit den Kurden nicht weiter zu verschärfen. Dabei könne Deutschland eine wichtige Rolle spielen, sagte der Experte. Viel Stoff zum Nachdenken und Diskutieren also, was auch Ziel der Lesungen in der Bibliothek ist. Seit 2008 organisiert das Team in lockerer Abfolge Veranstaltungen dieser Art im architektonisch eindrucksvollen Lesesaal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Gezielt werden diese Lesungen in die Sitzungswochen gelegt, damit Abgeordnete Gelegenheit zur Teilnahme haben. Unterstützung erhalten die Organisatoren auch vom Präsidium. Eines seiner Mitglieder, wie im Fall von Steinberg Claudia Roth, begleitet die Lesung und übernimmt meist auch die Moderation. Zu den Autoren, die bisher im Lüders-Haus vortrugen, gehören unter anderem Volker Perthes („Iran – eine politische Herausforderung“), Antje Vollmer („Doppelleben“), Margareta Mommsen („Das System Putin“), Wolfgang Benz („Die Feinde aus dem Morgenland“) und Peter Schaar („Überwachung total“). *Sören Christian Reimer*

LESERPOST

Zur Ausgabe 46 vom 9. November 2015, „Schwieriger Partner“ auf Seite 11:

Der Artikel über Präsident Recep Erdogan endet mit dem Fazit: Nach seinem Wahlsieg vom 1. November wird Erdogan, wie es auch bisher schon der Fall ist, kein einfacher Verhandlungspartner sein. Wie ist dieser sogenannte Triumph zustande gekommen? Erdogan hat seit seinem Antritt als Staatspräsident permanent die türkische Verfassung gebrochen. Er hat aus taktischem Kalkül einen Waffenstillstand mit der kurdischen PKK gebrochen, wohl wissend, dass er damit sein Land an den Rand des Chaos manövrieren könnte. Der zweifelhafte Erfolg beruht auch auf der drastischen Einschränkung der Meinungs- und Presse-

freiheit und der Gleichschaltung der Justiz. Wer stoppt diese fatale Entwicklung? Wer stoppt diesen Selbstdarsteller? Die EU-Kommission hielt einen entlarvenden Bericht über die Lage der Bürgerrechte in der Türkei zurück und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) leistete Wahlkampfhilfe, indem sie dem Autokraten vor der Parlamentswahl die Hand schüttelte. Konsequente Politik sieht anders aus. Und ja: Die deutsche Politik steht wegen des starken Andrangs der Flüchtlinge unter enormem Druck. Es kochen derzeit aber auch Probleme hoch, die schon vor Jahren die gleichen Probleme waren. Die Asylverfahren beim Bundesamt für Mi-

gration und Flüchtlinge haben schon immer zu lange gedauert. Die Agentur für Arbeit ist ebenfalls seit Jahren nur noch in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu verwalten. Für diese Probleme nunmehr die Flüchtlinge zu instrumentalisieren, ist unredlich und treibt die sogenannten „besorgten Bürger“ zur AfD und zu „Pegida“.

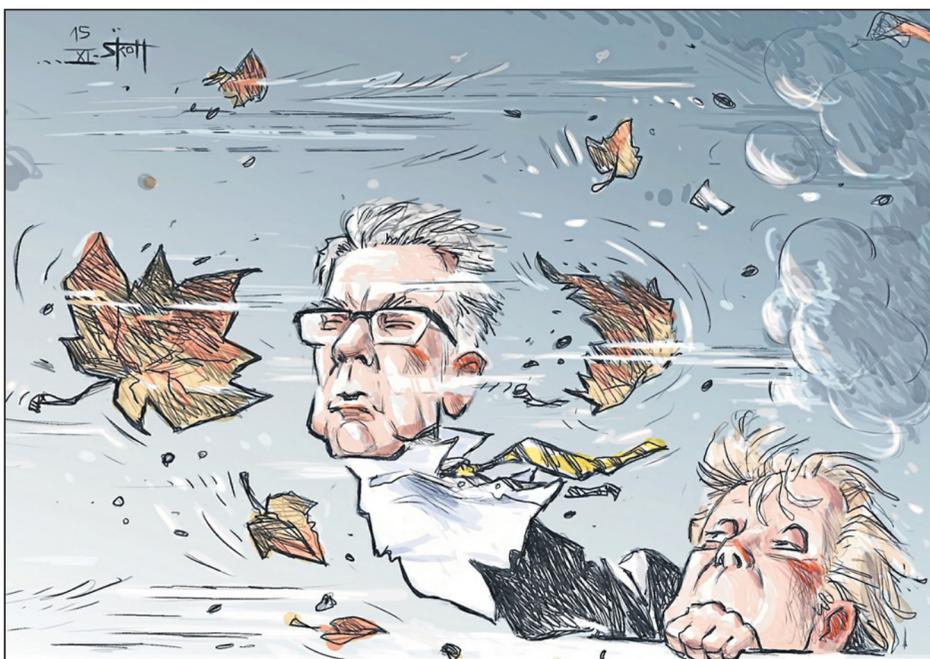
Gerhard Niemeyer, Oberhausen

Zur Diskussion in Europa über offene Grenzen und das Asylrecht im Allgemeinen:

Grenzen kann man schließen. Probleme löst man dadurch aber nicht unbedingt. Wir müssen trotzdem über die Sicherung

unserer Grenzen diskutieren. Denn die offenen Grenzen benutzen leider nicht nur Touristen und Geschäftsleute, sondern sowohl auch kriminelle Elemente, wie beispielsweise die Mafia und Menschenhändler, als auch Flüchtlinge, die kaum eine Chance auf Asyl haben. Das Asylrecht kennt keine Obergrenzen, heißt es. Das ist formal gesehen vielleicht richtig, jedoch ist zu fragen, was die Väter des Grundgesetzes im Auge hatten, als sie dieses Recht formuliert haben: Eine schrankenlose Aufnahme aller, die es schaffen, aus Kriegsgebieten zu uns zu gelangen? Ich glaube eher nicht. Klar ist: Deutschland wird sich verändern. Dass aber Asylbewerber als „Erlösung“ für eine überalterte Gesellschaft gesehen werden, sagt viel über unsere innere geistige Verfassung aus. *Dieter Loest, per E-Mail*

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 30. November.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 23. – 27.11.2015

Allgemeine Haushaltsdebatte (Di)
Generaldebatte (Mi)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Regula Schmidt-Bott t Bundestagsabgeordnete 1987-1989, Die Grünen

Am 11. Oktober starb Regula Schmidt-Bott im Alter von 70 Jahren. Die Hamburger Diplom-Psychologin trat 1966 der SPD bei, wechselte 1981 zur Alternativen Liste und schloss sich 1984 den Grünen an. 1990 verließ sie die Partei. Von 1982 bis 1984 war sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Im Bundestag gehörte Schmidt-Bott dem Innenausschuss an.

>Rainer Funke Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1987-2005, FDP

Rainer Funke wird am 18. November 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt und Banksyndikus aus Hamburg trat 1972 in die FDP ein, wurde 1978 Schatzmeister des FDP-Landesverbands Hamburg und stand von 1993 bis 1995 an dessen Spitze. Funke, viele Jahre rechtspolitischer Sprecher sowie von 2005 bis 2013 Justiziar der FDP-Bundestagsfraktion, amtierte von 1991 bis 1998 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz. Im Bundestag saß er im Wirtschafts- sowie im Rechtsausschuss.

>Christian Schwarz-Schilling Bundestagsabgeordneter 1976-2002, CDU

Am 19. November vollendet Christian Schwarz-Schilling sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Sinologe und Unternehmer schloss sich 1960 der CDU an, war von 1967 bis 1980 deren Generalsekretär in Hessen und gehörte von 1966 bis 1976 dem Landtag in Wiesbaden an. Von 1975 bis 1983 amtierte er als mediopolitischer Sprecher seiner Partei. Schwarz-Schilling, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen von 1982 bis 1992, hatte die Weichen für die Privatisierung der Bundespost und das Kabelfernsehen gestellt. Im Bundestag gehörte er von 1994 bis 2002 dem Auswärtigen Ausschuss an. 2006/07 amtierte er als Hoher Repräsentant für Bosnien- Herzegowina.

>Horst Seefeld Bundestagsabgeordneter 1969-1980, SPD

Horst Seefeld feiert am 21. November seinen 85. Geburtstag. Der Speditionkaufmann aus dem badischen Bretten trat 1947 in die SPD ein und von 1955 bis 1960 Jusvorsitzender in Baden-Württemberg. Im Bundestag arbeitete er zuletzt im Auswärtigen Ausschuss mit. Seefeld, von 1976 bis 1980 Präsident des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung, gehörte von 1970 bis 1989 dem Europäischen Parlament und war von 1984 bis 1989 Vizepräsident.

>Paul Hoffacker Bundestagsabgeordneter 1976-1980, 1982-1994, CDU

Am 24. November wird Paul Hoffacker 85 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Akademiedirektor aus Essen war von 1965 bis 1977 Geschäftsführer der Bischöflichen Aktion „Adveniat“ und stand von 1972 bis 1986 an der Spitze des Zentralverbands des Deutschen Kolpingwerks. Hoffacker, CDU-Mitglied seit 1958, gehörte bis 1999 dem Kreisvorstand Essen und zeitweise dem NRW-Landesvorstand der CDU an. Im Bundestag arbeitete er überwiegend im Ausschuss für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mit, an dessen Spitze er von 1984 bis 1987 stand.

>Hermann Otto Solms Bundestagsabgeordneter 1980-2013, FDP

Hermann Otto Solms begeht am 24. November seinen 75. Geburtstag. Der Ökonom, promovierte Agrarwissenschaftler und Unternehmer trat 1971 der FDP bei. Von 1973 bis 1976 war er persönlicher Referent der Bundestagsvizepräsidentin Liselotte Funke und amtierte von 1987 bis 1999 sowie von 2004 bis 2011 als FDP-Bundesschatzmeister. Das Amt übte er wieder seit 2013 aus. Außerdem gehörte er viele Jahre dem Bundesvorstand und dem FDP-Präsidium an. Solms war von 1991 bis 1998 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und von 1998 bis 2013 Vizepräsident des Bundestags.

>Friedhelm Farthmann Bundestagsabgeordneter 1971-1975, SPD

Friedhelm Farthmann vollendet am 25. November sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und hauptberufliche Gewerkschaftsmitarbeiter trat 1958 der SPD bei. Er gehörte von 1986 bis 1993 dem SPD-Parteivorstand an. Farthmann, von 1975 bis 1985 nordrhein-westfälischer Arbeits- und Sozialminister und danach bis 1995 Fraktionsvorsitzender im Düsseldorf-Landtag, dem er von 1980 bis 1999 angehörte, engagierte sich im Bundestag im Wirtschaftsausschuss.

>Rita Streb-Hesse Bundestagsabgeordnete 1998-2005, SPD

Am 29. November wird Rita Streb-Hesse 70 Jahre alt. Die Konrektorin aus Frankfurt trat 1966 der SPD bei, und amtierte dort von 1995 bis 2000 als Vorsitzende. Von 1985 bis 1991 war sie Frankfurter Stadtverordnete und von 1991 bis 1998 hessische Landtagsabgeordnete. Seit 2006 ist sie wieder Stadtverordnete. Streb-Hesse gehörte im Bundestag dem Verkehrs- sowie dem Familienausschuss an. *bmh*

Dr. Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident:

Deutschland trauert um eine außergewöhnliche Persönlichkeit



Norbert Lammert (*1948)
Bundestagspräsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Deutsche Bundestag, unser Land trauert um Helmut Schmidt, der am vergangenen Dienstag in Hamburg im Alter von 96 Jahren verstorben ist. Wer diese außergewöhnliche Persönlichkeit begreifen und würdigen will, muss die Perspektive weiten, auch zeitlich. Gestern haben viele unserer Nachbarn an das Ende des Ersten Weltkrieges 1918 erinnert. Um zu erfassen, welche Jahrhundertgestalt mit Helmut Schmidt von uns gegangen ist, reicht es fast aus, daran zu erinnern, dass er nur wenige Wochen später – noch im gleichen Jahr: 1918 – geboren wurde.

Helmut Schmidt war ein Kind der Weimarer Republik. Er erlebte seine Jugend unterm Hakenkreuz, und ihm selbst wurde der Zweite Weltkrieg zum Schicksal. Die Bedeutung dieser prägenden Erfahrungen in einem – wie er in der ihm eigenen, befreienden Deutlichkeit zu sagen pflegte – „Scheißkrieg“ hat er immer wieder betont. Schmidt kämpfte als Soldat in der Sowjetunion, später an der Westfront und geriet kurzzeitig in britische Kriegsgefangenschaft.

Wir alle wollten damals nicht Altes einreißen – da gab es gar nichts mehr einzureißen! –,

– erinnerte er sich an den Gestaltungswillen seiner Generation nach Kriegsende –

sondern wir wollten etwas Neues aufbauen ...

Bereits 1953 saß Helmut Schmidt erstmals im Deutschen Bundestag, dem er über drei Jahrzehnte angehörte. Schon bald nach seiner ersten Wahl zählte er zu den profiliertesten Vertretern der jüngeren Generation im Parlament. Die Militär- und Sicherheitspolitik wurde zu seinem eigentlichen Metier. Es ist deshalb nicht ohne Symbolik, dass heute genau vor 60 Jahren die Bundeswehr gegründet wurde; wir haben gestern Abend vor dem Reichstagsgebäude daran erinnert.

Helmut Schmidt war der Armee und den Soldaten in besonderer Weise verbunden. Als Verteidigungsminister – der erste Sozialdemokrat in diesem Amt – reformierte er 1969 im Kabinett von Willy Brandt die Streitkräfte. Die Universität der Bundeswehr trägt auch deshalb heute seinen Namen.

Aufbau und Ausrichtung der Bundeswehr waren auch nach der Entscheidung zur Wiederbewaffnung weiter hochumstritten. Schmidt selbst profilierte sich in dieser Zeit als entschiedener Gegner einer atomaren Bewaffnung. Damals entstand das Bild, das die Öffentlichkeit lange vorrangig mit ihm verband und das erst in seiner Amtszeit als Minister und Regierungschef und später als Elder Statesman in den Hintergrund trat: das des scharfzüngigen Debattenredners. Er war nicht nur ein großer Redner, sondern vor allem ein leidenschaftlicher und ansteckender, gelegentlich provozierender Debattierer,

wie aus dem Lehrbuch des Parlamentarismus.

Pathos war seine Sache nicht; er suchte lieber die bissige Pointe, die er meisterlich zu setzen wusste. Seine Rededuelle mit Ludwig Erhard, Franz Josef Strauß und später Helmut Kohl, in denen er teils schneidende Attacken ritt, sind unvergessen. Zitat:

Ich bilde mir ein, durch viele Reden – auch im Bundestag – eine ganze Menge moralischer und auch geistiger Pflöcke eingeschlagen zu haben.

So wusste er sich und sein Rednertalent richtig einzuschätzen. „Einige von denen haben auch Wirkung erzielt“, ergänzte er – und das bestätigen nicht nur die, die ihn im Hohen Hause noch lebhaftig erlebt haben.

Verbindendes Element zwischen dem leidenschaftlichen Streitredner und dem kühlen Analytiker in der Regierungsverantwortung war die Lust daran, argumentativ zu überzeugen – durch Rede und Widerrede. Schmidt war, so hat Sigmar Gabriel das anlässlich seines 95. Geburtstages treffend ausgedrückt, eine Autorität, die sich auf das Argument stützte.

In seiner Amtszeit als Bundeskanzler hatte Helmut Schmidt große Herausforderungen zu bewältigen: von der Wirtschaftsrezession der 1970er-Jahre bis zu Deutschlands Rolle im Kalten Krieg. Klarsichtig und entschlossen hat er sie gemeistert. Früher als andere hatte er die Bedrohung durch neue atomare Mittelstreckenwaffen der Sowjetunion erkannt und voller Überzeugung für den NATO-Doppelbeschluss gestritten – wider den Zeitgeist, der damals seinen Ausdruck in einer der größten Demonstrationen im Deutschland der Nachkriegszeit fand. Populär war diese Politik nicht – weder in der eigenen Partei noch in der Öffentlichkeit.

Unvergessen ist seine Standfestigkeit im sogenannten Deutschen Herbst. Schmidt sah sich damals vor unausweichliche Entscheidungen gestellt, die er nicht treffen konnte, ohne Schuld auf sich zu laden, wie er das selber später bekannt hat. Aber er hat sich nicht weggeduckt.

Wer ihn auf zeitgenössischen Aufnahmen sieht, wer ihn über diese Wochen und Monate reden hörte, spürt förmlich die Bürde seines Amtes, kann erahnen, welche Spuren sie auch bei ihm, dem vermeintlich so kühlen Pragmatiker, hinterlassen hat. Dank seiner Entschlossenheit bestand unsere

Republik ihre schwerste Belastungsprobe, ohne selbst die Freiheit zu gefährden, gegen die der Terror gerichtet war.

Helmut Schmidt erwarb sich damals hohes Vertrauen und Ansehen – und das nicht allein in Deutschland, das ihn als Inbegriff des nüchternen, disziplinierten Hanseaten verehrte. In der ganzen Welt genoss Helmut Schmidt höchste Reputation als Staatsmann, der deutsche Politik berechenbar gemacht hat, weil sie auf Nüchternheit und Rationalität, Toleranz und Weltoffenheit beruhte.

Die spontane Würdigung durch den französischen Ministerpräsidenten und die Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung nach Bekanntwerden des Todes von Helmut Schmidt am vergangenen Dienstag sind ein eindrucksvoller Beleg dieser persönlichen Wertschätzung wie der besonderen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, und ich möchte die Gelegenheit gerne nutzen, mich bei unseren französischen Kolleginnen und Kollegen dafür ausdrücklich zu bedanken.

Als sich Helmut Schmidt 1986 aus dem Bundestag verabschiedete, verband er das mit einem eindringlichen Appell an die Parlamentarier zur „Besinnung auf das Ethos eines politischen Pragmatismus in moralischer Absicht“. – Das kann man durchaus auch für eine passende Orientierung für die aktuelle Flüchtlingskrise halten. – Das, was wir erreichen, was wir tun wollen, solle moralisch begründet sein. Der Weg dahin müsse aber realistisch, er dürfe nicht illusionär sein. Und er fügte für ihn fast untypisch emphatisch hinzu:

Es sollte keiner glauben, dass solch Ethos die politischen Ziele ihres Glanzes beraube oder den politischen Alltag seines Feuers. Die Erreichung des moralischen Ziels verlangt pragmatisches, vernunftgemäßes politisches Handeln, Schritt für Schritt. Und die Vernunft erlaubt uns zugleich doch auf diesem Weg ein unvergleichliches Pathos. Denn keine Begeisterung sollte größer sein als die nüchterne Leidenschaft zur praktischen Vernunft.

Dass der Bundestag früher als andere die überragende Bedeu-

tung dieses Parlamentariers erkannt hatte, kommt auch in der Souveränität zum Ausdruck, ihm für seine Abschiedsrede eine alle Proportionen, auch von Regierungserklärungen, sprengende Redezeit von knapp zwei Stunden zuzubilligen.

Die Protokolle des Deutschen Bundestages benötigen für die Aufzeichnung dieser Rede 16 Seiten. Nach zeitgenössischen Berichten soll er mit einem Manuskript von 100 Seiten ans Podium gegangen sein.

Hoher moralischer Ernst prägte das Selbstverständnis dieses herausragenden Politikers. Es ist sein bleibendes Vermächtnis. Noch in diesem Jahr sagte er von sich in demonstrativer hanseatischer Bescheidenheit:

Ich bin kein Vorbild. Das ist eine Rolle, die mir nicht gefällt.

Allerdings mochten ihm allenfalls militante Nichtraucher in dieser Einschätzung folgen.

Die meisten Menschen faszinierte seine immense Lebenserfahrung, sie bewunderten seinen scharfen Verstand, nicht zuletzt liebten sie seinen trockenen Humor. Für viele war er, der in Vorträgen als Autor und Mitherausgeber der Zeit bis zuletzt die politische Debatte und Kontroverse suchte, mit seiner Meinung ein unverzichtbarer Kompass.

Helmut Schmidt war Politiker, Publizist und Patriot. Als Parlamentarier, als Bundesminister und vor allem als Bundeskanzler hat er sich auf herausragende Weise um Deutschland verdient gemacht. Wir verneigen uns vor einem der bedeutendsten politischen und intellektuellen Köpfe unseres Landes.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, seinen Freunden und Weggefährten.

Die meisten Menschen faszinierte seine immense Lebenserfahrung.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

60 Jahre Bundeswehr / 136. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 12. November 2015

Henning Otte, CDU/CSU:

Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit



Henning Otte (*1968)
Wahlkreis Celle – Uelzen

Auch wir gedenken heute des ehemaligen Bundeskanzlers und früheren Verteidigungsministers Helmut Schmidt – gerade am 60. Jahrestag der Bundeswehr, ein besonderes Ereignis. Mit dem gestrigen Großen Zapfenstreich vor dem Reichstag, zwei beeindruckenden Reden des Herrn Bundestagspräsidenten und der Frau Verteidigungsministerin sowie der heutigen Debatte im Deutschen Bundestag feiern wir dieses Jubiläum. 60 Jahre Bundeswehr sind eine Erfolgsgeschichte für Deutschland. Die Bundeswehr ist der Garant für Sicherheit unseres Landes und Ausdruck von Stabilität und Souveränität.

Dass die Bundeswehr 1955 gegründet worden ist, war keine Selbstverständlichkeit. Die Aufstellung einer neuen Armee, nur zehn Jahre nach Ende der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus: Wie viel Überzeugungsarbeit war für diese neue wehrhafte Streitkraft wohl notwendig? Welch eine Weitsicht der damaligen Entscheidungsträger, wie es Konrad Adenauer war. Welch ein Vertrauensbeweis der alliierten Kräfte, die Bundeswehr als vollwertiges Mitglied der NATO aufzunehmen. Vertrauen und Verantwortung waren die zwei Pfeiler einer neuen Sicherheitsstruktur. Das Vertrauen war gerechtfertigt. Die Verantwortung wurde angenommen. Mit der Ergänzung des Grundgesetzes um den Artikel 87 a hieß es ab sofort: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Das war nur ein kurzer Satz im Grundgesetz, aber mit einer großen Wirkung für Deutschland. Mit der Festlegung auf eine allgemeine Wehrpflicht und der Konzeption der Inneren Führung wurde ein Selbstverständnis geschaffen, wonach jeder Soldat seinem Gewissen verpflichtet und für sein Handeln

selbst verantwortlich ist. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Widerstandes gegen ein Unrechtsregime und der daraus erwachsenden Verantwortung war der innere Geist der Bundeswehr gesetzt: das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform. Welch eine Bereicherung für unser Land!

Die Bundeswehr entwickelte sich zu einer Armee der Landesverteidigung. Mit einer Stärke von 495 000 Soldaten sowie 1,2 Millionen Reservisten galt die Bundeswehr im Rahmen der Bündnisverteidigung als ein unverzichtbarer NATO-Partner. Sie sicherte uns allen somit Frieden und Freiheit in der spannungsreichen Zeit des Kalten Krieges.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Fall der Mauer übernahm die Bundeswehr eine wichtige Rolle im Einigungsprozess, als sie mit der Aufnahme von 90.000 Soldaten der ehemaligen Nationalen Volksarmee dem Einigungsprozess wahrnehmbar ein Gesicht gab. Welch eine Leistung aller Beteiligten, aus zwei verschiedenen Vergangenheiten eine gemeinsame Zukunft zu schaffen, eine Armee der Einheit in einem vereinten Deutschland. Für diese friedliche Revolution und für diese Integrationsleistung unserer Bundeswehr können wir alle nur dankbar sein.

Das wiedervereinigte Deutschland wurde in der Welt als machtvoller wahrgenommen und von Nachbarn durchaus auch mit Skepsis betrachtet. Hier galt es einmal mehr, Vertrauen zu stiften. Deutschland hielt in seiner Außen- und Sicherheitspolitik an den Werten des Grundgesetzes fest, zeigte sich den Bündnispartnern eng verpflichtet und schuf somit das notwendige Vertrauen.

Nicht nur, dass man uns traute: Man traute uns auch mehr zu und forderte uns mehr ab. Seit 1992 beteiligt sich die Bundeswehr regelmäßig an Einsätzen zur Friedenssicherung und Konfliktbewältigung. Deutschland nimmt diese internationale Verantwortung durch die Wahrnehmung mandatierter Auslandseinsätze wahr: mandatiert durch den Deutschen Bundestag, nie alleine, sondern immer im Verbund mit Partnern, nie im Interesse einer expansiven Machtpolitik, sondern für mehr Stabilität und Frieden in der Welt. Dabei geht es

auch immer um die Sicherheit unseres Landes. Deswegen hatte mein zu früh verstorbener Wahlkreiskollege, der frühere Verteidigungsminister Dr. Struck, recht, als er einst sagte: Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.

Militärisch allein wird kein Konflikt im 21. Jahrhundert – in einer globalisierten Welt, in der Finanz- und Warenströme eng miteinander verwoben sind – zu lösen sein. Nur im vernetzten Ansatz von Diplomatie, wirtschaftlicher Entwicklung und auch militärischer Absicherung, so wie es der damalige Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung im Weißbuch 2006 entwickelt hat, können wir heutzutage Konflikte eindämmen und befrieden.

Und doch kommt das Unvorhergesehene immer unvorhergesehen. Die sicherheitspolitische Entwicklung im Rahmen eines wachsenden internationalen Terrorismus, asymmetrischer Bedrohungslagen, einer hybriden Kriegsführung, zerfallender Staaten und weltweiter Armut und Umweltkatastrophen lässt heutzutage Konfliktsituationen entstehen, die sich nicht mehr mit der Logik der Abschreckung lösen lassen. Die Konfliktursachen sind komplexer und

Frontverläufe oft weniger klar, aber dafür dynamischer. Diese Erkenntnis erforderte eine komplette Neuausrichtung der Bundeswehr unter der Leitung des damaligen Verteidigungsministers Dr. Thomas de Maizière.

Unsere Bundeswehr sollte flexibel, verlegbar, kampffähig und durchhaltefähig ihren Auftrag erfüllen können. Denn es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit, und für diese Sicherheit brauchen wir unsere Bundeswehr.

Soldaten und zivile Mitarbeiter leisten einen unverzichtbaren Dienst für unser Land. „Wir. Dienen. Deutschland.“: Diese Maxime ist ihr Bekenntnis. Ob Vogelgrippe, ICE-Unfall, Schnee- oder Hochwassereinsatz oder wie jetzt der Einsatz der Bundeswehr zur Bewältigung der Flüchtlingssituation: Es sind die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, denen wir jedes Mal zutrauen, schwierigste Aufgaben auch im Inland zu lösen. Vor allem sind sie es, die bereit sind, unter Einsatz ihres Lebens in Krisen- und Kriegsgebieten fernab der Heimat für die Sicherheit unseres Landes einzustehen. Dafür sage ich ihnen als Abgeordneter des Deutschen Bundestages aus fester Verbundenheit mit ihnen und ihren Familien meinen herzlichen Dank.

Sie dürfen für ihren Einsatz aber auch – ganz im Sinne einer Parlamentsarmee – die volle Rückendeckung des Parlamentes erwarten. Das Parlament hat ihnen hierfür die notwendige Fürsorge und die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Viele gesetzliche Maß-

nahmen tragen zur Absicherung von Risiken bei. Vor allem denken wir heute an diejenigen, die im Dienst für unser Land ihr Leben ließen oder an Leib und Seele verwundet wurden.

Die Verbesserung der Bundeswehr ist ein dauerhafter Prozess. Die Bereitstellung von modernem Material zu Lande, zu Wasser und zur See muss weiter verbessert werden. Die finanziellen Mittel müssen an den Aufträgen orientiert und dynamisch an die jeweilige Sicherheitslage angepasst werden. Die Cyberabwehr muss weiter forciert werden. Sicherheitspolitik 4.0 muss vorangebracht werden. Die Sicherheit unseres Landes hat einen Preis. Den müssen wir zu zahlen bereit sein.

Ich danke daher Ihnen, Frau Bundesverteidigungsministerin, dass Sie mit dem Attraktivitätssteigerungsgesetz, der Prozessverbesserung, der konsequenten Modernisierung der Ausrüstung und nicht zuletzt der Erstellung eines neuen Weißbuches die notwendigen Entscheidungen engagiert getroffen haben, auch um immer wieder junge Menschen, Frauen wie Männer, für den Dienst in der Bundeswehr zu begeistern. Denn genau diese Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft brauchen wir als mutige Fürsprecher für und tapfere Verteidiger von Frieden und Freiheit.

60 Jahre Bundeswehr – eine Erfolgsgeschichte. Herzlichen Glückwunsch, Deutschland!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wolfgang Gehrcke, DIE LINKE:

Für die Sicherheit des Landes brauchen wir keine Bundeswehr



Wolfgang Gehrcke (*1943)
Landesliste Hessen

Auch die Fraktion Die Linke gedenkt Helmut Schmidt. Ich kenne ihn seit 1961 und habe ihn in Hamburg ken-

nengelernt. Wir waren selten einer gemeinsamen Auffassung. In seinen letzten Jahren waren wir allerdings zunehmend mehr einer Meinung, gerade in der Russland-Politik. Ich finde, gerade wenn man Helmut Schmidt gedenkt, sollte man die Art und Weise, sich kritisch auseinanderzusetzen, kultivieren. Das konnte Schmidt, und das hat er immer durchgehalten. Deswegen möchte ich Ihnen das Gegenprogramm in meiner Rede zu 60 Jahren Bundeswehr vorstellen.

Von den 60 Jahren, die die Bundeswehr existiert, habe ich 55 Jahre gegen sie gekämpft, zunächst in der „Ohne mich“-Bewegung zusammen mit einer ganzen Reihe

Sozialdemokraten, in der Bewegung „Kampf dem Atomtod“, auf den Ostermärschen, mit Blockaden von Militärstandorten, mit antimilitaristischer Arbeit unter Wehrpflichtigen und Soldaten sowie Kriegsdienstverweigerern sowie auch im Widerstand gegen die Kriege in Vietnam, Jugoslawien, im Irak oder in Afghanistan. Ich finde es fast symptomatisch, dass genau zu der heutigen Debatte das Versprechen, dass die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen wird, aufgekündigt wurde. Lug und Trug gehörten immer zur Politik der Rechtfertigung der Bundeswehr.

Bis heute sage ich laut und deutlich Nein zu Militarismus und Krieg. Für die Sicherheit des

Landes brauchen wir keine Bundeswehr. Ich bin davon überzeugt, dass der Zeitpunkt kommen wird, wo dieses Land keine Armee mehr hat und keine Bundeswehr mehr braucht. Dieser Zeitpunkt wird kommen, und er wird das Land positiv verändern.

Von Franz Josef Strauß ist aus dem Bundestagswahlkampf 1949

– ich zitiere

Strauß; das müssen Sie doch ertragen können – das geflügelte Wort überliefert: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen.“ Er hat später seine Aussage so interpretiert, dass „jedem Staatsmann, der

zum Gewehr greift, um damit seine politischen Ziele durchzusetzen“, die Hand abfallen soll. Strauß hat verstanden, dass das

Gewehr des Staatsmannes die Armee ist. Ich mache Strauß nicht zum Pazifisten. Ich will Sie nur daran erinnern, dass es auch in Deutschland einmal einen anderen Zeitgeist gegeben hat.

Ich will Ihnen begründen, mit welchen Fragen man sich heutzutage im Zusammenhang mit der Bundeswehr auseinandersetzen muss. Als Erstes stellt sich für mich die Frage: Wollen wir mit der NATO so weitermachen? Ich bin überzeugt: Eben-

so überflüssig wie die Bundeswehr ist die deutsche Mitgliedschaft in der NATO. Ich suche nach einem Weg, wie Deutschland aus der NATO herauskommt. Wie wir hineingekommen sind, wissen wir ja. Die Chance, die NATO aufzulösen und nicht mehr auf Militärbündnisse zu setzen, gab es, als der Warschauer Pakt aufgelöst wurde. Wir haben sie nicht ergriffen – ein großer Fehler!

Meine zweite Überlegung ist: Jede Waffe findet ihren Krieg. Diese Erfahrung haben wir doch gemacht. Armeen streben nach immer perfekteren Waffen. In Büchel lagern US-amerikanische Atombomben. Ministerin von der Leyen will die Drohnenrüstung. Doch ein Blick auf die Konflikte dieser Welt zeigt: Waffen bringen keine Sicherheit. Wir müssen raus aus

der Spirale der Gewalt und der Spirale der Waffen. Das ist eigentlich die große kulturelle Aufgabe, die wir haben.

Ich bin drittens überzeugt davon: Wer sich eine Armee leistet, bekommt den militärisch-industriellen Komplex. Die modernen Waffenschmieden sind nicht mehr einzelne Fabriken, sie bilden vielmehr zusammen den militärisch-industriellen Komplex, der sich nicht nur die Forschung unterordnet, sondern der zunehmend auch seinen Einfluss in der Politik ausübt. Auch das müssen wir beenden.

Ich bin viertens überzeugt davon, dass Rüstung Unsummen kostet, an der Rüstung aber auch Unsummen verdient werden. Auch das muss gestoppt werden. Wäre es nicht ein Zeichen dieses

Bundestages, wenn wir in den Haushaltsberatungen den Wehretat gründlich zusammenstreichen würden und das Geld, das wir dort einsparen, für die Flüchtlinge einsetzen? Ja zur Hilfe für Flüchtlinge, aber Nein zur Rüstung – das wäre doch ein Signal, das von diesem Land ausgehen kann.

Vor 60 Jahren hieß es von meiner Seite: Ohne mich! – Heute sagen immer mehr Menschen in unserem Land: Ohne uns! – Die Bundeswehr erlebt wieder so viel Widerspruch, dass man sehr hoffnungsvoll sein kann, dass wir ein Land ohne Armee erreichen werden. Das ist, worüber wir heute debattieren sollten. Lassen Sie sich auf den Meinungsstreit ein. Immer nur Ja zu sagen, bringt doch nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Rainer Arnold, SPD:

60 Jahre Bundeswehr sind auch 60 Jahre Reform und Wandel



Rainer Arnold (*1950)
Landesliste Baden-Württemberg

Eine wichtige staatliche Institution hat gestern und heute ihren 60. Geburtstag gefeiert. Die Bilder vom gestrigen Abend hatten und haben eine hohe Symbolkraft: der Große Zapfenstreich vor dem deutschen Parlament. Ich denke, auch Demokratien brauchen Zeichen und Symbole. Ich kann das so gelassen sagen, weil wir wissen: Sowohl die Bundeswehr als auch die deutsche Gesellschaft bergen nirgendwo das Risiko in sich, dass wir zu einer Überhöhung und zu einer Heroisierung der Streitkräfte kommen.

Zu diesen Symbolen gehören auch dieses Gedenken und das Erinnern. Wir denken in dieser Stunde auch an die Soldaten, die im Einsatz ihr Leben verloren haben, und deren Familien, deren Leid und Schicksal. Es ist gut, dass es Erinnerungsstätten gibt, in Potsdam und beim Bendlerblock. Ich wünsche mir allerdings auch, Herr Präsident, dass es gelingt, dass auch hier, wo die Entscheidungen getroffen werden, eine Stätte der

Erinnerung eingerichtet wird.

Der Beginn der Bundeswehr war ein schwieriger, insbesondere für Sozialdemokraten. Es waren kontroverse, turbulente Debatten über die Wiederbewaffnung. Das hatte auch etwas damit zu tun, dass viele der ersten Offiziere und Unteroffiziere eben aus der Wehrmacht rekrutiert wurden und die NS-Zeit, Angriffskriege, eine furchtbare Niederlage und der Neubeginn natürlich diese Debatten mit geprägt haben.

Deshalb wurde die Bundeswehr vom ersten Tag an als Parlamentsarmee konzipiert. Die Erfahrung der Kriege war: Es gilt das Primat der Politik, Regierung und Deutscher Bundestag, und nicht der Generalstab trifft politische Entscheidungen. Dazu gibt es ein nettes Zitat des Abgeordneten Bausch, der im Verteidigungsausschuss 1954 sagte:

Wir sind uns einig, dass die Kontrolle des Parlaments und der Regierung über das Militär einwandfrei sichergestellt werden soll. Frage ist: Wie kriegen wir das hin?

Sehr verehrte Zuhörer, ich denke, nach 60 Jahren können wir heute mit Fug und Recht sagen: Wir haben das auf vorbildliche Art und Weise hingekriegt, auch innerhalb des Bündnisses der NATO.

Es gab immer wieder Menschen, die geglaubt haben, eine Parlamentsarmee passe nur zu Friedenszeiten und zu einer Übungsarmee. Nein, gerade bei der Armee im Einsatz hat sich in den letzten Jahren besonders gezeigt, wie

wertvoll diese parlamentarischen Entscheidungen und Debatten sind. Wir sind sehr froh, dass das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1994 diesen Parlamentsvorbehalt im Grunde genommen zementiert hat. Dies heißt auch: Die Bundeswehr als Parlamentsarmee ist im Alltag der Soldaten auch für sie selbst identitätsstiftend. Das merken wir bei jedem Besuch und bei jedem Gespräch mit unseren Soldaten.

Das heißt auch für uns: Unsere parlamentarische Verantwortung endet eben nicht am Kasernentor. Wir haben auch einen wichtigen Sensor, nämlich den Wehrbeauftragten. Es waren übrigens Sozialdemokraten, die dessen Einsetzung damals erzwungen haben. Das ist ein unverzichtbares Instrument für uns.

60 Jahre Bundeswehr sind aber auch 60 Jahre Reformen, innerer Wandel, auch kultureller Wandel bei den Streitkräften. Ich sage ganz offen: Mein eigenes Bild von den Streitkräften hat sich – ich bin ein Kind der 68er-Generation – auch gewandelt. Vielleicht war ich damals nicht immer ganz gerecht, aber richtig ist schon: Auch über die Bundeswehr hatte sich viele Jahre lang gewissermaßen der Mehltau der Adenauer-Ära gelegt. Es war notwendig, dass eine neue Generation von Soldaten, eine Nachkriegsgeneration, die Prinzipien der Streitkräfte nicht nur theoretisch verinnerlicht hat, sondern im Alltag die Begriffe „Staatsbürger in Uniform“ und „Prinzipien der Inneren Führung“ durch eigenes Vorleben in die Truppe ge-

bracht hat. Dies sind wichtige Veränderungen, und wir sind heute sehr froh darüber.

Es gab Zeiten, in denen erfolgten unglaublich viele Eingaben an den Wehrbeauftragten wegen Verstößen gegen die Menschenwürde. Die Älteren unter uns erinnern sich noch an das Stichwort „Die Schleifer von Nagold“. Seither begleitet die Öffentlichkeit – wir und die Medien – die Bundeswehr in solchen Situationen durchaus kritisch. Dies ist notwendig, und dies hat auch dazu geführt, dass dies heute kein Thema mehr ist. Wir können heute im Grunde genommen sagen: Die Bundeswehr ist in der Gesellschaft als demokratische Institution angekommen, bei der Soldaten nicht nur Befehl und Gehorsam kennen, sondern bei der eigenes Mitdenken und eigenes Infragestellen gefördert werden.

Es gab – heute wurde über ihn gesprochen – einen Verteidigungsminister in der Riege der fünf sozialdemokratischen Verteidigungsminister, der die Bundeswehr entscheidend auf diesem Weg in die tiefe gesellschaftliche Verankerung mitgeprägt hat. Das war Helmut Schmidt. Er hat mit einer Reform an Haupt und Gliedern begonnen. Vieles ist lange geblieben, zum Beispiel die Einbindung des Generalinspektors mit dem Blankeneser Erlass oder der Umgang mit der Wirtschaft. Bis heute ist das Projekt Beschaffungswesen noch nicht ganz fertig. Helmut Schmidt hatte es damals schon zu Recht als Riesenaufgabe erkannt. Er hat von Theo Sommer ein Weißbuch schreiben lassen, das insofern neuartig war, als es eine kritische Bestandsaufnahme der Bundeswehr und der deutschen

Sicherheitspolitik beinhaltete.

Manches Erbe von Helmut Schmidt wird auf Dauer bleiben, insbesondere die Bildungsreform bei den Streitkräften. In den 70er-Jahren hatten wir ein größeres Problem bei der Personalgewinnung als heute. Das vergessen wir manchmal. Auf eine offene Stelle kamen nur zwei Bewerber. Die Gründung der Bundeswehruniversitäten war eine Antwort darauf. Dies hat den Soldatenberuf attraktiv gemacht und hat dazu geführt, dass Offiziere selbst anders lernen, anders denken, anders gestalten, als es zuvor der Fall war. Es ist ein

Erfolgsmodell; denn wir können heute sagen: Viele Absolventen der Bundeswehruniversitäten sind heute in Führungspositionen in der deutschen Gesellschaft, statistisch übrigens mehr als Absolventen der regulären

Hochschulen.

Für mich persönlich – und vielleicht auch für Sie – gibt es einen ganz besonderen Nachlass, den Helmut Schmidt hinterlassen hat. Carlo Schmid hat einmal im Verteidigungsausschuss gesagt: Ich bin dagegen, dass wir Leute zum Musikmachen einziehen und womöglich die Beförderung davon abhängig machen, ob einer Waldhorn spielen kann. – Heute lächeln wir zu Recht darüber. Was hat Helmut Schmidt getan? Er hat die „Big Band der Bundeswehr“ gegründet. Sie stiftet auch Identität. Sie ist ein Werbeträger. Dies war eine tolle und kulturell wichtige Entscheidung.

Diese Facette gehört zu einer Bundeswehr, die insgesamt ein anderes Gesicht hat. Heute hat die

Mein eigenes Bild von den Streitkräften hat sich auch gewandelt.

Bundeswehr das Gesicht einer modernen Armee, wo Einsatzfähigkeit und Leistung in den Krisengebieten kein Gegensatz zur Debatte um Kitas und Dienstzeitregelungen sind.

Das ist auch genau richtig so.

Wir haben auch gesehen, dass der Soldatenberuf in einer Welt, die schwieriger und komplexer geworden ist, anspruchsvoller geworden ist. Deshalb wissen wir bis zum heutigen Tag, so ärgerlich es ist, wenn Hubschrauber nicht fliegen und viele Flugzeuge zu spät geliefert werden: Die Bundeswehr der Zukunft hängt in erster Linie davon ab, ob es uns auch in Zukunft gelingt, die klugen jungen Menschen zu gewinnen, die die Komplexität des Soldatenberufes beherrschen und der damit verbundenen Herausforderung nicht nur intellektuell, sondern auch physisch und psychisch gewachsen sind.

Die Menschen in Deutschland

erleben ja im Augenblick jeden Tag, was dies bedeutet. Die Arbeit der Soldatinnen und Soldaten im Bereich der Amtshilfe bei der Bewältigung der Aufgaben, die die vielen flüchtenden Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, mit sich bringen, ist beeindruckend. 435 genehmigte Einsätze in Form von Unterstützungsleistungen, das ist wirklich herausragend.

Wir sagen allerdings auch: Dies geht zwar eine bestimmte Zeit; aber es gilt zu bedenken: Es sind Soldatinnen und Soldaten und Zivilbeschäftigte, die ihren eigentlichen Dienstauftrag nicht mehr erfüllen können. Eine Flut geht irgendwann einmal zurück; so etwas ist überschaubar. Die Bewältigung der Flüchtlingsmenge wird uns noch längere Zeit beschäftigen. Die Bundeswehr ist die Institution, die in den letzten Jahren am meisten Soldaten und Zivilbeschäftigte vorzeitig in den Ruhestand geschickt hat. Deshalb wür-

den wir es sehr begrüßen, wenn man das damit verbundene Potenzial zur Bewältigung dieser Aufgabe jetzt reaktiviert.

Die Zukunft der Bundeswehr ist ein Thema, bei dem wir merken: Der Wandel hört nicht auf. Wir reden heute über den in der NATO seit langem vorhandenen Gedanken: Wir müssen so stark bleiben, damit wir unsere Stärke nie brauchen. Hier muss die Bundeswehr ihre Fähigkeiten auch durch wirklich vorhandenes Gerät und Personal in den nächsten Jahren unterlegen. Es reicht nicht, wenn wir diese Fähigkeiten nur auf dem Papier haben.

Die neuartigen Konflikte, insbesondere hybride Kriege, verlangen eben nicht nur militärische Antworten; vielmehr brauchen wir eine breite Debatte darüber, was es heißt, mit hybriden Konflikten umzugehen. Im Mittelpunkt wird die Feststellung stehen: Die beste Sicherheit vor hybriden Kriegen

sind Gesellschaften, die im Inneren stabil und sozial gerecht sind. Deshalb gehören Außen- und Sicherheitspolitik, wirtschaftliche Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe unmittelbar zusammen. Dies müssen wir stärker in den Fokus rücken.

Lassen Sie mich noch sagen und den Soldatinnen und Soldaten auch raten: Ihr habt Grund zum Selbstbewusstsein. Der Soldatenberuf hat in der deutschen Gesellschaft zusammen mit dem Polizistenberuf das höchste Ansehen, was die Erfüllung der Aufgaben eines Verfassungsorgans angeht. Wir sagen voll Respekt vor all denjenigen, die in den letzten 60 Jahren die Bundeswehr mit geprägt und weiterentwickelt haben ein Dankeschön für dieses Engagement, insbesondere den Soldaten, die zusammen mit ihren Familien durch Einsätze auch persönliche Entbehrungen auf sich genommen haben und dies gerne taten

und nicht darüber lamentierten.

Ich habe abschließend noch einen Wunsch: Mein Wunsch ist, dass dies heute die letzte Feier zu einem runden Geburtstag der Bundeswehr ist. Mein Wunsch ist, dass 75 Jahre Bundeswehr anders gefeiert werden, nämlich in der Form, dass wir darüber reden, dass die deutschen Streitkräfte ein – wichtiger – Teil einer europäischen Verteidigungsunion sind. Zum 100-jährigen Jubiläum – ich werde es nicht mehr erleben – wünsche ich mir, dass überhaupt nicht mehr die Bundeswehr gefeiert wird, sondern dass die Vision einer europäischen Streitkraft endlich wahr geworden ist. Man sieht also: Politik und Soldaten haben auch in den nächsten 40 Jahren noch viele Aufgaben zu bewältigen. Wir möchten als Parlament gerne dabei mithelfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Agnieszka Brugger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Konflikte dieser Welt lassen sich nicht militärisch lösen



Agnieszka Brugger (*1985)
Landesliste Baden-Württemberg

Wofür braucht Deutschland bewaffnete Streitkräfte? Diese Frage wurde nicht nur bei der Gründung der Bundeswehr kontrovers, ernsthaft und emotional diskutiert, sondern sie muss auch heute immer wieder neu gestellt und neu beantwortet werden.

Als die Bundeswehr vor 60 Jahren gegründet wurde, herrschte Kalter Krieg: Es standen sich zwei Blöcke, bis an die Zähne bewaffnet, feindlich gesinnt gegenüber. Diese düsteren Zeiten sind heute zum Glück vorbei, und Deutschland ist direkt, unmittelbar nur von Freunden umgeben, und das ist gut.

Heute sind es nicht so sehr zwei

Machtblöcke, die sich gegenüberstehen. Wir sehen häufig auf der Welt nicht nur zwei Staaten, die auf klassische Art und Weise Krieg gegeneinander führen; vielmehr werden vor allem Bürgerkriege geführt, in denen verschiedene Gruppen, auch unter Anwendung von großer Gewalt, von Menschenrechtsverletzungen, um Macht und Einfluss kämpfen. Wir sehen zerfallende Staaten, hybride Kriegsführung, Terrorismus.

Die Konflikte auf den anderen Kontinenten dieser Welt sind uns heute aus vielen Gründen viel näher als noch vor 60 Jahren. Diese Veränderungen auf der Welt und diese veränderten Fragen von Frieden und Sicherheit spiegeln sich auch in den Aufgaben und Strukturen der Bundeswehr wider.

Aus einer fast 500 000 Mann starken Wehrpflichtarmee ist eine Freiwilligenarmee im Einsatz geworden. In den letzten Jahren gab es die Einsätze auf dem Balkan und den Krieg in Afghanistan. Und aktuell gibt es die Schlep-perjagd im Mittelmeer. Es wird gefordert, dass sich die

Bundeswehr im Cyberraum engagiert oder dass sie jetzt – das ist, wie ich finde, eine sehr abstruse Forderung von der Union – bei der Grenzsicherung in Deutsch-

land eine Aufgabe übernimmt.

Ebenso aber – auch das haben Sie hier unerwähnt gelassen, Herr Kollege Gehrcke, als Sie von Militarismus und Krieg gesprochen haben – ist die Bundeswehr heute in den Friedensmissionen der Vereinten Nationen engagiert, um die Zivilbevölkerung zu schützen, Waffenstillstände abzusichern, Streitkräfte auszubilden, wenn Menschen keinen Schutz haben, Seenotrettung im Mittelmeer zu betreiben oder – ich finde sehr beeindruckend, was da derzeit geleistet wird – bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge hier im Land mitzuhelfen.

Meine Damen und Herren, die Frage nach dem Wofür muss auch immer die Frage nach den Lehren aus der Vergangenheit beinhalten. Und dann muss man sehen: Der Krieg in Afghanistan, aber auch die großen Militäreinsätze im Irak und in Libyen, an denen die Bundeswehr nicht beteiligt war, konnten ihre Ziele nicht erreichen. Sie sind im Kern gescheitert. Man hat gelernt, dass ein Einsatz, vielleicht mit der besten Absicht begonnen, am Ende des Tages zu mehr Gewalt und zu mehr Chaos führen kann. Die Konflikte dieser Welt lassen sich nicht militärisch lösen, aber das Militärische kann unter bestimmten, eng begrenzten Bedingungen einen wichtigen Beitrag zur kurzzeitigen Stabilisierung oder zum Schutz der Zivilbevölkerung leisten.

Deshalb ist es so wichtig und auch entscheidend, dass wir mehr für zivile, diplomatische und entwicklungspolitische Antworten tun, um die Ursachen, die den Konflikten und Krisen zugrunde liegen, zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren, wer dies – und das ist in den letzten Jahren leider immer wieder geschehen – vernachlässigt, der schießt die Soldatinnen und Soldaten in gefährliche Einsätze mit wenig Aussicht auf Erfolg. Das muss uns eine Lehre sein und sollte in Zukunft nie wieder passieren.

Wir Grüne sind der Auffassung, dass sich die Bundeswehr viel stärker im Rahmen dieser breit aufgestellten zivil-militärischen Friedensmissionen der Vereinten Nationen – nicht nur mit einem kleinen symbolischen Beitrag – beteiligen sollte. Diese Missionen erreichen durchaus sehr oft ihre Ziele. Sie tragen dazu bei, dass Gewalt eingedämmt wird und die Zivilbevölkerung geschützt werden kann.

Es ist klar: Die Frage nach den zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr beinhaltet auch die Frage der Landes- und Bündnisverteidigung, gerade in einem Europa, wo natürlich die Ängste der osteuropäischen Partner spürbar werden. Natürlich stehen wir auch an ihrer Seite, beispielsweise wenn die Luftraumüberwachung im Baltikum von der Bundeswehr übernommen wird. Es ist aber doch sicherheits- und finanzpolitisch irrsinnig und eine absolute Kurzschlussreaktion, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der Union, wenn Sie jetzt hier auf einmal wegen der Ukraine-Krise mehr Panzer fordern.

Auch ist es verheerend, sich vor der Frage nach den zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr zu drü-

cken. Klar, es geht nicht um ein simples Entweder-oder; aber es geht schon um den Schwerpunkt des deutschen sicherheitspolitischen Engagements.

Ein Beleg dafür, dass etwas auch scheitern kann, wenn man sich mit dieser Frage nicht auseinandersetzt, ist die Bundeswehrreform. Das bedeutet in der Konsequenz, dass es zum Beispiel auf der einen Seite zu wenig benötigtes Gerät gibt, während auf der anderen Seite für mehrere Milliarden Euro Waffensysteme beschafft werden, die sicherheitspolitisch nicht wirklich notwendig sind und auch nur mit geringer Wahrscheinlichkeit eingesetzt werden.

Wer die Frage beantworten will, ob die Bundeswehr nigelnagelneu entwickelte Leopard-Panzer oder ein milliardenschweres Raketenabwehrsystem MEADS braucht oder ob es nicht doch vielmehr funktionsfähige Hubschrauber, geschützte Fahrzeuge auf höchstem Niveau und Aufklärungsmittel sein sollen, der muss eben die Frage nach dem sicherheitspolitischen Fundament und nach den Kernaufgaben bzw. den zentralen Aufgaben der Bundeswehr beantworten.

Frau von der Leyen, Sie haben diese Debatte mit dem Weißbuchprozess angestoßen und wollten das Versäumnis der Bundeswehrreform an dieser Stelle sozusagen wieder rückgängig machen. Gleichzeitig aber treffen Sie wichtige Beschaffungs- und Strukturentscheidungen, mit denen Sie den von Ihnen selbst angestoßenen wichtigen Prozess konterkarieren. Das verschärft am Ende des Tages die Probleme bei der Bundeswehr – und löst sie nicht.

Meine Damen und Herren, die Frage nach dem Wofür ist immer

Die Bundeswehr ist heute in den Friedensmissionen der Vereinten Nationen engagiert.

auch eine zutiefst ethische Frage, die sich selten nur mit Ja oder Nein beantworten lässt; das ist auch nicht immer schwarz-weiß. Sowohl das Handeln als auch das Nichthandeln bergen immer eine Verantwortung. Ich finde, es ist immer wieder spürbar, wenn wir im Parlament über die Auslandseinsätze der Bundeswehr diskutieren, dass es für viele Kolleginnen und Kollegen hier eine Gewissensentscheidung ist, dass man sich dessen bewusst ist, dass das Dagegenstimmen und Nichteingreifen genauso schwierig sein kann und genauso verheerende Folgen haben kann wie der Militäreinsatz,

den man auf den Weg bringt.

Die Bundeswehr als Parlamentsarmee ist ein hohes Gut und ein großer Wert, weil das für diese umstrittenen Fragen eine breite demokratische Legitimation ermöglicht. Wir werden deshalb immer allen Versuchen entgegentreten, die Parlamentsbeteiligung auszuhöhlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende meiner Rede würde ich gern sagen, warum ich seit Jahren sehr gern im Verteidigungsausschuss sitze. Wir haben sehr unterschiedliche Meinungen; das haben Sie in dieser Debatte gesehen. Von der Linkspartei bis zur CSU – wir

können uns herrlich streiten. Aber in einem sind wir uns einig, und das hat mich immer sehr beeindruckt. Uns ist klar, unabhängig davon, wie wir selber zu einem Auslandseinsatz stehen: Wir haben gemeinsam eine Verantwortung für die Menschen, die das Parlament, der Bundestag, mit seiner Mehrheit in gefährliche Auslandseinsätze schickt.

In diesem Konsens haben wir in den letzten Jahren immer wieder

gemeinsam gehandelt, auch gegen Widerstände aus der Regierung. Ich erinnere an die Fragen der Betreuungskommunikation oder auch an die Frage: Wie gehen wir mit den Ortskräften aus Afghanistan um? Gewähren wir ihnen großzügig Schutz, oder folgen wir dem restriktiven Kurs des Innenministeriums?

– Ganz besonders

möchte ich an dieser Stelle aber eines erwähnen: Dass in den letzten Jahren bei der Betreuung, An-

erkennung und Behandlung von an Körper und Seele Verwundeten so viel getan wurde, das war etwas, was wir alle zusammen auf den Weg gebracht haben.

Im Sinne dieses Konsenses möchte ich meinen Dank, meine Anerkennung und meinen Respekt für diejenigen Menschen zum Ausdruck bringen, die im Auftrag des Parlaments für Frieden und Sicherheit ihren Dienst tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Karl A. Lamers, CDU/CSU:

Die NATO ist eine Schicksalsgemeinschaft der Werte



Karl A. Lamers (*1951)
Wahlkreis Heidelberg

Helmut Schmidt war ein großer Politiker und Staatsmann. Wir verneigen uns vor ihm.

Heute vor 60 Jahren, am 12. November 1955, wurde die Bundeswehr gegründet. Die Gründer wählten einen Tag mit hoher Symbolwirkung im Hinblick auf die Militärgeschichte: den 200. Geburtstag des preußischen Heeresreformers General Gerhard von Scharnhorst.

Damals war die Bundeswehr alles andere als unumstritten. Das ist durchaus verständlich. Nur etwa zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wollten viele damals ein neutrales Deutschland, ohne eine eigene Armee. Aber schon Wilhelm von Humboldt wusste: Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit.

Konrad Adenauer war sich dieser Tatsache bewusst und setzte sich mit seiner Vision der Westbindung schließlich durch. Diese Entscheidung wurde zu einem Glücksfall der Geschichte. Es war der Weg zu Freiheit, Solidarität und Demokratie.

Andere Staaten, vor allem in Europa, begegneten der Idee neuer deutscher Streitkräfte zunächst

mit Misstrauen. Trotz aller Vorbehalte: Es gelang. Die Bundeswehr erwarb nach und nach das Vertrauen der Partner. Heute ist sie in der ganzen Welt hochgeachtet und ein Beispiel für viele junge Demokratien.

Die Grundsätze der Inneren Führung und das Prinzip des Staatsbürgers in Uniform wurden zu echten Markenzeichen unserer Streitkräfte, um die uns unsere Partner beneiden.

Auch im Innern zählt die Bundeswehr heute zu den angesehensten Institutionen – und das zu Recht. Das haben sich unsere Soldatinnen und Soldaten im wahren Sinne des Wortes erdient.

60 Jahre Bundeswehr, das sind 60 Jahre erfolgreiche Sicherung des Friedens in Freiheit. Unsere Väter und Großväter hätten sich das sicher nicht vorstellen können. 60 Jahre Bundeswehr heißt auch 60 Jahre Integration in die westliche Verteidigungsallianz, in die NATO. Der ehemalige NATO-Generalsekretär und Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner sagte einst:

Die Stärke der NATO lag und liegt nach wie vor in ihrer Wirksamkeit als einer Schicksalsgemeinschaft der Werte und Interessen.

Daran hat sich bis zum heutigen Tag nichts geändert. Das Bündnis stand immer für Werte wie Demokratie, Recht und Freiheit. Unser Land und die Bundeswehr sind stolz darauf, Teil dieser Wertegemeinschaft zu sein.

Jahrzehnte lag Deutschland an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts. Von 1955 bis 1990 hat die Bundeswehr im sogenannten Kalten Krieg an der Seite ihrer Partner einen heißen Krieg in Europa verhindert. Zugleich hat sie zu dem

Erfolg beigetragen, den Frieden in Europa zu sichern – trotz der Konfrontation der Militärblöcke, trotz der nuklearen Bedrohung. Die transatlantische Bindung Deutschlands, unsere Verankerung in der NATO, hat in unseren Partnerstaaten Vertrauen gebildet – in unser Land, in unsere Demokratie, vor allem auch in unsere Verlässlichkeit –, letztlich sicherlich auch eine wichtige Voraussetzung für ihre Zustimmung zur deutschen Einheit.

Zu den größten Leistungen der Bundeswehr – Herr Otte hat darauf angespielt – zählt ihre Rolle bei der Vereinigung unseres Landes nach 1990. Der Aufbau der gesamtdeutschen Streitkräfte wurde zu einer wahren Erfolgsgeschichte: Die Bundeswehr, eine Armee der Einheit. Auch in Europa spielt die Bundeswehr eine wichtige Rolle. Sie beteiligt sich an EU-geführten Missionen auf unserem Kontinent und in Afrika. Darüber hinaus sind unsere Soldatinnen und Soldaten auch bei internationalen Friedensmissionen der Vereinten Nationen aktiv.

Von der Präsenzarmee zu Zeiten des Kalten Krieges hat sich die Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz gewandelt. Vor 1990 waren Out-of-Area-Einsätze aufgrund der politischen Gesamtlage undenkbar. Heute leistet die Bundeswehr ganz selbstverständlich in internationalen Missionen einen aktiven Beitrag zu Sicherheit und Frieden. Dazu hat sie bemerkenswerte Fähigkeiten entwickelt, die in unterschiedlichsten Einsätzen gefordert sind. Denken Sie an unseren Einsatz in Afghanistan, zunächst im Rahmen von ISAF, jetzt im Rahmen der Mission Resolute Support, die wir verlängern werden. Denken Sie an unseren Bei-

Wir haben eine Verantwortung für die Menschen, die wir in Auslandseinsätze schicken.

trag zur Friedenssicherung im Kosovo, an die Bekämpfung von Schleusern im Mittelmeer und die Sicherung der Meeresroute am Horn von Afrika. Ich denke an unseren Einsatz in Mali und an die Ausbildung kurdischer und irakischer Kräfte für den Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“. Überall leistet die Bundeswehr einen wichtigen und bedeutsamen Beitrag. Dafür danke ich ihr.

Gleichzeitig beschäftigen wir uns mit den Herausforderungen eines sogenannten hybriden Krieges. Die Bundeswehr ist darüber hinaus im Bündnis auf neuen Feldern der Sicherheitspolitik aktiv. Ich nenne hier den Bereich Cybersecurity. Das Internet verbindet zwar, schafft aber auch Gefahren.

Die Bundeswehr hat viele Facetten. Ich denke an die Hilfeleistung bei Unglücken, Naturereignissen, Waldbränden, Flutkatastrophen und – gerade jetzt, in diesen Wochen und Monaten – an den Beitrag der Bundeswehr bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation. Ich danke Ihnen, Frau Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. von der Leyen, dass die Bundeswehr ein breites Spektrum an Unterstützungsmaßnahmen in diesem Bereich zur Verfügung stellt. Das hilft den Menschen bei

der Bewältigung dieser großen Herausforderungen. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, viele Menschen haben bis vor nicht allzu langer Zeit – Herr Gehrcke, Sie gehören offensichtlich dazu – tatsächlich geglaubt, die Bundeswehr weiter abrüsten oder abschaffen zu können.

Das können wir nicht. Die Bundeswehr ist heute wichtiger denn je. Wenn Sie davon träumen, dass Deutschland aus der NATO aussteigen könnte, dann sage ich Ihnen – ich spreche hier sicherlich nicht nur für die meisten Mitglieder dieses Hauses, sondern auch für über 300 Parlamentarier der Parlamentarischen Versammlung der NATO –: Wir brauchen heute – gerade heute – die NATO. Sie ist der Garant für Sicherheit und Freiheit in bedrohlicher Zeit, meine Damen und Herren.

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Putins Russland hat die euroatlantische Sicherheitsarchitektur von einem auf den anderen Tag fundamental geändert. Eine längst überwunden geglaubte Konfrontation mitten in Europa gefährdet unsere Zukunft

Fortsetzung auf nächster Seite



Keine Freunde der Bundeswehr: Ungefähr 200 Menschen demonstrierten vergangene Woche in Berlin.

© picture alliance/NurPhoto

und unseren Frieden. Entschlossenheit und glaubwürdige Bündnisverteidigung sind jetzt wieder das Gebot der Stunde. Jahrzehntlang konnten wir uns auf unsere Bündnispartner verlassen. Jetzt ist unsere Solidarität gegenüber den Mitgliedern gefordert, die sich heute bedroht fühlen.

Mit den auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 vereinbarten Maßnahmen zur Rückversicherung stärken wir die Kernfunktion des Bündnisses, die kollektive Vertei-

digung unseres Bündnisgebietes. Mit einer Schnellen Eingreiftruppe werden die Einsatzbereitschaft und Flexibilität des Bündnisses deutlich erhöht. Deutschland, meine Damen und Herren, leistet bei alldem substantielle Unterstützung und übernimmt als Rahmennation eine führende Rolle. Das stärkt das Bündnis und festigt zugleich unser Ansehen in der Allianz.

Meine Damen und Herren, General von Scharnhorst formulierte

vor mehr als 200 Jahren den Anspruch:

Tradition in der Armee hat es zu sein, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.

An dieser Maxime orientieren wir uns, orientieren Sie sich, Frau Bundesministerin. Für die Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten ist es steter Anspruch, nach vorne zu blicken und die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen.

In dieser Stunde denken wir

ganz besonders an die im Kampf Gefallenen und die vielen an Körper und Seele verwundeten Soldatinnen und Soldaten sowie an ihre Angehörigen. Im Namen meiner Fraktion danke ich ihnen von Herzen für ihren Dienst und spreche den Familien meine tiefempfundene Anteilnahme aus. Unseren Soldatinnen und Soldaten, den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den letzten 60 Jahren Dienst in der Bundeswehr geleistet haben und aktuell leis-

ten, insbesondere denen, die im Auslandseinsatz sind, gelten mein Respekt und meine Hochachtung.

Sie leisten Großartiges. Wir wünschen ihnen Erfolg und vor allem Gottes Segen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Christine Buchholz, DIE LINKE:

Die Bundeswehr hat nichts im Ausland zu suchen



Christine Buchholz (*1971)
Landesliste Hessen

Als vor 60 Jahren die ersten Rekruten ihre Ernennungsurkunden erhielten, sagte man ihnen, es ginge nur um Verteidigung, es ginge um die Bedrohung aus der Sowjetunion und dem Ostblock – sonst nichts. Deshalb war auch die Hoffnung auf Frieden und Abrüstung so groß, als 1989 die Mauer viel.

Doch nur zehn Jahre später waren deutsche Kampfflugzeuge wieder an einem Krieg in Europa beteiligt, dem Angriff auf Jugoslawien. Weitere zehn Jahre später, 2009, hat ein deutscher Oberst im afghanischen Kunduz einen Bombenangriff auf zwei liegengeliebene Tanklaster befohlen. Über 100 Zivilisten, darunter viele Kinder, verbrannten in dem Inferno.

25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland nicht friedlicher geworden. Stattdessen haben alle Bundesregierungen seitdem die Bundeswehr in internationale Kriegs- und Kriseneinsätze hineingetrieben. Die Linke hält das für grundfalsch.

Wenn heute Stimmen laut werden, man solle den Einsatz in Afghanistan ausweiten, das Mandat erweitern und es näher an die tatsächlichen Kriegshandlungen heranführen, dann sagen wir Nein.

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 wurde die Weichenstellung der Neuausrich-

tung der Bundeswehr so begründet: Deutschland sei eine „kontinentale Mittelmacht“ mit „weltweiten Interessen“. Sie reichten von der „Aufrechterhaltung des freien Welthandels“ bis zum „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen“. Zwei Jahre später, 1994, hat das Bundesverfassungsgericht das dann für verfassungsgemäß erklärt, obwohl die Bundeswehr laut Grundgesetz eine Verteidigungsarmee ist. So sind die Machtverhältnisse in diesem Land: Zunächst werden geostrategische und wirtschaftliche Interessen definiert, dann wird die Armee umgebaut, und am Ende ist es Recht. Das ist nicht akzeptabel.

Glücklicherweise haben die Bundesregierungen seit jeher ein Problem: Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. 1991 rief die geplante Unterstützung des zweiten Golfkriegs Widerstand hervor – in der Bevölkerung, aber auch bei Soldaten. Der damalige Generalinspekteur, Dieter Wellershoff, fragte – Zitat –, ob wir nicht den Gedanken an Krieg, Tod und Verwundung zu weit in den Hintergrund geschoben haben. Der damalige Verteidigungsminister Rühle räumte 1992 ein, dass die Bürger nicht auf Auslandseinsätze vorbereitet seien. „Deswegen“, so Rühle damals wörtlich, „müssen wir Schritt für Schritt vorgehen.“

So ist es gekommen. Deutsche Streitkräfte wurden seitdem in rund 40 Auslandseinsätze geschickt, erst in kleine, dann in immer größere. Aber die allermeisten Menschen in Deutschland wollen sich nicht wieder an Krieg, Tod und Verwundung gewöhnen, und ich werde es auch nicht.

Die Bundeswehr hat nichts im Ausland zu suchen, nicht im ehemaligen Jugoslawien, nicht in Afghanistan, nicht in Mali, auch nicht im Irak. Diese Auslandseinsätze sind so unbeliebt, dass es der

Bundeswehr an Personal fehlt. Deshalb hat Frau von der Leyen gerade 10 Millionen Euro für eine neue PR-Kampagne, mit der bei jungen Leuten für eine Karriere bei der Bundeswehr geworben wird, ausgegeben. „Krisenherde löschst du nicht mit Abwarten und Teetrinken“, heißt es da.

Meine Damen und Herren, Deutschland schafft die Krisenherde selbst mit. Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Die Bundesregierung ist eine der treibenden Kräfte hinter einer weltweiten Freihandelspolitik, die Millionen Menschen den Boden unter den Füßen wegzieht

und ins Elend treibt. Und Sie erwecken hier den Eindruck, man könnte die selbst mitverursachten Krisen der Welt mit Militär lösen. Das ist zynisch.

An die Grünen, aber auch an Herrn Lamers gerichtet, sage ich: Wir glauben nicht, dass die Seerettung und letztlich auch die Flüchtlingshilfe oder die Bekämpfung von Waldbränden Aufgaben der Bundeswehr sind.

Wir brauchen den Aufbau von zivilen Hilfsstrukturen, eines zivilen Katastrophenschutzes.

Frau von der Leyen hat im Februar mit Blick auf das Weißbuch 2016 gesagt – ich zitiere –:

Unsere Interessen haben keine unverrückbare Grenze, weder geografisch noch qualitativ.

Deswegen kennt auch die Aufrüstung keine Grenzen bei teuren Großprojekten wie Panzern, dem A400M oder einer europäischen Kampfdrohne. Wir wollen nicht, dass Steuermilliarden in die Rüs-

tung gesteckt werden. Abrüstung ist das Gebot der Stunde!

Wir wollen auch nicht, dass junge Menschen für Interessen, die nicht ihre eigenen sind, in internationale Bundeswehreinsätze geschickt werden; denn sie sind es, die Soldatinnen und Soldaten, die den Preis bezahlen, wenn sie verwundet, traumatisiert oder tot aus den Einsätzen zurückkommen.

60 Jahre Bundeswehr sind 60 Jahre Widerstand gegen Militarisierung und Krieg: gegen die Wiederbewaffnung, den NATO-Doppelbeschluss, gegen die Auslandseinsätze, aber auch gegen die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr an Schulen und vor Arbeitsämtern.

Daran knüpft die Linke an. Sie können sich darauf verlassen: Der Widerstand wird weitergehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wolfgang Hellmich, SPD:

Bundeswehr ist fester und verlässlicher Teil der Gesellschaft



Wolfgang Hellmich (*1958)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Liebe, verehrte Soldatinnen und Soldaten und zivile Mitarbeiter der Bundeswehr, die Sie heute bei dieser Sitzung des Bundestages dabei sein können! Gestern Abend durften wir den Großen Zapfenstreich anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Bundeswehr vor dem Reichstag er-

leben. Das war ein besonderes Ereignis, das bewegt hat. Vor und in dem Haus des deutschen Volkes ist das Selbstverständnis der Bundeswehr „Wir. Dienen. Deutschland.“ besonders lebendig geworden; das war überzeugend. Vielen Dank für dieses Erlebnis, das gezeigt hat, dass die Bundeswehr als fester und verlässlicher Teil zu unserer demokratischen Gesellschaft gehört und dieses Parlament verlässlich zu seiner Bundeswehr steht.

Ich möchte dies zum Anlass nehmen, um im Namen aller Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages allen aktiven und ehemaligen Soldatinnen und Soldaten sowie allen zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Dienst in den Streitkräften ganz herzlich zu danken.

Ich möchte auch denen danken,

ohne deren Rückhalt und Unterstützung unsere Soldatinnen und Soldaten ebenso wie die zivilen Beschäftigten diesen so besonderen und einmaligen Beruf nicht ausüben könnten: den Partnerinnen und Partnern, ihren Eltern, ihren Kindern, ihren Familien.

Ich möchte noch zwei weitere Adressaten in den Dank mit einschließen, die sich in vielen Jahren kritisch und auch konstruktiv mit der Bundeswehr auseinandergesetzt haben. Vielen Dank an unsere Kirchen, deren Militärfarrer in den Einsätzen viel gute und wertvolle Arbeit für die Soldatinnen und Soldaten geleistet haben. Mit ihren kritischen Beiträgen zu dem, was die Bundeswehr in unserer Gesellschaft leisten soll, haben sie immer wieder Denkanstöße gegeben, die uns eine konstruktive, nach vorne gerichtete Diskussion gebracht haben, die an dem

Friedensgebot unserer Verfassung orientiert ist. Das Thema „Frieden schaffen“ stand und steht über diesen Debattenbeiträgen.

Ich möchte denjenigen danken, die in besonderer Weise unsere demokratische Bundeswehr verkörpern: dem Bundeswehrverband, den Gewerkschaften, den Beamten, die in der Bundeswehr ihren demokratischen Dienst leisten. Sie alle haben sich unter Beteiligung der Soldaten intensiv zum Wohle und im Interesse der Bundeswehr kritisch mit ihr auseinandergesetzt.

Seit ihrer Gründung vor nunmehr 60 Jahren hat die Bundeswehr einen einmaligen Transformationsprozess vollzogen. Die deutschen Streitkräfte dienten lange Zeit ausschließlich zur Verteidigung. Jahrzehntlang galt der Einsatz der Bundeswehr als schwer denkbare Ernstfall, nur im Kalten Krieg vorstellbar. Mit dessen Ende und dem Erringen der deutschen Einheit haben sich die Aufgabe und Rolle Deutschlands und die seiner Bundeswehr grundlegend verändert. War es gerade noch die Befürchtung, die uns alle bewegt hat, zum atomaren Schlachtfeld zu werden, so schien nun die Konfrontation in Europa überwunden.

Das Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle

spielt eine ganz wesentliche Rolle, auch bei der Bundeswehr. Wenn wir in diesem Jahr entscheiden, einen neuen Flieger im Zuge von Open Skies einzusetzen, dann sehen wir, welche wichtigen

Beiträge die Bundeswehr im Betrieb eines solchen Systems, aber auch in Bezug auf die Verifikation der Abrüstungspolitik in Europa und darüber hinaus geleistet hat, dann sehen wir das ganze breite Spektrum dessen, was die Bundeswehr bis heute erreicht hat; und erreicht haben wir dieses nur im Bündnis mit anderen Partnern innerhalb der NATO, im transatlantischen Bündnis.

Die erst vor einem Vierteljahrhundert gewonnene volle Souveränität hat einen Veränderungsprozess in unseren Streitkräften in Gang gesetzt, der mit dem Bekenntnis Deutschlands zu mehr Verantwortung einen Höhepunkt, sicher aber keinen Abschluss gefunden hat. Wäre es vorher denkbar gewesen, dass in Afghanistan

amerikanische Truppen unter deutschem Befehl stehen? Ich möchte an dieser Stelle hinzufügen: Ich bin froh, dass wir in Afghanistan bleiben und das afghanische Volk nicht alleine lassen. Wir müssen mit unseren Partnern weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation vor Ort leisten.

Wäre es denkbar gewesen, dass Deutschland mit einem Framework Nations Concept anderen Nationen als verlässliche Anlehnungsnation zur Verfügung steht? Wäre es vorstellbar gewesen, dass ein niederländisches und ein deutsches Heer Schritt für Schritt miteinander verschmelzen? Sicher nicht. Wir haben in den Jahren der Ausfüllung der vollen Souveränität viel erreicht, und wir sind bereit, mehr Verantwortung in dieser Welt, vor allem in Europa, zu übernehmen. Diese neu gewonnene Souveränität auszufüllen mit dem verfassungsmäßigen Rahmen des Grundgesetzes, mit der demokratischen Verfasstheit der Bundeswehr, mit der Parlamentsarmee, mit dem Parlamentsvorbehalt und mit der Bündnisorientierung, das war eine große Herausforderung, die uns, so bin ich überzeugt, gelungen ist. Die Erfahrung im Einsatz, zivil und militärisch, ist Ausdruck davon, welchen Fortschritt wir in der Politik und in der Bundeswehr gemacht haben.

In den Gesprächen mit den Soldatinnen und Soldaten kommt immer wieder zum Ausdruck, dass sie die besondere Verantwortung des Parlamentes schätzen und die verlässliche Ausfüllung dieser Verantwortung auch einfordern. Sie sind es, die uns mit ihrer Erfahrung im Einsatz immer wieder zeigen, in welche Richtung die Entwicklung gehen muss.

Heute ist unser Land von Freunden und Partnern umgeben. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sowie die Beistandsfähigkeit im Bündnis zu erhalten, das sind weiterhin die zentralen Aufgaben der Bundeswehr. Dafür benötigen wir nicht nur motivierte und gut ausgebildete Soldatinnen und Soldaten, sondern auch das nötige Gerät. Wir müssen das Versprechen, das wir den Soldatinnen und Soldaten gegeben haben, sie entsprechend auszurüsten und zu qualifizieren, einhalten. Wir müssen uns um sie kümmern.

Als Teil der Exekutive untersteht die Bundeswehr dem Kommando der Bundesregierung, wird aber zugleich durch das Parlament kontrolliert und legitimiert. Wie Sie, verehrter Herr Bundestagspräsident, betonen, gibt es weltweit

kein zweites Beispiel für eine derartige parlamentarische Verankerung einer Armee in einem demokratischen Staat. Der Verteidigungsausschuss mit Verfassungsrang, das Budgetrecht und die starke und fast alleinige Rolle des Parlamentes bei der Entscheidung über die Entsendung bewaffneter Streitkräfte ins Ausland machen die starke Stellung des Parlamentes bei der Gestaltung und der Rahmensetzung für die Bundeswehr sehr deutlich.

Laut einer 2013 vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr durchgeführten Umfrage sind 77 Prozent der Bevölkerung der Auffassung, dass die Bundeswehr wichtig für Deutschland ist. Neun von zehn Befragten halten es für selbstverständlich, dass Deutschland eigene Streitkräfte hat, und betrachten die Bundeswehr als einen festen Bestandteil unserer Gesellschaft und unseres demokratischen Staates. Das sind genau die Prozentzahlen, die Ihre Position nicht teilen, und ich bin froh darüber.

So gilt es, unsere Streitkräfte als eine Bundeswehr zu verstehen, die sich aus Soldatinnen und Soldaten, Beamtinnen und Beamten, Tarifbeschäftigten und Auszubildenden zusammensetzt. Sie alle dienen dem Schutz unseres Landes und seiner Menschen.

Auch ich möchte hier an all diejenigen erinnern, die in Ausübung ihres Auftrages für unser Land ums Leben gekommen, gefallen sind. Ihnen und ihren Angehörigen gehören unser besonderer Dank, unsere Anerkennung und unsere stete Erinnerung. Die Gedenkstätte bei Potsdam ist ein schöner und guter Ort, an dem wir dieses auch leben können.

Der Dienstherr Bundeswehr sowie wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen für unsere Soldatinnen und Soldaten sorgen, sei es im Grundbetrieb, sei es bei der Ausbildung, im Einsatz oder danach. Ohne eine verlässliche und funktionierende Betreuung wird es nicht gehen. Es ist vielleicht der besonderen Verantwortung des Parlamentes geschuldet, dass der Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz und ihre schnelle Versorgung im Einsatz einen besonders hohen Stellenwert haben. Auch unsere Partnernationen und ihre Soldatinnen und Soldaten profitieren von dieser besonderen Fähigkeit der Bundeswehr; oftmals verlassen sie sich darauf. Das ist ein Ausweis für das, was wir im und als Parlament in der Bundeswehr und mit der Bundeswehr entwickelt haben.

Dass wir erst mit der Zeit mit Entschädigungsregeln und mit Einsatzregeln die nötigen Maßnahmen für die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz geschaffen

haben, ist Bestandteil des verantwortungsvollen Ausfüllens unserer neuen Souveränität. Truppenärzte, Sozialarbeiter, Psychologen, Betreuungspersonen und viele andere leisten da unschätzbare Dienste.

Mit der Verabschiedung des Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetzes wie mit dem 7. Besoldungsänderungsgesetz setzen wir den Kurs des Ausbaus des Systems Bundeswehr in die Zukunft konsequent fort und leisten an der Stelle, glaube ich, vieles, was unsere Soldatinnen und Soldaten auch so sehen. Sie entscheiden sich für den Dienst bei der Bundeswehr dann, wenn wir ihnen klar sagen, auf welchen Dienst sie sich bewerben, wenn wir ihnen klar sagen, was sie im Berufsleben erwartet, und wenn wir sicherstellen können, dass sie dort eine Perspektive haben. In den drei Säulen der Landesverteidigung, im Einsatz im Bündnis und jetzt auch in der Flüchtlingshilfe muss die Bundeswehr mit gutem Material, mit guter Ausbildung und einer beruflichen und sozialen Perspektive in die Zukunft weiterentwickelt werden.

Die Bundeswehr, inzwischen ein selbstverständliches Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, genießt international einen hervorragenden Ruf. Bei vielen Besuchen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern anderer Parlamente in Europa und auch von Australien, Tunesien und anderen Ländern werden wir immer wieder gefragt: Wie organisiert ihr das? Wie macht ihr das? Wie geht ihr als Parlament damit um? Wie habt ihr das verankert? Wir können ihnen immer nur ei-

nes sagen: Die starke Stellung des Parlamentes bei den Entscheidungen für Einsätze der Bundeswehr – Stichwort „Verfassungsrang“ – ist der Ausgangspunkt dafür, dass wir vieles miteinander gestalten können, dass wir mit der Regierung einen konstruktiven Dialog führen. Dabei steht immer im Mittelpunkt, die Bundeswehr weiterzuentwickeln und sich um die Soldatinnen und Soldaten und die zivilen Mitarbeiter zu kümmern.

Ein neues Weißbuch zur Lage, ein neues Lagebild, das wir dort aufschreiben werden, wird, denke ich, dieses zum Ausdruck bringen. Es wäre gut, wenn dieser Weißbuchprozess nicht nur einmal geschehen würde, sondern permanent.

Wenn wir über eine europäische Armee als Perspektive reden – ich glaube, gebaut wird diese Armee von unten –, denke ich immer an die Militärmusiker. Sie alle spielen dieselben Noten und dieselbe Musik, haben aber sehr unterschiedliche Uniformen an. So stelle ich mir auch eine europäische Armee in der Zukunft vor, die dasselbe tut, die dieselben Grundlagen hat und sich in dieselbe Richtung entwickelt. Ich glaube, das ist die Perspektive, die wir haben.

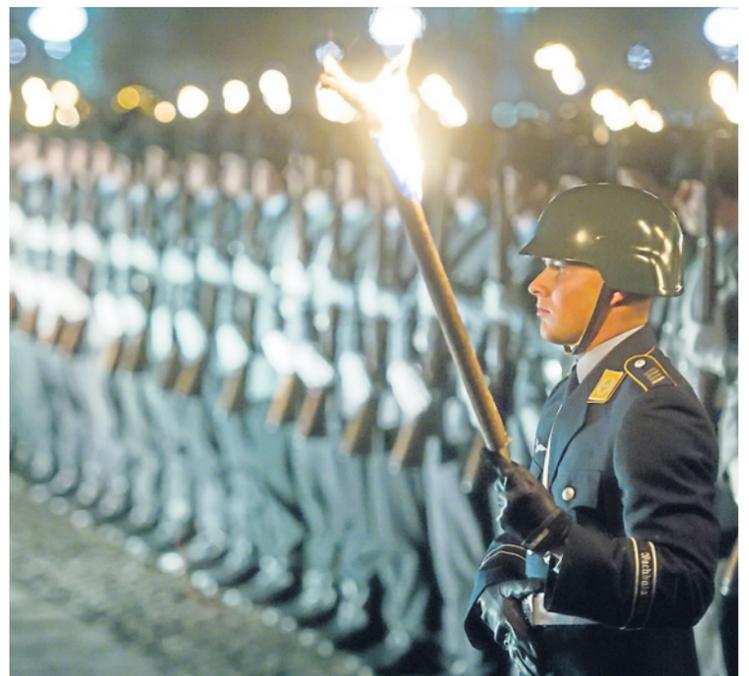
Wer weiß, was er will, der weiß, was er tun muss. Ich gehe davon aus, dass wir uns klar in diese Richtung bewegen. Ich möchte gerade zum heutigen Tage daran erinnern, dass die Bundeswehr zu den 70 Jahren der Erfahrung von Frieden einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet hat. So soll es auch weiterhin sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Bundeswehr hat einen einmaligen Transformationsprozess vollzogen.

Die Bundeswehr genießt international einen hervorragenden Ruf.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch die Abgeordneten Doris Wagner (B90/Die Grünen), Ingo Gädechens (CSU/CSU) und Florian Hahn (CDU/CSU).



Mit einem großen Zapfenstreich wurde der Geburtstag der Bundeswehr in Berlin begangen. © dpa

Debatte zur Integration von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt / 136. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 12. November 2015

Sabine Zimmermann, DIE LINKE:

Flüchtlinge nicht als billige Arbeitskräfte missbrauchen



Sabine Zimmermann (*1960)
Landesliste Sachsen

Für den Verbandspräsidenten des BDI hat die Bundesregierung eigentlich immer ein offenes Ohr. Es sollte Ihnen deshalb nicht schwerfallen, jetzt einmal genau zuzuhören, – was Herr Grillo anlässlich des Tages der Deutschen Industrie gesagt hat. Als größte Herausforderung hat Grillo die Eingliederung der Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt bezeichnet. Man habe ein demografisches Problem und viele offene Stellen, sagte Grillo. Eine rasche Integration bringe mehr für die Sozialkassen, und Integration durch Qualifikation sei zu schaf-

fen. Nun aber müsse die Koalition für das Wirtschaftswachstum und in Sprachkurse investieren.

Man könnte fast glauben, dass Herr Grillo den Antrag der Linken gelesen hat.

Aber zumindest hat er einige Punkte übernommen. Wir sind zwar selten einer Meinung mit ihm, Kollege Zimmer, aber in diesem Punkt hat er doch recht, oder nicht?

Wir müssen Flüchtlinge auf dem Weg in Arbeit unterstützen, statt sie zu behindern oder ihnen sogar die Arbeit zu verbieten. Wir müssen aber auch zugleich unsere strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt anpacken. Es stimmt eben nicht, wie Frau Merkel behauptet, dass es Deutschland gut geht. Vielen geht es nicht gut. Trotz Aufschwung nimmt die Zahl der von Armut betroffenen Personen

– Sie von der Union müssen das schon zur Kenntnis nehmen – auf insgesamt 13 Millionen Menschen zu. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen liegt seit Jahren bei über 1 Million. Das war schon so, bevor die Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Also sind diese bestimmt

nicht daran schuld.

Schuld ist diese Bundesregierung. Sie weigert sich seit Jahren, die sozialen Missstände in Deutschland anzugehen. Bei der Beseitigung dieser Missstände müssen Sie selbstverständlich die Vermögenden und die Konzerne in Haftung nehmen. Aber das wollen Sie auch nicht.

Sie haben in den letzten Jahren nichts gegen die zunehmende Armut getan, insbesondere nichts gegen die Altersarmut.

2 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Sie haben nichts getan gegen prekäre Beschäftigung sowie gegen die massive Ausweitung der Leiharbeit und des Niedriglohnssektors.

Viele können ihre Familien nicht mehr ernähren. 1,2 Millionen Menschen müssen in Deutschland aufstocken. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis! Das ist so.

Auch ein Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro hat daran nichts ändern können; das wissen Sie ganz genau.

Deshalb fordert die Linke einen Neustart in der Arbeitsmarktpolitik für alle.

Für die Flüchtlinge ist die bisherige Bilanz ernüchternd. Nur 8 Prozent von ihnen kommen im ersten Jahr in Arbeit. Nach fünf Jahren ist es die Hälfte. Sie müssen oft auf Dauer im Niedriglohnssektor bleiben. Die Ursachen dafür sind zahlreich: lange Asylverfahren, Wohnsitzauflagen, Einschränkungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und eine mangelhafte Unterstützung insbesondere beim Spracherwerb. Es ist doch ein absolutes Unding, dass Sie jetzt auch noch vorhaben, dass Flüchtlinge von ihrem bisschen Geld den Deutschkurs mitbezahlen sollen. Welch ein Irrsinn! Das bedeutet: Essen oder Sprache lernen. Verrückt!

Auch die schleppende Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist äußerst hinderlich. Besonders gut kennen sich die Bleiberechtsnetzwerke aus, denen ich an dieser Stelle für ihre hervorragende Arbeit danken möchte.

Zu ihnen kam Frau Tairova; sie ist geduldeter Flüchtling. Sie ist Roma, hat Deutsch gelernt und ihre Schulabschlüsse gemacht. Nach vielen Praktika hat sie endlich einen Ausbildungsplatz erhalten. Ihre Aufenthaltserlaubnis ist nun jedoch daran geknüpft, dass sie ihren Ausbildungsvertrag dauerhaft erfüllt.

Aber sie darf den Wohnsitz nicht wechseln und darf nicht umziehen.

Genau das ist das Problem; denn sie wohnt über 20 Kilometer

von ihrer Ausbildungsstätte entfernt und hat gar nicht die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten. Solche Auflagen und Arbeitsverbote gibt es zu Tausenden. Das ist ein Armutszeugnis für dieses Land.

Diese Bundesregierung ist der größte Integrationsverweigerer, und niemand anderes.

Deshalb fordern wir erstens zügige Asylverfahren, Abschaffung jeglicher Arbeitseinschränkungen und -verbote sowie zweitens ausreichend Personal für die Jobcenter. Seit Jahren fehlt ausreichendes Personal für die individuelle Vermittlung und Unterstützung. Die Bundesländer fordern 1,1 Milliarden Euro mehr dafür. Die Regierung hat weniger als ein Drittel davon in Aussicht gestellt. Statt bei den Fördermaßnahmen weiter zu kürzen, brauchen wir mehr Geld für Qualifizierung. Qualifizierung ist das A und O, wenn jemand auf dem Arbeitsmarkt bestehen will. Begreifen Sie das doch endlich!

Drittens dürfen Flüchtlinge nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Für sie muss der Mindestlohn genauso gelten, ohne Wenn und Aber.

Auch die Ausnahmen müssen endlich abgeschafft werden.

Frau Merkel sagt: Wir schaffen das. – Ich sage Ihnen: So nicht!

(Beifall bei der LINKEN)

Karl Schiewerling, CDU/CSU:

Gegen Panikattacken hilft nur ein klarer Kopf



Karl Schiewerling (*1951)
Wahlkreis Coesfeld – Steinfurt II

Meine Damen und Herren! In der Tat, wir stehen in Deutschland vor einer der größten Herausforderungen. Die vielen Flüchtlinge in unserem Land lösen bei vielen Men-

schen Ängste und deutliche Abwehrreaktionen aus. In der Tat ist es etwas anderes, ob ich in der Finanzkrise 2007/2008 gegen virtuelle Blasen einen Etat setzen kann und internationales Finanzmanagement betreibe oder ob ich es, wie in der jetzigen Situation, mit Menschen zu tun habe, die mit Haut und Haaren, mit Seele und mit Erwartungen vor unseren Türen stehen.

Die Entwicklung trifft in Deutschland auf eine Situation, in der Deutschland der Wachstumsmotor in Europa ist, die niedrigste Arbeitslosenquote und eine hohe Beschäftigung hat, sie trifft in Deutschland auf eine Situation, in der die Hauptsorge der Menschen die demografische Entwicklung und eine immer älter werdende

Gesellschaft ist, in deren Folge Fachkräftemangel eines der beherrschenden Wirtschaftsthemen ist. In dieser Zeit kommen unangemeldet und für den einen oder anderen plötzlich in diesem Jahr mehr als 800 000 Flüchtlinge aus anderen Ländern, aus anderen Kulturkreisen zu uns, um Schutz vor Verfolgung und ein besseres Leben zu suchen.

Sehen Sie, Frau Kollegin Zimmermann, das unterscheidet uns: Wenn in Deutschland ein so blankes Elend herrscht, wie Sie es beschreiben, dann frage ich mich, warum die Menschen eigentlich in dieses Elend kommen.

Ich kann mich nur wundern über Ihre Amnesie, wenn es um die Frage geht, was bei uns Wirklichkeit ist. Sie kennen genau die

Arbeitsmarktzahlen, und Sie kennen genau die Entwicklung. Die Menschen wollen in ein Land kommen, in dem Recht und Ordnung herrscht und in dem sie eine Lebensperspektive haben. Die Lebensperspektive sind Auszeichnungen für unser Land, weil wir offensichtlich international, auch in der Frage der Gerechtigkeit, wesentlich besser dastehen als viele andere Länder. Warum kommen sie zu uns?

Meine lieben Kollegen von der Linken, ich hätte wenigstens von Ihnen erwartet, so sehr Ihr Antrag einige durchaus richtige Impulse gibt, die wir in der Regierung aber schon längst aufgreifen, dass Sie endlich einmal, auch in dieser schwierigen Situation, in der sich unser Land befindet, nicht mit Ihren alten Klamotten aus der Kiste kommen.

Wir sprechen von einem Land, in dem 600 000 freie Stellen gemeldet sind, in dem Auszubildende in Handel, Handwerk und Gastronomie gesucht werden und in dem die Menschen langsam spüren, dass wir, wenn jüngere Men-

schen fehlen, vor großen Herausforderungen stehen, die wir nicht mit Computern werden beantworten können. Wir sprechen von einem Land, in dem 2,6 Millionen Menschen arbeitslos sind, darunter 1 Million Langzeitarbeitslose.

Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, Ordnung in diese Situation zu bringen. Gegen Panikattacken auch in unserem Land – das sage ich in verschiedene Richtungen – helfen nur ein klarer Kopf und eine ordnende Hand. Ich sage Ihnen, dass wir dabei sind, diese Ordnung hineinzubringen. Mein Vertrauen gilt hier voll und ganz der Bundeskanzlerin und dem Handeln der Bundesregierung.

Denn das Konzept ist eindeutig: Der Zustrom muss durch internationale Rahmenabkommen gestoppt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in ihren Ländern bleiben können. Wir brauchen eine europäische Regelung, was die Aufnahme angeht, und wir brauchen eindeutig auch eine Begrenzung des Zuzugs, damit wir denen, die hier sind, entsprechend helfen können. Wir

können nur denen helfen, die tatsächlich eine Bleibeperspektive haben. Denjenigen, die keine Bleibeperspektive haben, müssen wir sagen, dass wir Platz für die brauchen, deren Leib und Leben wirklich existenziell bedroht sind.

Für die allerdings müssen wir alles tun. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Ich sage Ihnen: Die Zusammenlegung der Leitung der Bundesagentur für Arbeit und des BAMF in die Hand von Herrn Weise war eine der wichtigsten und klügsten Entscheidungen, und zwar nicht nur, was die Person angeht, sondern auch deshalb, weil es einen sachlichen Zusammenhang zwischen der Aufgabe des Amts für Migration und den sich danach, wenn alle Rechtsentscheidungen getroffen sind, ergebenden Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit gibt.

Es gilt, all denjenigen ein herzliches Dankeschön zu sagen, die in diesem Bereich tätig sind und jetzt mit anpacken, dass wir die Verfahren beschleunigen und nach vorne bringen. Das geht eben nicht, wie die Bundeskanzlerin zu Recht sagte, indem irgendein Hebel umgelegt wird: Und sofort ändert sich alles schlagartig und gleichzeitig. Wir müssen jetzt sehen, dass wir

die Aufgaben der Reihe nach lösen und mit Konsequenz bei den Beschlüssen bleiben, die wir miteinander getroffen haben.

Meine Damen und Herren, es geht, was die Perspektive betrifft, natürlich um die Integration in den Arbeitsmarkt. Ich will es noch einmal deutlich sagen: Wir haben zurzeit über 31 Millionen Menschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Wir haben 7,4 Millionen Menschen mit geringfügiger Entlohnung. Wir haben 2,6 Millionen Menschen, die arbeitslos sind, ja. Aber wir haben auch über 600 000 freie und offene Stellen. An dieser Stelle soll und muss in aller Deutlichkeit gesagt werden, weil es anders immer wieder in den Medien kolportiert wird: Niemand, der hier wohnt, muss um seine Rente, um seinen Gesundheitsschutz, um die Hilfe der deutschen Sozialsysteme fürchten. Sie werden weiterhin alle Unterstützung bekommen.

Alle Befürchtungen, die an die Wand gemalt werden, sind unreal.

Meine Damen und Herren, natürlich ist das eine große Herausforderung. Die große Herausforderung für den Arbeitsmarkt wird sich in den kommenden Monaten erstmals mit aller Wucht stellen.

Damit wir diesen Herausforderungen gerecht werden, ist es wichtig, den Blick darauf zu richten, wie die Situation ist: Zu uns kommen Menschen, von denen 80 Prozent kein Deutsch können und nicht die nötige Qualifikation mitbringen. Das weiß auch die deutsche Wirtschaft. Ich nehme die deutsche Wirtschaft ernst, wenn sie sagt: Wir wollen alles tun, um diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. – Das ist natürlich bei jungen Menschen, die zuwandern, leichter als bei denjenigen, die vielleicht schon etwas älter sind. Die Jungen können wir durch Vermittlung der deutschen Sprache in Ausbildung bringen. Dem 25-Jährigen, 26-Jährigen, der zu uns kommt, der nie eine Berufsausbildung nach deutschem Verständnis gemacht hat, aber vielleicht schon seit mehr als zehn Jahren als Schweißer erfolgreich in seinem Heimatland tätig ist, müssen wir die Perspektive geben, in Beschäftigung zu kommen, aber gleichzeitig berufsbegleitend die deutschen Qualifikationen nachzuholen. Vorab muss er etwas Deutsch lernen, aber das wichtige Lernen erfolgt im Beruf. Der Meister im Betrieb ist oft der beste Deutschlehrer.

Meine Damen und Herren, die Arbeitslosigkeit wird nach allen derzeitigen Prognosen um 0,1 Prozent steigen. Das sind Perspektiven, die keinen Anlass zu Panikattacken geben, sondern die uns vor Herausforderungen stellen, unsere Aufgaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu lösen. Wir werden sie lösen, indem wir zunächst einmal denjenigen, die Deutsch brauchen, auch die notwendigen Deutschkenntnisse vermitteln. Hier werden die entsprechenden Mittel in Höhe von 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das werden wir in der nächsten Sitzungswoche, wenn der Haushalt verabschiedet wird, beraten. Nach dem derzeitigen Plan wird der Haushalt der Bundesarbeitsministerin 1,9 Milliarden Euro mehr erhalten, um denjenigen, die arbeitslos werden, entsprechende Unterstützung zu geben und denjenigen durch Sprachkurse und berufliche Integration zu helfen, Fuß auf dem deutschen Ausbildungsmarkt zu fassen.

Ich sage auch sehr deutlich: Das verlangt ein Umdenken in den Köpfen mancher Leute. Wir werden auch manche Teilqualifikation brauchen. Wir werden auch –

das ist überhaupt keine Frage – manche jungen Menschen haben, die wir über eine Einstiegsqualifikation ins Praktikum stecken, damit sie sich an die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt gewöhnen und so ihre Perspektiven langsam entwickeln können. Aber was wir nicht brauchen, ist eine Absenkung des Mindestlohns, weil dies nicht zu einer leichteren Integration führen würde, sondern zur Wettbewerbsverzerrung.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Perspektiven, die Chancen, die sich uns stellen, nutzen. Wir müssen mit ruhiger Hand handeln. Ich bin sicher, dass wir die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt meistern werden, wenn wir nicht den Himmel voller Geigen malen, sondern uns der Realität stellen, und zwar gemeinsam mit den Akteuren, den Sozialpartnern und allen, die Verantwortung tragen.

Ich erlebe ganz viel guten Willen, hier etwas zu tun, und Gott gebe, dass dieser gute Wille möglichst lange anhält.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Brigitte Pothmer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Historische Chance für unser Land wird verspielt



Brigitte Pothmer (*1955)
Landesliste Niedersachsen

hier angesichts des Chaos, das Sie in den letzten Wochen produziert haben, von einer „ordnenden Hand“ sprechen, dann kann das doch nur Selbstironie sein.

Sie produzieren hier Chaos, und dieses Chaos zahlt sich für die AfD aus. Bei einer Aufgabe dieser Dimension braucht es eine Regierung, die eine klare Haltung hat, die Zuversicht ausstrahlt, die die Chancen betont, und, meine Damen und Herren, die Flüchtlinge sind eine riesige Chance für dieses Land.

Ich will aber betonen: Das ist natürlich kein Selbstläufer. Wenn wir die Fehler der Gastarbeiterpolitik aus den 60er-Jahren wiederholen und versuchen, die Menschen so schnell wie möglich wieder loszuwerden, wie es Herr de Maizière gerade tut, dann kann Integration nicht gelingen.

Wir müssen die Chancen nutzen; aber dafür müssen wir in die Talente und in die Potenziale der Menschen investieren. Wir müssen rechtliche und bürokratische Hürden abbauen.

Herr Schiewerling, Sie haben darauf hingewiesen: Die Hälfte aller Flüchtlinge ist unter 25 Jahre.

Sie sind hoch motiviert. Sie wollen dringend eine Ausbildung abschließen, und viele von ihnen haben bereits einen Ausbildungsplatz. Was sie nicht haben, ist eine sichere Bleibeperspektive. Betriebe und Flüchtlinge müssen jedes Jahr eine Abschiebung befürchten. Was glauben Sie, welche Betriebe das mitmachen sollen?

Was glauben Sie, welche Belastung Sie diesen jungen Menschen aufbürden?

Erklären Sie mir bitte einmal eines: Wieso gilt diese geringe Duldung nur für Flüchtlinge bis 21 Jahre? Nur einmal zum Vergleich: Von den deutschen Auszubildenden beginnen fast 30 Prozent ihre Ausbildung im Alter von über 21 Jahren. Wieso darf das nicht für Flüchtlinge gelten?

Haben wir jetzt einen Fachkräftemangel? Müssen wir mehr junge Menschen ausbilden oder nicht? Von einer offensiven Integrationspolitik sind Sie wirklich weit entfernt.

Ich will eine weitere bürokratische Hürde ansprechen, die Vorrangprüfung, die wir, wie ich höre, Herrn Gabriel zu verdanken haben. Sie wird damit begründet,

dass Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose nicht das Gefühl bekommen sollen, dass sie wegen der Flüchtlinge abgehängt werden. Glauben Sie mir: Diese Sorge nehme ich wirklich sehr ernst. Eines ist doch klar: Chancen eröffnen Sie Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen, indem Sie in diese Menschen investieren, in ihre Qualifikationen, aber nicht durch eine Vorrangprüfung. Durch eine Vorrangprüfung schaffen Sie einfach eine weitere Gruppe, die Sie abhängen. Das bringt gar nichts.

Meine Damen und Herren, ungerechtfertigterweise läuft meine Zeit am Pult schon wieder ab.

Diese Welt ist nicht gerecht. Lassen Sie mich deswegen zum Schluss kommen und Marcel Fratzscher vom DIW zitieren:

Die Offenheit für andere Menschen, andere Kulturen und andere Ideen war und ist ein wirtschaftlicher Erfolg unseres Landes. Es sind gerade die Regionen mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, die das höchste Einkommen und den höchsten Wohlstand haben.

Wissen Sie, was das größte Problem in diesem Lande ist? Dass diese Bundesregierung genau diese Offenheit für neue Kulturen, neue Ideen und andere Menschen eben nicht hat!

Damit verspielen Sie eine riesige, eine historische Chance für unser Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea, Iran und Irak nehmen in Halle an einem Deutschkurs teil.

© dpa

Katja Mast, SPD:

Fehler von damals dürfen sich nicht wiederholen



Katja Mast (*1971)
Landesliste Baden-Württemberg

Liebe Brigitte Pothmer, ich schätze Sie ja sehr wegen Ihres scharfen Verstandes und auch wegen

Ihrer prägnanten Worte. Ich finde aber, dass eine Sache überhaupt nicht geht. Es geht nicht, dass Sie hier vorne sagen, der Regierung sei die Situation vollkommen entglitten und es herrsche Chaos. Das weise ich an dieser Stelle eindeutig zurück.

Sie sind den Leuten auf den Leim gegangen, die jeden Tag mit neuen Vorschlägen versuchen zu vertuschen, woran gearbeitet wird. Deshalb weise ich das hier auch so eindeutig zurück, Frau Kollegin Pothmer.

Ich bin der Fraktion Die Linke dankbar, weil sie uns die Möglichkeit gibt, heute nicht nur über in-

nenpolitische und aufenthaltsrechtliche Fragen zu diskutieren, sondern auch über die große Frage der Integration von Flüchtlingen in Deutschland. Dafür herzlichen Dank an dieser Stelle.

Ich bin auch der Meinung, dass wir alle gemeinsam – alle Demokratinnen und Demokraten – einen Fehler nicht wiederholen dürfen, nämlich den, den wir bei der Gastarbeitergeneration gemacht haben, als wir geglaubt haben, dass Arbeiter kommen und wir nichts für ihre Integration tun müssen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass Kinder und ihre Eltern bzw. diejenigen, die hier arbeiten, nicht nur durch Arbeit integriert werden, sondern auch darüber hinaus.

Was braucht man dazu? Man braucht dazu Sprache, Bildung, Arbeit und soziales Miteinander; davon bin ich fest überzeugt.

Die Debatte – ich sage einmal „die Pseudodebatte“ – über die Frage, ob alle Syrer, die zu uns kommen, nun subsidiären Schutz bekommen sollten oder nicht, halte ich für falsch, nicht nur, weil damit Frauen und Kinder aufs Mittelmeer geschickt würden, sondern auch, weil sie integrationsfeindlich ist.

Warum ist sie integrationsfeindlich? Wenn Sprache, Bildung, Ar-

beit und soziales Miteinander der Schlüssel zur Integration sind, stellt sich doch die Frage: Kommen die Syrerinnen und Syrer, die zu uns kommen, auch irgendwie in Arbeit? Wenn sie aber einen Aufenthaltsstatus von nur einem Jahr haben – nichts anderes heißt „subsidiärer Schutz“; sie müssen jedes Jahr bangen, ob der Aufenthaltsstatus verlängert wird –, dann gibt es – so zumindest in meinem Wahlkreis, Pforzheim und Enzkreis – kein Unternehmen, das auch nur einen von ihnen einstellen würde; denn die wollen eine Bleibeperspektive auf längere Zeit. Deshalb braucht es zur Arbeitsmarktintegration auch sichere Bleibeperspektiven.

Was braucht man noch zur Integration? Ich finde, dass im Matthäus-Evangelium – Kapitel 25, Vers 35 – Richtiges dazu steht. Dort steht nämlich:

Denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen.

Das sind jetzt nicht die vier Punkte der Integration, über die ich gerade gesprochen habe; und ich habe als fünften Punkt das Aufenthaltsrecht hinzugefügt. Jetzt kommt der sechste Punkt: Natürlich müssen zuerst die Grundbe-

dürfnisse befriedigt werden. Man muss zu essen haben, man braucht ein Dach über dem Kopf, und man muss aufgenommen und angenommen werden.

Aber heute geht es hauptsächlich darum, wie wir Integration in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gewährleisten.

Deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir uns in Deutschland darüber unterhalten, wie wir einen Masterplan Integration gestalten. Wie setzen wir es denn um, dass Sprache, Bildung, Arbeit und soziales Miteinander für die Menschen Realität werden, die neu zu uns kommen und für unsere Gesellschaft viele Chancen eröffnen? Wie gehen wir eigentlich mit den 50 Prozent der Flüchtlinge um – um nur eine Zahl zu nennen –, die unter 25 sind und bei uns eine Perspektive für ihr Leben haben wollen und nicht nur einen Aufenthaltsstatus für ein Jahr oder ein halbes Jahr? Das sind die wichtigen Fragen, wenn es um Integration geht.

Ich bin nicht bekannt dafür, dass ich zu viel aus der Bibel zitiere; aber ich will ein weiteres Zitat bringen.

Im 3. Buch Mose steht: Für den Fremden gilt das gleiche Recht wie für den Einheimischen. – Deshalb muss von hier heute ein klares Nein ausgehen, wenn es darum geht, Arbeitsmarktstandards für Flüchtlinge nach unten zu schrauben und für Einheimische nicht. Heute muss von hier das Zeichen

ausgehen: Arbeitsmarktstandards gelten für alle Menschen in Deutschland.

Deshalb: Keine Absenkung des Mindestlohns und eine Erhöhung des Mindestlohns dann, wenn es ansteht und im Gesetz steht! Da bin ich anderer Meinung als der Sachverständigenrat der Bundesregierung.

Man braucht dazu Sprache, Bildung, Arbeit und soziales Miteinander.

Wir brauchen keine neue Armee von Geringqualifizierten. Wir brauchen einen schnelleren Arbeitsmarktzu- gang. Wir brauchen Ausbildungsinstrumente für die jungen

Flüchtlinge, die bei uns sind, damit sie eine Perspektive haben. Wir brauchen auch einen Aufenthaltsstatus, der da heißt: Wenn du bei uns eine Ausbildung machst, dann darfst du nicht nur drei Jahre bei uns bleiben. – Ich fände es gut, wenn wir über „drei plus x Jahre“ diskutierten. Warum nicht „drei plus drei Jahre“? Für die Unternehmen bei mir in Pforzheim und im Enzkreis gilt: Die bilden lieber aus, wenn die Leute auch eine Perspektive nach der Ausbildung haben.

Nur so, nur durch eine Debatte über Bildung, Sprache, Arbeit, soziales Miteinander, Aufenthaltsstatus, „Perspektive geben“ werden wir die Chancen für unsere Gesellschaft nutzen und Fachkräfte der Zukunft ausbilden. Wir alle werden dadurch bereichert.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Matthias Zimmer, CDU/CSU:

Erregungskulturen werden die Probleme nicht lösen



Matthias Zimmer (*1961)
Wahlkreis Frankfurt am Main I

Die Probleme, vor denen wir stehen, werden nicht über die kollektiven Erregungskulturen von Twitter und Facebook gelöst. Sie werden nicht

gelöst, wenn Flüchtlinge instrumentalisiert werden, beispielsweise als Argument gegen den Mindestlohn oder aber für die Rente mit 70. Unsere Probleme werden nicht gelöst durch die Nörgler, Wutbürger, Kulturkritiker, Überfremdungspropheten. Sie werden nicht gelöst durch Angst und Ablehnung, nicht durch Hass und radikale Parolen. Sie werden aber sehr wohl gelöst, wenn wir schrittweise die Fluchtursachen reduzieren und die richtigen politischen Weichen für die Integration stellen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Es wird nicht die eine Lösung geben, die von heute auf morgen greift, und alle Probleme sind vom Tisch. Nein, es bedarf einer

Reihe von Maßnahmen, die mit der Zeit greifen werden, und darüber sprechen wir heute. Ich will dies aber nicht tun, ohne zumindest eines zu sagen: Ohne das zivilgesellschaftliche Engagement ginge das alles nicht. Für mich sind die vielen Freiwilligen die stillen Helden dieser Tage. Sie zeigen, dass Solidarität gelebt wird.

Als Arbeitsmarktpolitiker müssen wir fragen: Wie können wir die Menschen, die zu uns kommen, in den Arbeitsmarkt bringen? Dazu müssen wir uns zunächst einmal vergewissern: Über welche Gruppen sprechen wir, und über welche Größenordnungen sprechen wir? Wir wollen Menschen mit einer dauerhaften Bleibeperspektive in den Arbeits-

markt integrieren. Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch: Diejenigen, die keine dauerhafte Perspektive haben, können nicht bleiben. Sie müssen auf andere Wege verwiesen werden. Das haben wir mit den Ländern des Westbalkans gemacht. Gleichzeitig haben wir einen anderen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt eröffnet, der wesentlich von unseren Interessen bestimmt wird.

In der Diskussion geht das häufig durcheinander. Mein Eindruck ist: Auch im Antrag der Linken ist das der Fall. Da wird unter dem Oberbegriff „Flüchtling“ jeder erfasst, der zu uns kommt, egal aus welchem Beweggrund. Ich bin sehr dafür, genau zu trennen zwischen den Schutzbedürftigen und denjenigen, die vornehmlich aus ökonomischen Gründen kommen. Wir haben eine Verpflichtung gegenüber denjenigen, die an Leib und Leben bedroht sind aufgrund von Krieg oder Verfolgung. Aber wir können die ökonomischen Probleme europäischer Anrainerstaaten nicht in der Bundes-

republik Deutschland lösen.

Ich bin der festen Überzeugung: Wenn wir sämtliche Beschränkungen, Arbeitsverbote und Nachrangigkeitsregelungen für Flüchtlinge generell abschaffen, wie es die Linken in ihrem Antrag fordern, produzieren wir Chaos. Das kann man wollen, weil man Klassenkampf für eine schicke Idee hält oder weil man der Meinung ist, die Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes einmal austesten zu können. Wir jedenfalls wollen dies aus guten Gründen nicht.

Der erste und wichtigste Schritt der Integration ist: Sprachkenntnisse vermitteln und Qualifizierungsbedarfe feststellen. Deshalb war es gut, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet hat und hierfür auch die Mittel aufgestockt worden sind.

Das schnelle Erlernen der deutschen Sprache ist der Königsweg in den Arbeitsmarkt.

Der zweite wichtige Schritt ist,

sich die Frage zu stellen: Mit welchen Qualifikationen kommen die Menschen? Nun sind wir ein Land, in dem formale Qualifikationen wichtig genommen werden, manchmal wichtiger als die berufliche Erfahrung. Deswegen ist es aus meiner Sicht wichtig, Berufserfahrungen, Teilqualifikationen und Zertifikate abzufragen, um sich dann ein genaues Bild davon zu machen, was getan werden muss. Ich bin im Übrigen froh, dass die Bundesministerin für Bildung und Forschung in den nächsten Tagen ein ressortübergreifendes Programm dazu vorstellen will.

Die spannende Frage aber ist: Über wie viele Menschen reden wir, was die Integration in den Arbeitsmarkt angeht? Wenn ich von einer augenblicklichen Zahl von 850 000 Flüchtlingen ausgehe und unterstelle, dass die Schutzquote bei etwa 50 Prozent liegt und 70 Prozent davon erwerbsfähig sind, komme ich auf eine Zahl

von etwa 300 000 Neuzugängen in den Arbeitsmarkt. Nun muss in Rechnung gestellt werden: Nicht alle werden tatsächlich bleiben, zumal dann nicht, wenn sich die Verhältnisse in ihren Heimatländern bessern. Das hat uns die Erfahrung mit den Bosniern in den 1990er-Jahren gelehrt. Die Erfahrung aus den 90er-Jahren hat auch gezeigt: Die Quote derer, die eine Arbeit aufnehmen, lag nach einem Jahr bei 10 Prozent, nach fünf Jahren bei über 50 Prozent. Hier können wir durch schnellere Verfahren und frühzeitige Sprachangebote sicherlich noch viel besser werden; denn eines ist auch richtig: Viele der Menschen sind hochmotiviert und wollen arbeiten. Um dies zu ermöglichen, haben wir die Mittel im Eingliederungstitel erhöht, und zwar um insgesamt 900 Millionen Euro. Die Linke fordert in ihrem Antrag eine Erhöhung um 1,7 Milliarden Euro. Das liegt an dem alten Irrglauben, dass mehr auch immer

gleich besser ist.

Nun sagen einige nicht unbedeutende Stimmen, Deutschland könne mit den Flüchtlingen zum Teil auch sein demografisches Problem lösen. Richtig ist: Ein Großteil der Flüchtlinge ist unter 25 und kann damit dem Arbeitsmarkt noch lange erhalten bleiben. Forscher haben errechnet: Wir brauchen pro Jahr eine Zuwanderung in einer Größenordnung von 270 000 qualifizierten Menschen, damit wir die Sozialsysteme stabilisieren und die Voraussetzungen für ein stetiges Wachstum schaffen können. Freilich wissen wir nicht, wie viele der Menschen, die wir fördern und in den Arbeitsmarkt integrieren, sich dazu entscheiden, dauerhaft bei uns zu bleiben. Ich meine aber, selbst wenn Flüchtlinge nach einiger Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren, ist ihre vorübergehende Integration in unseren Arbeitsmarkt gut investiertes Geld. Wenn ein Flüchtling als gut ausgebildete

Fachkraft zurückkehrt, ist das vielleicht kein schlechter Beitrag zum Aufbau eines zerstörten Landes, und wenn er zurückkehrt und erleben konnte, wie Demokratie, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit funktionieren, ist das vielleicht ein Beitrag zu einer friedlicheren politischen Kultur, die aus sich heraus keine Fluchtursachen mehr produziert.

Doch zurück zum Antrag der Linken. Er enthält einiges, aber nicht sehr viel Vernünftiges. Geärgert hat mich, dass beinahe ohne Zusammenhang die Forderung nach Erhöhung des Mindestlohns auf 10 Euro auftaucht.

Ich habe langsam den Verdacht, das schreiben Sie auch bei Anträgen zum Schutz der Freizeitaquaristik oder der Förderung des Schachspiels.

Sie fordern Zwangsabgaben für Arbeitgeber – ja, auch das kommt mir bekannt vor – und natürlich die höhere Besteuerung von Unternehmen und Vermögenden. All

das sind eher Beiträge dazu, die Gesellschaft zu spalten, obwohl es doch jetzt darauf ankäme, bei der Bewältigung dieser Herausforderung alle mitzunehmen.

Wir haben mit Blick auf die Bewältigung des Flüchtlingsproblems einen langen Weg vor uns. Es gibt keine Abkürzung, auch wenn uns die schrecklichen Vereinfacher dies glauben machen wollen. Jeder lange Weg beginnt mit den ersten Schritten. Wir gehen diese Schritte mit den vielen Freiwilligen, wir gehen sie mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der kommunalen, Landes- und Bundesbehörden, denen in diesen Wochen sehr viel abverlangt wird. Wir gehen diese Schritte mit den Flüchtlingen, die unsere Hilfe brauchen, und mit allen, die mit uns davon überzeugt sind: Ja, wir schaffen das.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sevim Dagdelen, DIE LINKE:

Die selektive Integrationspolitik muss beendet werden



Sevim Dagdelen (*1975)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es tut dem Bundestag gut, auch einmal einen Gefolgsman der Bundeskanzlerin aus der CDU/CSU-Fraktion hier reden zu hören – im Gegensatz zur gestrigen Aktuellen Stunde im Bundestag, in der man sich offenbar darum bemühte, die Kanzlerin zu demontieren.

So tat es beispielsweise Bundesinnenminister de Maizière, der in der Aktuellen Stunde seine Ablehnung des Familiennachzugs für syrische Flüchtlinge wie folgt begründete:

Einen Nachzug in die Arbeitslosigkeit und damit in die Perspektivlosigkeit sollte es nicht geben.

Ich finde, das ist eine wirklich bemerkenswerte Argumentation, und frage mich, wieso Sie den Menschen eigentlich nicht reinen Wein einschenken. Erst durch das Arbeitsverbot, das diese Bundesre-

gierung schafft, die Nachrangregelungen, verweigte Sprachkurse und auch die überlangen Asylverfahren werden die Flüchtlinge zwangsweise zu Empfängern staatlicher Transferleistungen. Erst verhindern Sie die schnelle Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, und dann kolportieren Sie das Vorurteil, Flüchtlinge würden das Sozialhilfesystem in Deutschland ausnutzen. Ich finde, statt rechtspopulistischer Stimmungsmache sollten Sie endlich handeln – für soziale Integration in diesem Land. Heben Sie die Arbeitsverbote auf, meine Damen und Herren.

Wir sollten die aktuelle Situation zum Anlass nehmen, den Sozialstaat in Deutschland insgesamt zu erneuern.

Dafür brauchen wir eine Millionärsteuer, meine Damen und Herren; denn wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle in Deutschland, eine Gesundheitsversorgung für alle in diesem Land und Bildung und existenzsichernde Arbeit für alle Menschen. Wer sich auf der einen Seite hierhin stellt und ständig das Mantra „Wir schaffen das“ vorträgt, aber auf der anderen Seite dieses Staatsversagen selbst organisiert, der muss sich schon fragen lassen, welches Ziel er verfolgt. Wer jetzt fordert, wie beispielsweise die Wirtschaftsweisen, den Mindestlohn für Flüchtlinge zu senken, die Mietpreisbremse aufzuheben, Sozial-

leistungen zu senken und die Regelungen hinsichtlich des Renteneintrittsalters zurückzunehmen, der befördert nicht nur Ungleichheit und Rassismus in diesem Land, sondern versucht auch noch, aus dem Elend der Flüchtlinge Kapital zu schlagen.

Sie müssen dieser Politik der Bundesregierung klar und deutlich eine Absage erteilen, anstatt alles nachzureden.

Fast jeden Tag kommt ein neuer Vorschlag der Bundesregierung, der sich gegen die soziale Integration von Flüchtlingen richtet. Das neue Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ist für viele Flüchtlinge schlicht ein Integrationsverhinderungsgesetz.

Die verlängerten Lageraufenthalte, ausgeweiteten und dauerhaften Arbeitsverbote, die von drei auf sechs Monate verlängerte Residenzpflicht bezogen auf den Ort der Erstaufnahmeeinrichtung, die Umstellung auf Sachleistungen und die verfassungswidrigen Leistungskürzungen werden nicht zur Integration führen, sondern bedeuten eine Desintegration mit Methode.

Jeder Schritt, der das Warten der Flüchtlinge in den Lagern, in den Turnhallen und in den Unterkünften verlängert, ist Gift für die Integration.

An dieser Stelle möchte ich gerne aus einem Brief eines Flüchtlings an die WDR-Journalistin Isa-

bel Schayani, die ihn veröffentlicht hat, zitieren. Sie schreibt:

Ein höflicher Mensch, der aber am Ende seines Briefes schrieb: „Über lange Zeit nur zu essen und zu schlafen, ohne arbeiten und lernen zu können, führt dazu, dass die Menschen sich schlecht benehmen und psychische Probleme haben. Sie können so eine Gefahr für die Gesellschaft werden. Wenn die Regierung ihnen das Arbeiten ermöglichen würde, dann könnten sie gesund und produktiv sein, während ihr Asylverfahren geklärt wird. Aber wenn jemand überhaupt nichts zu tun hat, dann versucht er, etwas zu tun. Es könnte gut und es könnte schlecht sein.“

Ich finde, alle Ihre Vorschläge zielen in dieselbe Richtung: Abwehr und Abschottung und vor allen Dingen Desintegration. Hören Sie damit auf; denn Sie organisie-

ren die Perspektivlosigkeit der Flüchtlinge. Vor allen Dingen bringen Sie den sozialen Frieden in Deutschland in Gefahr, weil Sie das Land mit dieser Politik spalten.

Sie sollten mit dieser selektiven Integrationspolitik aufhören. Selbst Asylsuchenden aus Afghanistan und Somalia wird ein Sprachkurs während des Verfahrens verweigert. Das ist doch schlicht das Gegenteil von Integration.

Deshalb sagen wir: Hören Sie auf mit den Arbeitsverboten! Hören Sie auf mit der Stimmungsmache gegen Flüchtlinge; denn Sie selbst sind dafür verantwortlich, dass sie nicht arbeiten dürfen und keine Perspektive haben.

(Beifall bei der LINKEN)



An der neuen Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber wird in Magdeburg gearbeitet. © dpa

Kerstin Griese, SPD:

Der Mindestlohn gilt für alle



Kerstin Griese (*1966)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Liebe Frau Dagdelen, ich habe mich bei Ihrer Rede und Lauch bei der Rede von Frau Zimmermann gefragt: Wo leben Sie eigentlich?

Wer schürt denn hier Rassismus? Ihr Herr Lafontaine hat gerade wieder Obergrenzen für Flüchtlinge gefordert, weil sonst nichts mehr geht. Das ist die falsche Forderung. Uns geht es darum: Wir schaffen das. Wir machen das. Wir tun echt etwas für die Integration von Flüchtlingen.

Jetzt benutzen Sie auch noch die Flüchtlinge, um, wie immer, Ihren Textbaustein zur Millionärsteuer und zum höheren Mindestlohn unterzubringen. Das geht so wirklich nicht.

Ich will Ihnen einmal sagen, was wir tun, damit wir das schaffen, und Ihnen das an fünf Beispielen klarmachen:

Erstens will ich Ihnen erzählen von einem sehr interessanten Besuch beim Integration Point in Düsseldorf. Das ist ein neuer Ansatz. Dort arbeiten die Arbeitsagentur, das Jobcenter und die Kommunale Ausländerbehörde zusammen. Ein schönes, buntes Symbol macht klar: Hierhin können alle Flüchtlinge kommen. Hier wird vernetzt beraten. Hier muss man nicht von Amt zu Amt laufen. – Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen sogar in die Flüchtlingsunterkünfte, bieten

dort Beratungsstunden an und gucken, welche Qualifikationen die Leute haben. Ich will an dieser Stelle allen danken, die jetzt vor Ort solche Konzepte entwickeln. Das ist der richtige Weg.

Mit diesem Ansatz des Integration Points startet man in Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, Dortmund und Herford. Dies wird dann flächendeckend im ganzen Land angeboten. Das ist genau richtig. Selbst für uns ist es ja schwierig, herauszufinden, welche Behörde für die Anerkennung der einzelnen Berufsabschlüsse zuständig ist. In diesen Integration Points wird das Angebot zusammengefasst. Ganz besonders wichtig ist der kurze Draht zwischen der Arbeitsagentur und dem Jobcenter auf der einen Seite und der Kommunalen Ausländerbehörde auf der anderen Seite; denn wir haben Unternehmen, die Flüchtlinge beschäftigen wollen, und Betriebe, die Flüchtlinge ausbilden wollen. Wir haben auch Menschen, die sich darum kümmern wollen, dass Flüchtlinge durch Praktika unsere Sprache lernen, damit sie sich besser integrieren können. Wir tun jetzt alles, was geht, um sie zu unterstützen.

Deshalb sage ich: Es geht um Perspektiven. Es geht darum, dass entsprechende Strukturen geschaffen werden.

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel nennen, das Programm „Early Intervention“, das jetzt ebenfalls zu einem flächendeckenden Angebot ausgebaut wird: Die Mitarbei-

ter der Jobcenter sprechen Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive an, suchen sie auf, schauen, welche Qualifikationen sie haben, und fragen: Wie können wir weiterhelfen? Bedarf es weiterer Qualifizierungen? Wie können sie in Arbeit kommen?

Mein dritter Punkt ist der Spracherwerb. Meine Kollegin Katja Mast hat es schon gesagt: Sprache, Bildung, Arbeit und soziale Integration, das sind die zentralen Punkte, um die es geht. Deshalb investieren wir jetzt mit Absicht so viel mehr in den Spracherwerb. Die Menschen sollen früh und schnell die deutsche Sprache lernen. Das ist der richtige Weg, das ist der praktische Weg zu Integration.

Wir haben die Integrationskurse

und die berufsbezogenen Sprachkurse geöffnet. Es wird ein Gesamtprogramm Sprache geben. Es ist gut, dass demnächst nicht nur wie bisher die anerkannten Asylbewerber die Sprachkurse besuchen können, sondern dass wir den Kreis der Berechtigten erweitert haben. Auch geduldete Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive können an diesen Sprachkursen teilnehmen.

Das ist der richtige Schritt, damit sie schneller in Arbeit kommen.

Lassen Sie mich einen vierten Punkt nennen. Die Bundesagentur für Arbeit hat Geld zur Verfügung gestellt, um auch in diesem Jahr vermehrt Sprachkurse anbieten zu können; denn wir haben gemerkt, dass der Schritt vom ersten Integrationskurs zum berufsbezogenen Sprachkurs verbessert werden muss.

Ich möchte weiter auf die Maßnahmen eingehen, die wir konkret ergreifen. Ein ganz wichtiger fünf-

ter Punkt: Wir werden den Eingliederungstitel für die Jobcenter erhöhen, damit Flüchtlinge gut beraten werden. Wir werden auch – das ist mir ganz wichtig – die Mittel für die Bundesagentur für Arbeit und für die Jobcenter aufstocken, sodass wir 2 800 zusätzliche Stellen in den Jobcentern und etwa 1 000 Stellen in den zugelassenen kommunalen Trägern aufbauen werden. Das ist deshalb so wichtig, weil wir bei der Beratung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen nicht kürzen werden. Wir werden diese genauso wie bisher durchführen und sogar ausbauen. Wir sorgen für zusätzliche Mitarbeiter, die Flüchtlinge beraten. Es ist mir wichtig, dass die beiden Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Keiner in Deutschland muss Angst haben, dass wir uns weniger um ihn kümmern, weil wir uns jetzt besonders intensiv um die Flüchtlinge kümmern.

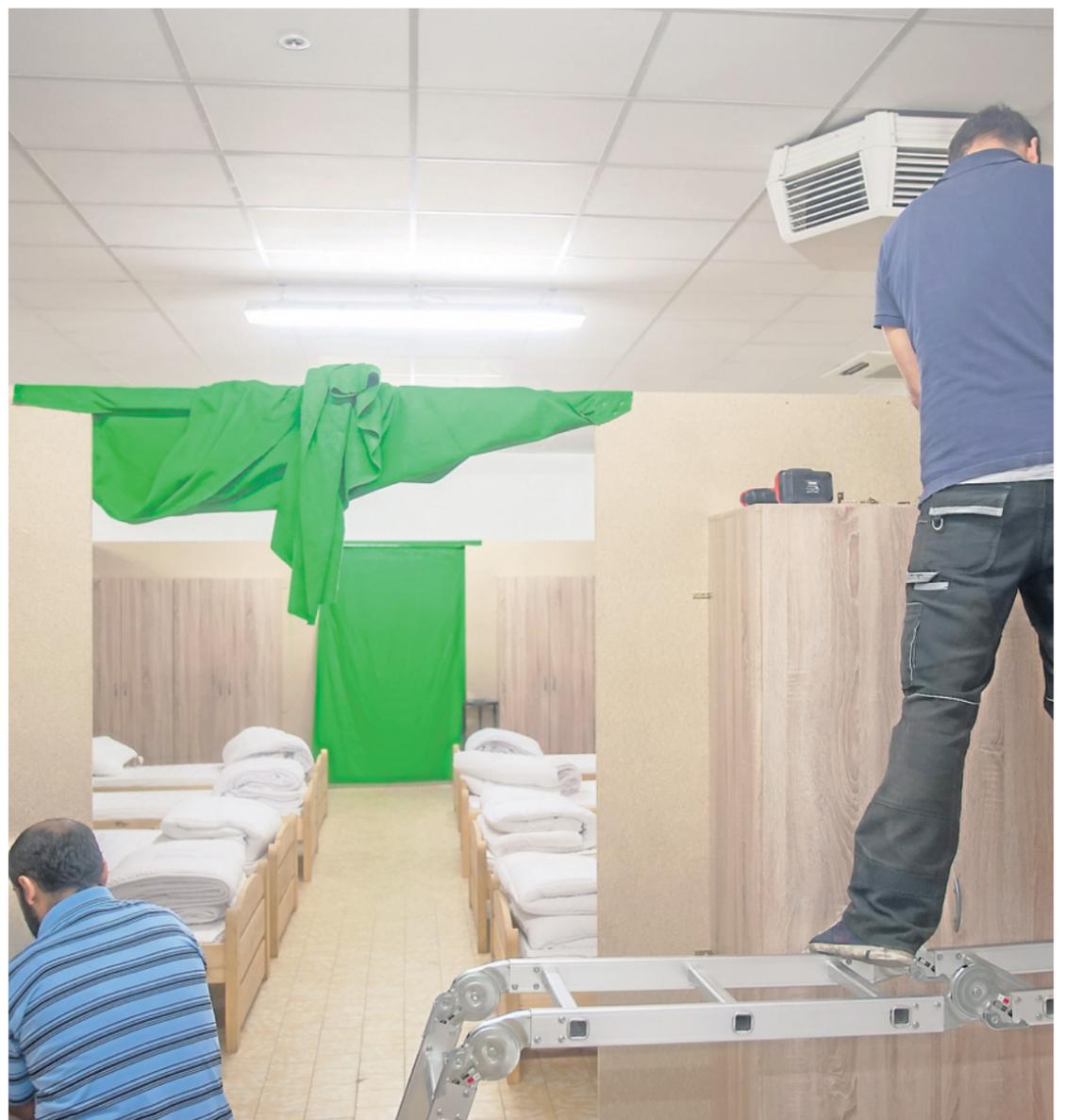
Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Wochen viele gesetzliche Regelungen geschaffen, die für Asylbewerber und Geduldete – ich betone das noch einmal – leichter und schneller den Zugang zu Spracherwerb, zur deutschen Sprache schaffen und die dafür sorgen, dass ihre Qualifikationen frühzei-

tig festgestellt werden. Viele bringen ja auf ihren Smartphones Fotos ihrer Zeugnisse aus dem Heimatland mit und legen sie hier vor, damit man sehen kann, welche Ausbildung sie haben. Wir haben beschlossen, dass sie auf ihrem Weg in Arbeit gefördert werden. Wir sehen da auch viel Kooperation vonseiten der Wirtschaft. Ich sage ganz klar: Egal ob jemand bei uns aufgewachsen ist oder zu uns gekommen ist, der Mindestlohn gilt für alle. Diese Regeln auf dem Arbeitsmarkt gelten für alle. Diese Ordnung auf dem Arbeitsmarkt werden wir selbstverständlich beibehalten.

Deshalb sage ich: Es geht um praktische Maßnahmen. Es geht darum, dass jetzt alle zusammenhalten, die Zivilgesellschaft, die schon zu Recht so gelobt worden ist, unsere kommunalen Behörden, unsere Arbeitsämter und Jobcenter. Sie alle müssen jetzt zusammen an dieser wichtigen Aufgabe arbeiten. Wir investieren viel in neue Stellen und stellen zusätzliche Mittel bereit. Wir wollen das schaffen, und deshalb machen wir das.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Wir schaffen das.
Wir machen das.
Wir tun echt etwas für die
Integration von
Flüchtlingen.**



Handwerker arbeiten in einem Zimmer eines vom Fußballverein 1. FC Union Berlin als Fanhaus geplanten Gebäudes in Berlin, das der Verein als Flüchtlingsunterkunft zur Verfügung stellt.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch Luise Amtsberg (B90/Die Grünen), Jutta Eckenbach (CDU/CSU), Josip Juratovic (SPD), Astrid Freudenstein (CDU/CSU), Matthias Bartke (SPD) und Andrea Lindholz (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Doping im Sport

Ein Gesetz soll es verhindern



Thema im Bundes-Tag

Der Bundes-Tag
hat über ein Gesetz abgestimmt.

Und zwar am letzten Freitag.

In dem Gesetz geht es um:
Doping im Sport.

Der folgende Text
erklärt etwas genauer,
was das ist.

Was ist Doping?

Das Wort „Doping“
ist schwere Sprache.

Man hört es oft,
wenn es um Sport geht.

Dann bedeutet es:

Sportler wollen
in ihrem Sport besser werden.

Aber dafür üben sie nicht einfach nur.

Sondern sie machen dazu etwas,
das verboten ist.



Wie wird gedopt?

Wenn jemand Doping macht,
dann sagt man auch:
Er dopt.

Man kann
auf verschiedene Arten dopen.

Am bekanntesten ist das Doping
mit verbotenen Medikamenten.

Ein Sportler nimmt sie ein.

Oder ein Arzt gibt sie ihm.

Die Medikamente haben dann
verschiedene Wirkungen.

Zum Beispiel:

- Der Sportler
bekommt mehr Muskeln.
- Oder er kann sich
besser konzentrieren.
- Oder er spürt Schmerzen weniger.

So hat er einen Vorteil
gegenüber Sportlern,
die nicht dopen.



Warum wird gedopt?

Für Doping gibt es verschiedene Gründe.

Zum Beispiel:

Manchmal ist ein Sportler einfach sehr ehrgeizig.

Er möchte der Beste in seinem Sport sein.

Und er möchte Wettbewerbe gewinnen.

Aber mit Übung allein schafft er das nicht.



In manchen Sportarten verdienen die Sportler viel Geld.

Aber nur, wenn sie sehr gut sind.

Also wollen sie durch Doping besser werden.

Um noch mehr Geld zu verdienen.

Von den Sportlern wird oft sehr viel erwartet.

Das heißt:
Bestimmte Menschen wollen, dass die Sportler ihren Sport besonders gut machen.

Zum Beispiel die Trainer.
Oder auch die Zuschauer.

Manchmal kann ein Sportler aber nicht so gut sein, wie ein anderer Mensch das von ihm will.

Damit er es doch sein kann, dopt er.



Meinungen zum Doping

Sehr viele Menschen sind gegen Doping.

Dafür gibt es verschiedene Gründe.



Die Doping-Gegner sagen zum Beispiel:

Doping ist ungerecht

Beim Sport wollen mehrere Menschen vergleichen, was sie können.

Und was sie durch Übung schaffen können.

Wenn aber einer gedopt ist und einer nicht, dann ist es kein gerechter Vergleich.

Deswegen sagen die Gegner: Sport und Doping passen nicht zusammen.



Schlechte Meinung vom Sport

Sport ist für viele Menschen wichtig.

Zum Beispiel, weil sie selbst Sport machen.

Oder weil sie ihn gerne gucken.

Sportler sind zum Beispiel auch oft Vorbilder für junge Leute.

Darum ist es wichtig, dass viele Menschen eine gute Meinung vom Sport haben.

Aber durch Doping bekommen sie eine schlechte Meinung davon.



Gefahr für die Gesundheit

Doping mit verbotenen Medikamenten kann für die Sportler gefährlich sein.

Denn Medikamente haben Neben-Wirkungen.

Das heißt: Sie haben Wirkungen, die sie eigentlich nicht haben sollen.

Und können die Sportler krank machen.





Es gibt auch ein paar Menschen, die Doping in Ordnung finden.

Sie sagen:

Man sollte es nicht verbieten.

Denn wenn jeder dopen darf, dann ist es auch nicht ungerecht.

Weil niemand mehr einen Vorteil hat.

Was macht man gegen Doping?



Die meisten Menschen sind aber gegen Doping.

Darum versucht man, es zu verhindern.

In Deutschland macht das vor allem die NADA.

Das ist eine Art Verein.

Die NADA arbeitet mit vielen Sport-Vereinen zusammen.

Und sie macht verschiedene Dinge, um Doping zu verhindern.

Zum Beispiel:

- Sie hat Regeln aufgeschrieben, was beim Doping verboten ist.

- Und welche Strafen es gibt, wenn man dopt.

Außerdem macht die NADA Doping-Kontrollen.

Das heißt:

Sie testet Sportler.

Zum Beispiel untersucht ein Arzt ihren Urin.

Oder auch ihr Blut.

So kann er herausfinden, ob sie gedopt haben.



Wenn sie das getan haben, dann kann die NADA sie bestrafen.

Zum Beispiel:

- Die Ergebnisse vom Sportler in einem Wettkampf zählen nicht mehr.

- Er wird gesperrt.

Das bedeutet:

Er darf nicht mehr bei Wettkämpfen mitmachen.

Eine Sperre kann manchmal mehrere Monate oder Jahre dauern.

Wenn jemand mehrmals dopt, kann man ihn auch für sein ganzes Leben sperren.

- Manchmal bekommt der Sportler auch noch eine Geldstrafe von seinem Verein.

Vorbeugung

Aber die NADA sagt:

Doping nur zu bestrafen, reicht nicht.

Denn wenn jemand schon gedopt hat, ist es eigentlich zu spät.

Es ist auch wichtig, dass Sportler gar nicht erst dopen.

Darum möchte die NADA möglichst viele Menschen über Doping informieren.

Zum Beispiel:

- Sie macht Arbeits-Blätter für den Schul-Unterricht.

- Sie hält Vorträge in Sport-Vereinen.

- Sie macht Info-Stände in Städten.



Das neue Gesetz

Bisher versuchen vor allem die NADA und die Sport-Vereine, etwas gegen Doping zu machen.

Aber auch der Staat versucht schon, Doping beim Sport zu verhindern.

Zum Beispiel:

- Wenn man jemandem Medikamente für das Doping gibt, kann man ins Gefängnis kommen.
- Der Staat kann jemanden auch bestrafen, wenn er eine große Menge von solchen Medikamenten besitzt.

Aber die Politiker vom Bundes-Tag finden:
Der Staat muss noch mehr machen.

Das begründen sie so:

Der Sport ist für Deutschland eine wichtige Sache.

Zum Beispiel:

- Durch Sport sind die Leute gesünder.
- Sportler sind oft Vorbilder für junge Menschen.
- Beim Sport geht es um viel Geld.

Weil Sport so wichtig ist, sollen die Menschen eine gute Meinung davon haben.

Aber durch Doping bekommen sie eine schlechte Meinung.

Doping muss man also verhindern.

Und darum haben die Politiker das neue Gesetz gemacht.

Es ist noch strenger als die Gesetze, die es schon gibt.

Durch das neue Gesetz kann der Staat also viel mehr gegen Doping machen.

Zum Beispiel:

- Sportler, die Doping machen, können jetzt ins Gefängnis kommen. Das war bisher nicht so.
- Gerichte dürfen der NADA Infos über Leute geben, die vielleicht gedopt haben. So kann die NADA besser gegen sie vorgehen.



Dem Gesetz muss jetzt noch der Bundes-Rat zustimmen.

Dann gilt es.

Und zwar ab dem 1.1.2016.



Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache:
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 47-48/2015

Die nächste Ausgabe erscheint am
30. November 2015

